



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE
CUMMISSIUN FEDERALA DA LAS BANCAS

Bulletin

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

Sonderheft

**Die neuen Eigenmittelvorschriften
der Bankenverordnung**

Fascicule spéciale

**Les nouvelles prescriptions
de l'Ordonnance sur les banques
en matière de fonds propres**

Heft / Fascicule 19

1990

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 322 69 11
Telefax 031 322 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel

3000 Bern / 3000 Berne

Telefon 031 / 322 39 08
Téléphone 031 / 322 39 08

Telefax 031 / 322 39 75
Téléfax 031 / 322 39 75

Inhaltsverzeichnis	Seite
Übersicht	7
1 Allgemeiner Teil	12
11 Bedeutung der Eigenmittel einer Bank	12
12 Ausgangslage	14
121 Bisher geltende Eigenmittelvorschriften	14
122 Kritik der bisher geltenden Verordnungsbestimmungen	17
122.1 Unvollständige Erfassung der Ausserbilanzgeschäfte	17
122.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit	19
123 Internationale Entwicklung	22
123.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	22
123.2 Europäische Gemeinschaft	27
13 Werdegang der Verordnungsänderung	28
14 Ziele der Verordnungsänderung	30
15 Grundzüge der Verordnungsänderung	32
151 Eigenmittelanrechnung	32
152 Eigenmittelanforderungen	37
152.1 Allgemeines	37
152.2 Bilanzgeschäfte (Aktiven)	37
152.3 Ausserbilanzgeschäfte	40
152.4 Offene Positionen	42
152.5 Abzug von den Eigenmittelanforderungen	42
153 Verrechnungsrisiko bei Treuhandgeschäften	43
2 Besonderer Teil:	
Kommentar zu einzelnen Bestimmungen	45
21 Anrechnung nachrangiger Darlehen und Obligationen-anleihen (Art. 11 Abs. 1 Bst. g, Abs. 3 und Abs. 4)	45
22 Grundsatz der Eigenmittelunterlegung (Art. 12 Abs. 1)	46
23 Eigenmittelunterlegungssätze (Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2)	47
231 Aktiven (Art. 13 Abs. 1 Bst. a)	47
232 Ausserbilanzgeschäfte (Art. 13 Abs. 1 Bst. b)	50
233 Offene Positionen (Art. 13 Abs. 1 Bst. c)	52
24 Verrechnungsrisiko bei Treuhandgeschäften (Art. 44 Bst. g)	52
25 Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften (Anhang II Bst. A Ziff. 1.3, 1.5–1.9, 1.12, 2.2 und 2.4)	53

26	Schlussbestimmungen	54
3	Gesetzmässigkeit	55
4	Verhältnis zum europäischen Recht	55
5	Auswirkungen auf die erforderlichen und anrechenbaren Eigenmittel der Banken	55

Anhänge

I	Text der Änderung der Bankenverordnung vom 4. Dezember 1989	107
II	Eigenmittelausweis	127
III	Modellrechnung nach Bankengruppen für die Teilrevision der BankV, per Ende 1988	137

	Page
Sommaire	57
1 Partie générale	62
11 Fonction des fonds propres	62
12 Situation initiale	64
121 Anciennes prescriptions en matière de fonds propres	64
122 Critique des anciennes dispositions de l'ordonnance	67
122.1 Les affaires hors bilan ne sont pas prises en considération de manière complète	67
122.2 Capacité concurrentielle internationale	69
123 Développement international	72
123.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire	72
123.2 Communauté Européenne	77
13 Historique de la modification de l'ordonnance	78
14 Buts de la modification	80
15 Eléments fondamentaux de la modification de l'ordonnance	83
151 Prise en considération des fonds propres	83
152 Exigences en matière de fonds propres	87
152.1 Généralités	87
152.2 Les actifs	88
152.3 Opérations hors bilan	90
152.4 Positions ouvertes	93
152.5 Déduction des exigences en matière de fonds propres	93
153 Risque de compensation dans les opérations fiduciaires	94
2 Partie spéciale: Commentaire des dispositions	95
21 Prise en compte des prêts et emprunts obligataires subordonnés (art. 11 al. 1 let. g et al. 3)	95
22 Principe relatif à la couverture par des fonds propres (art. 12 al. 1)	97
23 Taux de couverture par des fonds propres (art. 13 al. 1 et 2)	97
231 Actifs (art. 13 al. 1 let. a)	97
232 Opérations hors bilan (art. 13 al. 1 let. b)	101
233 Positions ouvertes (art. 13 al. 1 let. c)	102
24 Risque de compensation lors de placements fiduciaires (art. 44 let. g)	102

25	Instructions régissant l'établissement des comptes annuels (annexe II let. a ch. 1.3, 1.5–1.9, 1.12, 2.2 et 2.4)	103
26	Dispositions finales	104
3	Légalité	105
4	Rapport avec le droit européen	105
5	Conséquences sur les fonds propres exigibles et à prendre en compte	106

Annexes

I	Texte de la modification de l'Ordonnance sur les banques du 4 décembre 1989	117
II	Etat des fonds propres	127
III	Conséquences des nouvelles prescriptions sur les fonds propres	137

Übersicht

Nach mehrjährigen Vorarbeiten zur aufsichtsrechtlichen Behandlung der Ausserbilanzgeschäfte unterbreitete die Bankenkommission am 9. Oktober 1989 ihren Entwurf für eine Teilrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung (Art. 11–13) dem Bundesrat. Dieser beschloss die Verordnungsänderung an seiner Sitzung vom 4. Dezember 1989 und setzte die neuen Bestimmungen auf den 1. Januar 1990 in Kraft. Die Änderung der Eigenmittelvorschriften weist folgende Grundzüge auf:

- a) Das durch die letzte Revision der Eigenmittelvorschriften vom 1. Dezember 1980 eingeführte Grundkonzept, wonach die Eigenmittelanforderungen direkt nach Massgabe der Kreditrisiken der verschiedenen Kategorien von Bilanzaktiven und Ausserbilanzgeschäften sowie der Preisrisiken aus offenen Devisen- und Edelmetallpositionen durch prozentuale Unterlegungssätze festgelegt werden, wird beibehalten. Die Vorschriften werden jedoch an die seither eingetretene Entwicklung des Bankgeschäfes, namentlich die zunehmende Verlagerung auf nicht bilanzwirksame Transaktionen und den Einsatz neuer, zum Teil komplexer Finanzinstrumente sowie an die internationalen Harmonisierungsbestrebungen in der Bankenaufsicht angepasst. Die Verordnungsänderung orientiert sich in verschiedenen Teilbereichen an den vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Juli 1988 erlassenen und von der Europäischen Gemeinschaft in ihren Richtlinien übernommenen Empfehlungen betreffend «Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen» (sog. Basler Eigenkapital-Modell), ohne deren Systematik und ihre meist tieferen Risikogewichtungsklassen zu übernehmen. Die schweizerischen Eigenmittelvorschriften sind somit immer noch deutlich strenger als die vom Basler Eigenkapital-Modell und den EG-Richtlinien vorgeschriebenen Mindeststandards, aber die Unterschiede in der relativen Gewichtung der Anforderungen für die einzelnen Geschäftarten einerseits und die Anrechnung der Eigenmittelbestandteile andererseits werden im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken gemildert. Erhöhungen der Unterlegungssätze für Ausserbilanzgeschäfte stehen Reduktionen der Anforderungen bei den grenzüberschreitenden bilanzwirksamen Ge-

schäften gegenüber, so dass für das ganze schweizerische Banksystem das Eigenmittelerfordernis insgesamt um 3,5% auf rund 60 Mia. Franken abnimmt.

Ebenfalls in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell erfolgt sodann eine starke Erleichterung bei der Eigenmittelbeschaffung, indem der Anteil der als Eigenmittel anrechenbaren nach rangigen Darlehen und Obligationenanleihen von bisher 10% auf maximal 25% der erforderlichen eigenen Mittel erhöht wird. Dienachrangigen Schuldinstrumente erlauben den Banken eine wesentlich kosten-günstigere Refinanzierung als die in der Schweiz in den letzten Jahren rund doppelt so teuren Kapitalerhöhungen. Sie stellen jedoch kein echtes Eigenkapital dar, weshalb die Erhöhung ihrer Anrechnung nicht unbedenklich ist und einzig zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen der Schweizer Banken an diejenigen der ausländischen Konkurrenz erfolgte.

b) Vorrangiges Ziel der Verordnungsänderung ist die risikogerechte und vollständige Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte gemäss dem Basler Eigenkapital-Modell. Neu unterlegt werden müssen die nicht in Anspruch genommenen ungedeckten, unwiderruflichen Kreditzusagen mit fester Verpflichtung der Bank von über einem Jahr Restlaufzeit. Dazu gehören auch die an ausländischen Finanzplätzen mehr verbreiteten Note Issuance Facilities und Revolving Underwriting Facilities. Auf den Basler Mindeststandard angehoben wird sodann die Unterlegung der unwiderruflichen Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos, die vor allem in den USA als Garantieformen gebräuchlich sind. Ebenfalls in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell ist ferner neu der Nennwert ausserbörslich gehandelter Zinskontrakte (Zinsswaps auf der Basis einer einzigen Währung, forward rate agreements, Zinssatz-Futures und ähnliche Instrumente) zu unterlegen. Über das Basler Eigenkapital-Modell hinausgehend wird schliesslich neu eine Unterlegung für feste Übernahmezusagen bei Wertpapieremissionen verlangt, die mit der Ausdehnung des bankengesetzlichen Geltungsbereiches auf Emissionshäuser ihre besondere Bedeutung erlangt.

Umgekehrt erfolgt auch eine Anpassung an das Basler Eigenkapital-Modell durch nach Laufzeiten abgestufte Unterlegungssätze

für Forderungen aus festen Devisentermingeschäften, die zu einer erheblich geringeren Eigenmittelbelastung der kurzfristigen Geschäfte führt, welche den Hauptanteil des sehr grossen und immer noch steigenden Volumens an Devisentermingeschäften ausmachen.

c) Bei den Bilanzgeschäften (Aktiven) bringt die Verordnungsänderung eine erhebliche Reduktion der Eigenmittelanforderungen für Auslandsgeschäfte. Vollständig abgeschafft wird der bisherige Eigenmittelzuschlag von 1,5% auf allen Auslandaktiven, der ursprünglich zur Abdeckung des latenten Transferrisikos auf grenzüberschreitenden Engagements eingeführt wurde, jedoch durch die seit 1980 eingetretene Entwicklung überholt ist. Wo das Transferrisiko aktuell geworden ist, nämlich auf den Engagements in hochverschuldeten Problemländern, müssen die Banken nach den Richtlinien der Bankenkommission pauschale Wertberichtigungen vornehmen, welche den Auslandzuschlag um ein Vielfaches übersteigen. Auf den Engagements in den meisten OECD-Ländern hingegen ist das Transferrisiko vernachlässigbar. Der Auslandzuschlag stünde bei dieser Kategorie von Ländern in Widerspruch zu der vom Basler Eigenkapital-Modell empfohlenen Inländerbehandlung.

In Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell werden sodann Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Zentralbanken in OECD-Ländern sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und den multilateralen Entwicklungsbanken privilegiert behandelt, im Unterschied zum Basler Modell jedoch nur in Ausnahmefällen den Forderungen gegenüber inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gleichgestellt. Forderungen gegenüber Banken, gleich welcher Art, werden nunmehr – unabhängig von ihrer Bilanzierung unter verschiedenen Positionen – gleich unterlegt. Unterschieden wird lediglich nach der Laufzeit der Forderung und danach, ob der Haupsitz der schuldnerischen Bank in einem Land innerhalb oder ausserhalb der OECD liegt.

d) Nach der revidierten Verordnung dürfen die Banken nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen nunmehr bis höchstens 25% der erforderlichen eigenen Mittel als Eigenmittelbestandteile anrechnen. Da nachrangige Schulden jedoch rückzahlbares, verzinsliches Fremdkapital darstellen und ihnen nur bei Beendigung der Geschäftstätigkeit (Liquidation, Konkurs oder Nachlassverfahren)

Eigenmittelcharakter zukommt, muss ihre Anrechnung gegen das Ende der Laufzeit stark eingeschränkt werden. In Übereinstimmung mit dem Basler Eigenkapital-Modell wird die Anrechnung nachrangiger Schuldinstrumente deshalb in den letzten fünf Jahren vor ihrer Rückzahlung um jährlich 20% des ursprünglichen Nominalbetrages vermindert. Die in der revidierten Verordnung auf 25% erhöhte maximale Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente soll die Banken nicht dazu verleiten, in ihren Anstrengungen zur Beschaffung von echtem Eigenkapital (Grundkapital, offene und stille Reserven) nachzulassen. Eine Bank hat deshalb die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als eigene Mittel angerechneten nachrangigen Schulden 15% der erforderlichen eigenen Mittel übersteigen. Dies wird es der Bankenkommission erlauben, in vermehrtem Ausmass von ihrer gesetzlichen Befugnis (Art. 4 Abs. 3 BankG) Gebrauch zu machen, in besonderen Fällen Verschärfungen gegenüber den allgemeinen Richtlinien über die Eigenmittelforschriften in der Bankenverordnung anzuordnen. Die maximale Anrechnungsquote sollte nur von denjenigen Banken voll ausgeschöpft werden, welche alle zumutbaren Anstrengungen zur Beschaffung echten Eigenkapitals unternommen haben und die Eigenmittelanforderungen auch nach Rückzahlung der nachrangigen Schulden uneingeschränkt erfüllen können.

Als Gegenstück zur erhöhten Eigenmittelanrechnung nachrangiger Schulden verschärft die Verordnungsänderung die Eigenmittelunterlegung nachrangiger Forderungen gegenüber anderen Banken, da diesen gleich wie Beteiligungen am Grundkapital der Charakter von Risikokapital zukommt. Soweit nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen bei der schuldherischen Bank als eigene Mittel angerechnet werden, müssen sie bei der Gläubigerbank als Beteiligungen bilanziert und dementsprechend mit mehr eigenen Mitteln unterlegt werden, wenn sie allein oder zusammen mit den von der Gläubigerbank gehaltenen Aktien und anderen Beteiligungspapieren 20% der erforderlichen eigenen Mittel der schuldnerischen Bank übersteigen oder wenn die Gläubigerbank in anderer Weise einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung ausüben kann. Damit wird insbesondere verhindert, dass die Banken durch die gegenseitige Gewährung nachrangiger Darlehen künstlich ihre Eigenmittel aufblähen können.

- e) Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, dürfen einerseits nachrangige Schulden nicht als eigene Mittel anrechnen. Andererseits wird für diese Kantonalbanken der bisherige, die Staatsgarantie berücksichtigende Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln von 5 auf 12,5 % erhöht.
- f) Einer weiteren Revision der Eigenmittelforschriften der Bankenverordnung vorbehalten bleibt die systematische Anpassung der schweizerischen Unterlegungssätze an die Risikogewichtungsklassen des Basler Eigenkapital-Modells und der EG-Richtlinien, wenn diese von den einzelnen Ländern nach Ablauf der Übergangsperiode Ende 1992 in das nationale Recht übergeführt und in den heute noch offenen Bereichen präzisiert worden sind. Im Rahmen einer solchen Revision könnte ferner die Eigenmittelforsorge für Preisrisiken auf Beteiligungspapieren sowie das Zinsänderungsrisiko umfassender geregelt werden, insbesondere falls auf internationaler Ebene hierfür überzeugende Konzepte entwickelt werden. Zu prüfen ist schliesslich eine ausdrückliche Erweiterung der Eigenmittel-Konsolidierungsvorschriften der Bankenverordnung auf Unternehmungen des Bank- und Finanzbereiches, die über eine gemeinsame Dach-Holdinggesellschaft oder durch natürliche Personen als Aktionäre miteinander verbunden sind. Ein solcher Schritt dürfte sich dann aufdrängen, wenn die heute in der Schweiz noch atypischen Bankholding-Konzerne, welche von der Bankenkommission als besonderer Fall gestützt auf Art. 4 Abs. 3 des Bankengesetzes erfasst werden müssen, eine allgemeine Verbreitung erfahren.

Redaktionelle Anmerkung:

Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf dem Text der Erläuterungen der Bankenkommission zu ihrem Entwurf vom 9. Oktober 1989, der Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens war. Die aufgrund der Vernehmlassungen vorgenommenen Änderungen in dem vom Bundesrat am 4. Dezember 1989 beschlossenen Verordnungstext wurden in den überarbeiteten Erläuterungen berücksichtigt und ergänzende Kommentare zu den von den Vernehmlassern aufgeworfenen Fragen angebracht.

1 Allgemeiner Teil

11 Bedeutung der Eigenmittel einer Bank

Betriebswirtschaftlich wird unter eigenen Mitteln (Eigenkapital) das Reinvermögen eines Unternehmens verstanden, das sich aus dem Überschuss des effektiven Wertes seiner Aktiven (Vermögen) über die Schulden (Fremdkapital) ergibt. Hauptfunktion des Eigenkapitals ist es, die unternehmerischen Risiken der Bank zu tragen, so dass Verluste aus der Geschäftstätigkeit aufgefangen werden können und nicht auf die Einlagen der Bankgläubiger durchschlagen. Das Eigenkapital hat also primär eine Garantiefunktion zur Erhaltung der Solvenz einer Bank und dient damit dem Hauptzweck der Bankenaufsicht, dem Gläubigerschutz und – über das einzelne Bankinstitut hinausgehend – der Funktionsfähigkeit des Banken- und Finanzsystems. Daneben hat das Eigenkapital allgemein die Aufgabe, das Anlagevermögen, d.h. die Immobilisationen einer Bank zu finanzieren, so dass die jederzeitige Zahlungsbereitschaft (Liquidität) sicher gestellt ist.

Die eigenen Mittel stellen die einzig objektiv messbare Grösse für die Solidität einer Bank dar. Strenge Eigenmittelanforderungen sind daher das eigentliche Bollwerk jeder nationalen Bankenaufsicht. Als Folge der stetig gestiegenen Verflechtung des Bankensystems haben die Eigenmittelvorschriften aber auch unter dem Gesichtspunkt des Funktionsschutzes des nationalen und internationalen Finanzsystems an Bedeutung gewonnen.

Die eigenen Mittel müssen den potentiellen Risiken aus der jeweiligen Geschäftstätigkeit einer Bank angemessen sein. Welche Risiken auf einer Bank lasten, ergibt sich in erster Linie aus ihrer eigenen Geschäftstätigkeit als rechtliche Einheit. Darüber hinaus lasten auf einer Bank aber auch Risiken aus der Geschäftstätigkeit rechtlich von ihr getrennter Unternehmungen des Bank- und Finanzbereiches, mit denen sie eine wirtschaftliche Einheit bildet bzw. zu einem Bank- und Finanzkonzern verbunden ist und denen sie aufgrund der Erwartungshaltung des Publikums zur Erhaltung ihrer eigenen Kreditwürdigkeit im Notfall beizustehen hat. Dieser faktische Beistandszwang innerhalb eines Bank- und Finanzkonzerns hat zur Beauf-

sichtigung und Eigenmittelberechnung aufgrund konsolidierter Bilanzen durch die Aufsichtsbehörden geführt.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften orientieren sich traditionellerweise am erwarteten Verlust der einzelnen Geschäftsarten, also dem Verlust, der im Durchschnitt aller Fälle eintritt. Als weitere Risikomasse werden allenfalls das Ausmass der Ungewissheit in bezug auf den erwarteten Verlust (Streuung der effektiven Resultate um den erwarteten Mittelwert) sowie eventuell der grösstmögliche Verlust («exposure», d. h. der maximale Betrag, der bei einem Geschäft überhaupt einem Risiko ausgesetzt ist) herangezogen.¹ Anders als beim erwarteten Verlust lässt sich jedoch die Ungewissheit über seinen Eintritt nie voll abdecken. Auch bei sehr hoher Eigenmittelvorsorge bleibt ein Restrisiko in Gestalt der winzigen Wahrscheinlichkeit, dass in einem sehr schlechten Jahr auch hohe Eigenmittel einmal nicht zur Verlustdeckung ausreichen könnten. Die Höhe der notwendigen Eigenmittelunterlegung hängt deshalb nicht nur von der objektiv messbaren Unsicherheit ab, sondern auch von der subjektiven Entscheidung der Aufsichtsbehörden, mit welchem Restrisiko sie sich zufriedengeben wollen.

Die Höhe der Eigenmittelausstattung wird jedoch nicht allein durch den Sicherheitsfaktor bestimmt. Hohe Eigenmittel stärken zwar das Vertrauen und wirken sich damit positiv auf die Entgegennahme und Verwaltung von Kundenvermögen aus; ebenso kann eine hochklassige Bonitätseinschätzung durch Rating-Agenturen und Geschäftspartner die Gläubiger dazu bewegen, für ihre Einlagen eine geringere Risikoprämie zu verlangen, wodurch die Refinanzierungskosten der Bank gesenkt werden können. Eigenmittel, vor allem in der Form von Aktienkapital, sind jedoch andererseits ein erheblicher Kostenfaktor, welcher die Gewinnmarge schmälert und infolge von Dividendenausschüttungen die Möglichkeit der Gewinn-Thesaurierung einschränkt, also die Ertragskraft der Bank verschlechtert. Eine geringe Ertragskraft wiederum schmälert die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung und damit letztlich die Sicherheit der Gläubiger. Die Eigenmittelvorschriften stellen somit immer einen Kompromiss zwis-

¹ Urs W. Birchler, Eigenmittelvorschriften für Ausserbilanzgeschäfte – Ein Modell zur Bestimmung von Unterlegungssätzen, Mai 1988, unveröffentlichte Studie zuhanden der Arbeitsgruppe Ausserbilanzgeschäfte, S. 4–9.

ischen Sicherheit und Rentabilität dar. Angesichts der internationalen Verflechtung der Finanzsysteme und der Konkurrenzierung durch nicht oder anders regulierte Branchen können die nationalen Bankaufsichtsregeln überdies nicht isoliert betrachtet werden. Eigenmittelanforderungen und -anrechnung im Bankensektor haben deshalb auch dem internationalen Standard und den Rahmenbedingungen konkurrenzierender Branchen Rechnung zu tragen.

12 Ausgangslage

121 Bisher geltende Eigenmittelvorschriften

Gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (BankG, SR 952.0) haben die Banken dafür zu sorgen, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen ihren eigenen Mitteln und ihren gesamten Verbindlichkeiten besteht. Die Bankenverordnung (BankV, SR 952.02) setzt hierüber die unter normalen Umständen einzuhaltenden Richtlinien fest, unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit und der Art der Banken; sie umschreibt den Begriff der eigenen Mittel (Art. 4 Abs. 2 BankG). Da auch die allgemeinen Richtlinien der Bankenverordnung nicht allen Umständen und Besonderheiten des Einzelfalles Rechnung tragen können, ermächtigt das Bankengesetz die Bankenkommission, in besonderen Fällen Erleichterungen von den Richtlinien zuzulassen oder Verschärfungen anzurordnen (Art. 4 Abs. 3 BankG).

Die Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung (Art. 11–13) wurden vom Bundesrat letztmals am **1. Dezember 1980** geändert und auf den 1. Januar 1981 in Kraft gesetzt (AS 1980, 1814).² Wesentlich an der damaligen Änderung war, dass die Eigenmittelanforderungen direkt nach Massgabe der Aktiven festgelegt werden und den unterschiedlichen Risiken auf den verschiedenen Kategorien von Aktiven durch eine verfeinerte Abstufung der Unterlegungssätze besser Rechnung getragen wird, die Eigenmittel also der Geschäftstätigkeit und Struktur der einzelnen Banken angepasst sind.

² Die durch die Änderung vom 4. Dezember 1989 revidierten bisherigen Verordnungsbestimmungen werden im folgenden mit «aBankV» bezeichnet.

Die zweite bedeutende Neuerung bestand darin, dass auch die nicht bilanzierungspflichtigen Eventualverpflichtungen und schwebenden Geschäfte sowie die offenen Devisen- und Edelmetallpositionen mit Eigenmitteln unterlegt werden müssen (Art. 12 Abs. 1 und Art. 13 Abs. 1 aBankV). In Art. 12 Abs. 2 BankV wurde sodann ausdrücklich die durch Rundschreiben der Bankenkommission eingeführte Pflicht der Banken verankert, konsolidierte Bilanzen der von ihnen direkt oder indirekt beherrschten, im Bank- oder Finanzbereich tätigen Unternehmungen und Immobiliengesellschaften mit Sitz im In- oder Ausland zu erstellen und die Eigenmittelanforderungen sowohl aufgrund ihrer eigenen als auch der konsolidierten Bilanz zu erfüllen.³ Schliesslich wurde den Banken erstmals gestattet, bis zu höchstens 10% der erforderlichen eigenen Mittel in Form von nachrangigen Darlehen und Obligationenanleihen aufzubringen (Art. 11 Abs. 1 Bst. g aBankV), wobei ihre Funktion damals in erster Linie als Reservepolster für Schwankungen in den Eigenmittelanforderungen gesehen wurde und die Anrechnungsquote im Hinblick auf die noch zu sammelnden Erfahrungen mit der neuen Finanzierungsform absichtlich tief angesetzt wurde.⁴ Die Eigenmittelanforderungen für das schweizerische Bankensystem insgesamt wurden durch die Änderung per Ende 1980 nicht verändert, was auch der ursprünglichen Zielsetzung entsprach. Eine höhere Belastung resultierte für grössere Institute mit umfangreichen Beteiligungen, Immobilienbesitz sowie Ausserbilanzgeschäften, während vornehmlich die Regional- und Kantonalbanken durch die reduzierte Unterlegung des Hypothekargeschäftes profitierten.⁵

Art. 13 Abs. 1 aBankV unterteilt die Bilanzaktiven in elf Wagnisklassen (Bst. a) und die Eventualverpflichtungen sowie schwebenden Geschäfte in acht Wagnisklassen (Bst. b) und schreibt für diese Eigenmittelunterlegungssätze zwischen 0% und 100% des Buchwertes vor. Dadurch wird primär das Kreditrisiko, also das Risiko des Ausfalls der Gegenpartei, unterlegt, abgestuft nach dem erwarteten Ver-

³ Die Gesetzmässigkeit dieser Bestimmung wurde in BGE 108 Ibl 78 ff. bestätigt.

⁴ Peter Böckli (Der Rangrücktritt im Spannungsfeld von Schuld- und Aktienrecht, in: Innovativer Verträge, Festgabe zum 60. Geburtstag von Walter R. Schlueter, Zürich 1988, S. 342 FN 20 und 354) betrachtet die ursprüngliche, einfache Nachrangigkeitsabrede in einem Darlehensvertrag als rechtlich weitgehend unbedenklich und für Banken als nützlich.

⁵ Siehe dazu die im EBK-Jahresbericht 1981, S. 35 ff. publizierte Untersuchung der Bankenkommission per Ende 1980.

Iust und der Liquidität der betreffenden Geschäftsarten. Als Basisatz gilt der Unterlegungssatz von 8% für kommerzielle Kredite ohne Deckung an Schuldner, die weder Banken noch öffentlich-rechtliche Körperschaften sind. Die übrigen Unterlegungssätze sind aus diesem Basissatz abgeleitet und betragen je nach Bonität und Liquidität einen Bruchteil oder ein Mehrfaches davon. So werden Liegenschaften wegen ihrer beschränkten Liquidität (Anlagevermögen) wesentlich höher unterlegt. Die Unterlegung von 40% resp. 100% für Beteiligungspapiere beschränkt resp. verhindert die Mehrfachverwendung der eigenen Mittel. Das Transferrisiko auf Auslandaktiven wird durch einen Zuschlag von 1,5% berücksichtigt (Art. 13 Abs. 2 aBankV). Die Unterlegungssätze für Eventualverpflichtungen und schwebende Geschäfte sind wiederum aus den Unterlegungssätzen für Bilanzaktiven abgeleitet, nämlich gleich hoch, wo es sich um Kreditsubstitute handelt, und reduziert, wo nur ein beschränktes Kreditrisiko besteht.

Preisrisiken (Marktrisiken, Positionsrisiken) werden erfasst, so weit es sich um offene Positionen auf Devisen (Wechselkursrisiko) und Edelmetallen handelt (Art. 13 Abs. 1 Bst. c aBankV). Die Preisrisiken (Kursrisiken) auf Aktien oder anderen Beteiligungspapieren werden nur durch die Unterlegung der betreffenden Bilanzaktiven erfasst, nicht aber offene Positionen aus Wertschrifterminkäufen oder geschriebenen Optionen auf Aktien oder anderen Beteiligungspapieren. Umgekehrt führt auch der risikomindernde Kauf einer Put-Option auf im Eigenbestand gehaltenen Aktien nicht zu einer Eigenmittelerleichterung. Schliesslich wird ebenfalls das für das Bankgeschäft zentrale, jedoch schwierig zu erfassende Zinsänderungsrisiko nicht mit Eigenmitteln unterlegt.

Die geltenden schweizerischen Eigenmittelvorschriften basieren auf einem modernen Konzept und waren bei ihrem Erlass, namentlich was die schon recht weitgehende Erfassung verschiedener Ausserbilanzgeschäfte sowie der Preisrisiken auf Devisen- und Edelmetallpositionen anbelangt, ihrer Zeit sogar auf internationaler Ebene voraus.⁶ Die schweizerischen Vorschriften sind im weltweiten Vergleich traditionell hoch, und die international tätigen Schweizer Ban-

⁶ Ernst Kilgus / Conrad Meyer / R. Aeberli, Studie «Off-Balance-Sheet-Transaktionen» Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich, Juli 1987, S. 196.

ken nehmen bezüglich Eigenmittelausstattung eine Spitzenposition ein.

122 Kritik der bisher geltenden Verordnungsbestimmungen

122.1 Unvollständige Erfassung der Ausserbilanzgeschäfte

Die Internationalisierung, Globalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte sowie der technologische Fortschritt haben zu einer rasanten Entwicklung neuer Finanzinstrumente mit oftmals komplexen Geschäftskonstruktionen geführt. Der Einsatz neuer Finanzinstrumente und -techniken zur Absicherung, Aufteilung oder Verlagerung von Risiken, der verschärfte Wettbewerb sowohl der Banken untereinander als auch mit Nichtbanken und zum Teil auch der Wunsch, den vornehmlich auf das traditionelle bilanzwirksame Kreditgeschäft ausgerichteten aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften auszuweichen, haben zu einer Verlagerung der Banktätigkeit auf Ausserbilanzgeschäfte geführt. Der Trend zur Securitization (Verbriefung von Krediten in Wertpapierform), welchem neben den soeben erwähnten Gründen auch das gesunkene Vertrauen in die Bonität des internationalen Bankensystems wegen seiner notleidenden Engagements in hochverschuldeten Ländern der Dritten Welt zugrunde lag, ist durch den Börsencrash des 19. Oktober 1987 wohl nur vorübergehend abgeschwächt worden. Diese Entwicklungen haben die Notenbanken und Bankaufsichtsbehörden insbesondere der Länder des Zehner-Clubs veranlasst, die rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken der neuen Finanzinstrumente und der Ausserbilanzgeschäfte allgemein einer vertieften Analyse zu unterziehen und in die aufsichtsrechtlichen Massnahmen, vor allem die Eigenmittelvorschriften, einzubeziehen.⁷

Die Verlagerung von den bilanzwirksamen Geschäften zu den Ausserbilanzgeschäften (sog. indifferentes Geschäft) betraf auch die Tätigkeit der Banken und Finanzgesellschaften in der Schweiz. Neue Finanzinstrumente fanden in erster Linie Eingang über die Tätigkeit der spezialisierten Tochtergesellschaften der international tätigen

⁷ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Recent innovations in international banking, Basel, April 1986; Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Behandlung nicht bilanzwirksamer Risiken der Banken aus der Sicht der Bankenaufsicht, März 1986.

Schweizer Banken im Ausland. Im Mai 1988 wurde an der Swiss Options and Financial Futures Exchange AG (SOFFEX) der elektronische Handel mit standardisierten Optionen auf Aktien und anderen Beteiligungspapieren sowie gegen Ende desselben Jahres derjenige mit Aktienindices aufgenommen. Dadurch erfahren diese bisher ausschliesslich an ausländischen Optionsbörsen gehandelten Finanzinstrumente auch bei der Kundschaft der Schweizer Banken eine wesentlich stärkere Verbreitung. Mittlere und kleinere Bankinstitute nehmen ebenfalls für eigene Rechnung oder zumindest für Rechnung von Kunden an diesem Markt teil. Die Bankenkommission hat in ihrem Rundschreiben «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices» vom 2. November 1988 verschiedene damit zusammenhängende aufsichtsrechtliche Fragen geklärt.⁸ Bezuglich verschiedener Finanzinnovationen konnte festgestellt werden, dass sie nur eine abgeleitete Form klassischer Bankgeschäfte darstellen und deshalb bereits vom bisher geltenden Recht erfasst werden, zumal Art. 13 Abs. 1 Bst. b aBankV einen recht breiten Katalog von Ausserbilanzgeschäften enthält, welche mit eigenen Mitteln unterlegt werden müssen.⁹ Die Studie des Institutes für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich vom Juli 1987¹⁰ ergab, dass von den durch den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht aufgelisteten 38 Geschäftsarten von Ausserbilanztransaktionen nach der bisher geltenden Bankenverordnung bereits 23 in der einen oder anderen Form mit Eigenmitteln unterlegt werden, die Schweiz also im Vergleich zu ausländischen Lösungen damals über das wohl umfassendste Unterlegungskonzept verfügte.¹¹ Nicht bzw. ungenügend erfasst werden dagegen insbesondere unwiderrufliche Kreditzusagen einschliesslich Note Issuance Facilities (NIF) und Revolving Underwriting Facilities (RUF) sowie unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos.

Durch eine einmalige **statistische Umfrage** hat die Bankenkommission anhand des vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht aufgestellten Kataloges bei 198 Banken (ohne Regionalbanken und

⁸ EBK-Jahresbericht 1988, S. 20 ff.

⁹ EBK-Jahresbericht 1985, S. 28 ff.

¹⁰ Vgl. PN 6, S. 201 f.

¹¹ EBK-Jahresbericht 1987, S. 22 f.

Raiffeisenkassen) das Volumen der Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 1986 auf konsolidierter Grundlage (also auf Konzernbasis) erhoben. Das Gesamttotal der gemeldeten Ausserbilanzgeschäfte belief sich auf 791 Mia. Franken, erreichte somit annähernd die Höhe der vom gesamten schweizerischen Bankensystem einschliesslich der Finanzgesellschaften Ende 1986 ausgewiesenen Bilanzsumme von 848 Mia. Franken. Allein 70%, nämlich 555 Mia. Franken, entfielen auf Devisentermingeschäfte (mit 0,3% eigenen Mitteln unterlegt), welche zum wesentlichen Teil der Abdeckung von Währungsrisiken dienen. Danach folgten die unwiderruflichen Kreditlimits (57 Mia. Franken = 7%), Währungsswaps (27 Mia. Franken = 3%), standby letters of credit (23 Mia. Franken = 3%) und Zinsatzswaps (22 Mia. Franken = 3%). Die vor allem an ausländischen Finanzplätzen verbreiteten unwiderruflichen NIF und RUF beliefen sich auf 4,7 Mia. Franken, nahmen sich also im Vergleich zu den von ausländischen Finanzinstituten ausgewiesenen Volumina relativ bescheiden aus. Nach Bankengruppen aufgeteilt entfielen die Ausserbilanzgeschäfte (ohne die in der Umfrage nicht erfassten bei den Banken hinterlegten bzw. verwalteten Kundenvermögen) vor allem auf die Grossbanken (76,1%) sowie die ausländisch beherrschten Banken (7,9%) und die unselbständigen Zweigniederlassungen ausländischer Banken (11%).¹²

Es geht somit im Bereich der Ausserbilanzgeschäfte darum, das im Ansatz richtige Eigenmittelkonzept des bisher geltenden Rechts an die seit 1980, insbesondere auf internationaler Ebene eingetretenen Entwicklungen anzupassen und die festgestellten Lücken zu schliessen.

122.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Von seiten der Banken, namentlich der international tätigen Grossbanken wird kritisiert, dass sie durch die hohen schweizerischen Eigenmittelanforderungen und durch die restriktive Eigenmittelanrechnung des bisher geltenden Rechts, vor allem bezüglich der nachrangigen Schulden, gegenüber ausländischen Bank- und Finanzinstituten im Wettbewerb erheblich benachteiligt werden. Sie

¹² EBK-Jahresbericht 1987, S. 21 f.

befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit an den internationalen Finanzplätzen, wenn die schweizerischen Unterlegungssätze für Ausserbilanzgeschäfte ohne Kompensationsmassnahmen zusätzlich erhöht und auf konsolidierter Grundlage auf ihre ausländischen Tochtergesellschaften angewendet werden. In einer **besonderen Situation** befinden sich die **Grossbanken**:

- Von allen Bankengruppen in der Schweiz weisen die Grossbanken die knappste Eigenmittelausstattung, gemessen am Verhältnis der vorhandenen zu den geforderten eigenen Mitteln, aus, nämlich 106%.¹³ Sie haben somit den geringsten Spielraum für eine Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit.
- Umgekehrt entfallen Ende 1988 52% der vorhandenen (nach BankV anrechenbaren) eigenen Mittel des gesamten schweizerischen Bankensystems auf die fünf Grossbanken, nämlich 38 457 Mio. Franken. Die anrechenbaren eigenen Mittel der Grossbanken setzen sich zusammen aus dem einbezahlten Grundkapital (8780 Mio. Franken = 23%), den offenen Reserven (20 785 Mio. Franken = 54%), den nach Art. 11 Abs. 1 Bst. f BankV anrechenbaren stillen Reserven (5256 Mio. Franken = 14%) und den nachrangigen Darlehen und Anleihen (3636 Mio. Franken = 9,5%).¹⁴ Die Grossbanken haben als einzige Bankengruppe die gemäss Art. 11 Abs. 1 Bst. g aBankV maximal anrechenbare Quote von 10% der erforderlichen eigenen Mittel für nachrangige Darlehen und Anleihen voll ausgeschöpft. In den letzten zehn Jahren waren sie wegen der Eigenmittelvorschriften gezwungen, ihr nominelles Aktienkapital um 2,6 Mia. Franken zu erhöhen.
- Im Vergleich zum Ausland weist der Kapitalmarkt Schweiz einen sehr hohen Sättigungsgrad an Bankaktien auf, indem 33,5% der Börsenkapitalisierung aller im Umlauf befindlichen, an den Schweizer Börsen kotierten Aktien inländischer Unternehmungen auf Bankaktien entfallen. Da mehr als ein Drittel des einbezahlten Grundkapitals der Schweizer Banken auf die Grossbanken entfällt, wirkt sich der hohe Sättigungsgrad wiederum in erster Linie bei dieser Bankengruppe aus. Die Kapitalbeschaffung wird so immer schwieriger und infolge der Verringerung des Agios immer teurer.

¹³ SNB, Das Schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, Nr. 73, Tabelle X, S. 42.

¹⁴ SNB a. a. O., Tabelle 44, S. 234.

Neben dem hohen Sättigungsgrad für Bankaktien werden allerdings noch andere, strukturelle Mängel des schweizerischen Kapitalmarktes sowie die fehlende Transparenz in der öffentlichen Rechnungsablage der Banken für die gedrückten Börsenpreise der Schweizer Bankaktien mitverantwortlich gemacht.

- Da drei Viertel der Ausserbilanzgeschäfte von den Grossbanken getätigkt werden und vor allem deren Tochtergesellschaften im Ausland in den von der bisher geltenden Bankenverordnung noch nicht oder ungenügend erfassten Geschäftarten aktiv sind, belastet eine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte in erster Linie die Grossbanken. Erhebliche Unterschiede zwischen den schweizerischen Eigenmittelunterlegungssätzen und ausländischen Vorschriften (auch im Bilanzbereich) wirken sich über das konsolidierte Eigenmittelerfordernis auf die Wettbewerbsfähigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen der Grossbanken aus. Umgekehrt sind die Grossbanken die Hauptnutzniesser einer Angleichung der schweizerischen Eigenmittelvorschriften an die auf internationaler Ebene angestrebten Mindest-Standards, weil diese primär auf das internationale Geschäft zugeschnitten und weniger streng als die unsigen sind.

Aus der Sicht der Banken darf die von ihnen an sich nicht bestrittene höhere Unterlegung einzelner Ausserbilanzgeschäfte im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deshalb nicht zu einer Erhöhung des gesamten Eigenmittelerfordernisses führen, sondern ist durch Korrekturen und Erleichterungen vor allem bei den Unterlegungssätzen für bilanzwirksame Geschäfte in Richtung der tieferen internationalen Mindest-Standards auszugleichen. Zwar erkennen auch die Banken nicht, dass die internationalen Harmonisierungsbestrebungen für die Eigenkapitalbemessung und -anforderungen nach Ablauf der Übergangsperiode Ende 1992 (vgl. Ziff. 123 hiernach) zu einer Verschärfung der Vorschriften in anderen Ländern führen und folglich die Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Schweizer Banken abnehmen werden. Sie befürchten jedoch, dass durch eine einseitige Erhöhung der Ausserbilanz-Unterlegungssätze im heutigen Zeitpunkt der Abstand der schweizerischen Vorschriften gegenüber dem Ausland bis zum Vollzug der Empfehlungen und

Richtlinien in den andern Ländern weiter vergrössert würde. Hingewiesen wird sodann auf verschiedene strukturelle Unterschiede zwischen den schweizerischen und den ausländischen Vorschriften, welche sich in einzelnen Sparten (z. B. Interbankengeschäft, internationales Grosskundengeschäft) sowohl auf die Ertragslage wie auch auf die Bonitätsstruktur der Aktiven und Engagements der international tätigen Schweizer Banken negativ auswirken. Eine Änderung der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung muss deshalb nach Auffassung der Banken ebenso die Korrektur einzelner als überhöht oder widersprüchlich empfundener Unterlegungssätze im Bilanzbereich sowie des bisher geltenden Zuschlags auf Auslandaktivten (Art. 13 Abs. 2 aBankV) mitumfassen.

Einhellig kritisiert wird von den Banken schliesslich die im Vergleich zu den wichtigsten Konkurrenz-Finanzplätzen relativ bescheidene maximale **Anrechnungsquote** von 10% für **nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen** (Art. 11 Abs. 1 Bst. g aBankV), welche auf 25% der erforderlichen Eigenmittel auszudehnen sei. Die von den Grossbanken emittierten nachrangigen Obligationenanleihen wurden im Durchschnitt mit ca. 5,5% (inkl. Emissionsabgabe) verzinst, wobei dem Anleger als Risikoprämie für die Nachrangigkeit bei der Emission $\frac{1}{8}\%$ bis $\frac{1}{4}\%$ mehr vergütet wurde als bei einer normalen Obligation. Demgegenüber betrug der Zinsaufwand der Grossbanken für Aktienkapitalbeschaffung in den letzten Jahren durchschnittlich rund das Doppelte einer nachrangigen Anleihe. Wenn die Anrechnungsquote für nachrangige Schulden erhöht wird, könnte sich die Risikoprämie für die Nachrangigkeit aufgrund der ein-tretenden Marktsättigung allmählich vergrössern. Aber auch dann stellen die nachrangigen Anleihen eine wesentlich kostengünstigere Finanzierungsquelle als das Aktienkapital dar, insbesondere weil der dafür geleistete Zinsaufwand steuerlich abgesetzt werden kann.

123 Internationale Entwicklung

123.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der 1974 im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) gebildete Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

(Basle Committee on Banking Supervision, bis 1988 auch Cooke Committee, nach seinem damaligen Vorsitzenden Peter Cooke genannt) umfasst als lose organisierter, doch effizienter Zusammenschluss Vertreter der Bankenaufsichtsbehörden und Notenbanken der zwölf in der Finanzwelt führenden Staaten, worunter auch der Schweiz.¹⁵ Dieser Ausschuss, der weder auf Staatsvertrag noch auf Gesetz beruht, hat keine gesetzgebenden Kompetenzen, sondern wirkt durch die Überzeugungskraft seiner Empfehlungen. Nach mehrjähriger Vorarbeit hat er das wertvolle Grundlagenpapier «**Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen**» veröffentlicht, welches vom Rat der Gouverneure der BIZ am 11. Juli 1988 genehmigt wurde. Dieses im folgenden als «Basler Eigenkapital-Modell» bezeichnete Dokument will die Eigenkapitalausstattung international tätiger Banken vergleichbar machen, durch das Festlegen eines minimalen Kapitalstandards die Stabilität des internationalen Finanzsystems stärken und schliesslich die Wettbewerbsgleichheit unter den Banken fördern. Aufgabe der nationalen Bankaufsichtsbehörden ist es, die völkerrechtlich nicht bindenden Empfehlungen des Ausschusses bis Ende 1992 in die nationale Gesetzgebung und Aufsichtspraxis überzuführen. Das Basler Eigenkapital-Modell entstand in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, die durch sieben ihrer Mitgliedstaaten im Ausschuss vertreten ist. Im Unterschied zu den EG-Richtlinien (vgl. 123.2 hiernach) richtet sich das Basler Konvergenzmodell nur an **international tätige** Banken. Im Modell selbst wird betont, dass das vereinbarte Konzept lediglich **Mindest**standards für die Eigenkapitalausstattung setzen will. Es bleibt den nationalen Instanzen somit unbenommen, höhere Standards zu beschliessen. In einigen Punkten (insbesondere bei einzelnen Risikogewichtungen) lässt das Konzept überdies einen gewissen nationalen Ermessensspielraum bei der Anwendung zu, und der Ausschuss beabsichtigt, nach einer Beobachtungsphase weitere Präzisierungen im Hinblick auf eine grössere Übereinstimmung vorzunehmen.

Das auf konsolidierter Grundlage für Bankkonzerne anwendbare Basler Eigenkapital-Modell bezieht sich hauptsächlich auf die Eigen-

¹⁵ Vgl. dazu Bernhard Müller, «Basler Ausschuss» und Ausbau der Bankenaufsicht, Der Schweizer Treuhänder, Nr. 7–8/1986, S. 283 ff., und 9/1986, S. 379 ff.

Kapitalunterlegung für **Kreditrisiken**. Preisrisiken wie das Zinsänderungsrisiko und das Kursrisiko bei Wertpapieren, aber auch die von der bisher geltenden schweizerischen Bankenverordnung unterlegten Preisrisiken aus offenen Devisen- und Edelmetallpositionen werden vom Modell nicht erfasst, jedoch von Arbeitsgruppen des Ausschusses weiter verfolgt.

Das Konvergenzmodell definiert in einem ersten Teil die anrechenbaren **Komponenten des Eigenkapitals** und unterscheidet dabei zwischen dem Kernkapital einerseits und dem ergänzenden Eigenkapital andererseits, welches maximal 100 % des Kernkapitals ausmachen darf. Das **Kernkapital** (eigentliches Kapital, core capital; EG: Basiseigenmittel) besteht aus dem einbezahlten Aktienkapital und den **offenen Reserven**. Als **ergänzendes Eigenkapital** (supplementary capital) werden anerkannt:

- **stille Reserven** (vgl. auch Art. 11 Abs. 1 Bst. f BankV);
- **Neubewertungsreserven** (revaluation reserves), bestehend aus der Differenz zwischen dem Anschaffungswert und dem höheren Marktwert, dürfen mit einem Abschlag von 55 % angerechnet werden, insbesondere auf Beteiligungspapieren und Sachanlagen. Derartige stille Reserven auf Aktiven werden nach den schweizerischen Eigenmittelvorschriften nicht als Eigenmittel angerechnet;
- **allgemeine Rückstellungen/allgemeine Reserven für Forderungsausfälle** (general provisions / general loan loss reserves); die Abgrenzung zu den nicht anrechenbaren zweckgebundenen Wertberichtigungen und Rückstellungen ist in den einzelnen Ländern uneinheitlich;
- **hybride Finanzierungsinstrumente** mit gemischem Eigenkapital-/ Fremdkapitalcharakter, welche in der Schweiz nicht gebräuchlich sind;
- **nachrangige Schuldinstrumente mit Laufzeitbegrenzung** (subordinated term debt) mit einer festen ursprünglichen Laufzeit von über fünf Jahren. In den letzten fünf Jahren bis zur Fälligkeit kommt ein kumulativer Abschlag (bzw. eine Abschreibung) von 20 % pro Jahr zur Anwendung, um dem abnehmenden Wert dieser Instrumente als dauernde Quelle von Finanzkraft Rechnung zu tragen. Da nachrangige Schulden nicht am Verlust einer fortführenden Bank teilnehmen, wird ihre Anrechnung auf maximal

50 % des Kernkapitals beschränkt. Im Extremfall könnten nach dem Basler Eigenkapital-Modell nachrangige Schulden mit Laufzeitbeschränkung somit 33½ % der erforderlichen eigenen Mittel ausmachen, vorausgesetzt dass alle anderen Eigenmittel nur aus Kernkapital bestehen.

Vom Eigenkapital abgezogen werden neben dem Goodwill **Beteiligungen** an Tochterbanken und Tochterfinanzinstituten, sofern sie nicht ohnehin konsolidiert werden (vgl. Art. 12 Abs. 2 BankV sowie der Unterlegungssatz von 100 % gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a aBankV für konsolidierungspflichtige Beteiligungen). Ins Ermessen der nationalen Aufsichtsbehörden gestellt wird ein Abzug für nicht konsolidierungspflichtige Beteiligungen an anderen Banken bzw. für als Eigenmittel angerechnete nachrangige Forderungen gegenüber anderen Banken.

In seinem zweiten Teil legt das Basler Eigenkapital-Modell die **Risikogewichtung** für die verschiedenen Arten von Aktiven und Ausserbilanzgeschäften fest, indem es ein einfaches Gewichtungsschema mit fünf Gewichten von 0, 10, 20, 50 und 100 % aufstellt und die Aktiven und Ausserbilanzgeschäfte entsprechend ihrem relativen Risiko in eine dieser fünf Gewichtungsklassen einteilt (weighted risk ratio oder risk-asset-ratio). Ein als risikolos betrachtetes Aktivum (z. B. eine Forderung gegenüber der inländischen Zentralregierung) wird mit 0 gewichtet, während ein Aktivum in Form einer ungedeckten Forderung an eine Industrieunternehmung mit 100 % gewichtet wird, also mit ihrem vollen Betrag in die Eigenmittelberechnung einbezogen wird. Die Eigenmittel müssen nach dem **Zielstandard** des Basler Eigenkapital-Modells mindestens **8 %** der so gewichteten Aktiven und Ausserbilanzgeschäfte erreichen. Im Endergebnis entspricht die Berechnungsweise des Basler Eigenkapital-Modells den schweizerischen Eigenmittelvorschriften, beruhen doch beide auf der relativen Risikogewichtung der einzelnen Geschäftsarten; das schweizerische System ordnet jedoch jeder Geschäftsart direkt einen Eigenmittelunterlegungssatz zu, während das Basler Modell zuerst die relative Gewichtung vornimmt und anschliessend die Summe der so gewichteten Geschäfte mit einem einheitlichen Satz (Faktor 0,08) multipliziert. Mit nur fünf Sätzen ist das Basler Modell wesentlich einfacher, allerdings auch gröber; und ist nicht an die Zuordnung der Geschäfte an einzelne Positionen des Rechnungslegungsschemas gebunden.

Für **Ausserbilanzgeschäfte** bestimmt das Basler Eigenkapital-Modell zuerst das Kreditrisikoäquivalent (credit risk equivalent), also den Betrag, der bei dem jeweiligen Ausserbilanzgeschäft überhaupt dem Kreditrisiko ausgesetzt ist. Der Nominalbetrag des Geschäfts wird mit diesem **Kreditumwandlungsfaktor** multipliziert und der daraus resultierende Betrag dann entsprechend der Natur der Gegenpartei mit 0, 10, 20, 50 oder 100 % gewichtet. So wird bei direkten Kreditsubstituten wie z. B. standby letters of credit oder Akzepten ein volles Kreditrisiko und damit ein Kreditumrechnungsfaktor von 1 angenommen, während kurzfristige, sich selbst auflösende handelsbezogene Eventualverbindlichkeiten (wie z. B. Warenakkreditive) lediglich einen Kreditumwandlungsfaktor von 0,2 zuerkannt erhalten, also nur mit einem Fünftel ihres Nominalbetrages in die entsprechende Gewichtungsklasse für die Gegenpartei eingestellt werden. Den schweizerischen Unterlegungssätzen für Ausserbilanzgeschäfte (Art. 13 Abs. 1 Bst. b aBankV) liegen dieselben Überlegungen zugrunde, nur wird wiederum der daraus resultierende Eigenmittelunterlegungssatz direkt festgelegt, mit dem Nachteil, dass für die Ausserbilanzgeschäfte ein eigenes Satzsystem aufgestellt und nicht lediglich der Kreditumwandlungsfaktor festgelegt werden muss.

Das **Transferrisiko** wird im Basler Eigenkapital-Modell dadurch berücksichtigt, dass eine bestimmte als besonders kreditwürdig geltende Ländergruppe (Vollmitglieder der OECD und Länder, welche besondere Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds in Zusammenhang mit dessen Allgemeinen Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben, im Basler Modell zusammenfassend als «OECD» bezeichnet) ausgesondert und als Inland behandelt wird, während die übrigen Länder als Ausland gelten. Für das Gewichtungsschema hat dies zur Folge, dass Zentralregierungen und Zentralbanken innerhalb der OECD eine Null-Gewichtung und die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der OECD eine niedrige Gewichtung erhalten, sowie auch Forderungen gegenüber Banken mit Sitz in der OECD privilegiert sind.

Entscheidend sind nicht die formellen **Unterschiede** in der Bezeichnungsweise, sondern die zum Teil erheblichen **strukturellen Abweichungen** bei der relativen Gewichtung der einzelnen Geschäftsarten zwischen dem Basler Eigenkapital-Modell und den geltenden schweizerischen Eigenmittel-Unterlegungssätzen. Niedriger gewich-

tet werden vom Basler Modell vor allem Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Zentralbanken in OECD-Ländern, während das geltende schweizerische Recht nur inländische (schweizerische) öffentlich-rechtliche Körperschaften bevorzugt und überdies unterschiedslos auf allen Auslandaktiven einen Zuschlag von 1,5% verlangt. Niedriger gewichtet werden im Basler Modell Forderungen gegen Banken mit Sitz in der OECD und durch solche Banken verbürgte Kredite, unabhängig von der Laufzeit. Privilegiert werden vom Basler Modell schliesslich auch Forderungen an multilaterale Entwicklungsbanken. In etwa gleich gewichtet werden vom Basler Modell vollständig durch Hypotheken auf Wohnungseigentum gesicherte Kredite, sofern die Wohnung vom Kreditnehmer selbst bewohnt wird oder vermietet ist. Strenger gewichtet werden vom Basler Modell als Kreditsubstitute dienende standby letters of credit, NIF und RUF sowie andere unwiderrufliche Kreditsagen mit einer ursprünglichen Laufzeit von über einem Jahr. Einen allerdings bescheidenen Unterlegungssatz sieht das Basler Modell im Unterschied zum bisherigen schweizerischen Recht für ausserbörslich gehandelte Zinskontrakte vor, während es die Währungs-kontrakte eher tiefer unterlegt als der nicht nach Laufzeiten abgestufte Einheitssatz von 0,3% in Art. 13 Abs. 1 Bst. b aBankV

Das Basler Modell sieht als Zwischenphase per Ende 1990 einen Mindeststandard von 7,25% eigenen Mitteln für die risikogewichteten Geschäfte vor und verlangt bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Begrenzung der nachrangigen Schulden als Eigenmittel. Erst **Ende 1992** muss der Mindeststandard von 8% sowie die Begrenzung der nachrangigen Schulden auf 50% des Kernkapitals erreicht sein.

123.2 Europäische Gemeinschaft

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 17. April 1989 die Richtlinie über die Eigenmittel von Kreditinstituten¹⁶ und am 18. Dezember 1989 die Richtlinie über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute¹⁷ erlassen. Beide Richtlinien decken sich im wesent-

¹⁶ 89/299/EWG; Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 124/16 vom 5.5.89. Im folgenden «EG-Eigenmittlerichtlinie» genannt.

¹⁷ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 386 vom 30.12.89. Im folgenden «EG-Solvabilitätsrichtlinien» genannt.

lichen mit dem Basler Eigenkapital-Modell, sind jedoch im Hinblick auf den per 1. Januar 1993 vorgesehenen Vollzug präziser gefasst. Der wichtigste Unterschied zum Basler Modell liegt darin, dass die EG-Richtlinien nicht nur auf international tätige Banken, sondern grundsätzlich auf alle Kreditinstitute anwendbar sind. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der notwendigen Harmonisierungsschritte zur Verwirklichung des in der zweiten Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie vorgesehenen Konzeptes einer einheitlichen Banklizenz für Niederlassungen und Dienstleistungsangebote im ganzen EG-Raum. Zu betonen ist hier, dass beide EG-Richtlinien Mindest-Standards enthalten und den Mitgliedstaaten sowohl eine restriktivere Eigenmittel-Definition als auch einen höheren Mindestkoeffizienten für die Eigenmittelunterlegung gestatten. In beiden Richtlinien schliesslich wird darauf hingewiesen, dass deren Bestimmungen in technischer und terminologischer Hinsicht der raschen Entwicklung der Finanzmärkte angepasst werden müssen; sie sehen das hierzu erforderliche Verfahren vor.

13 Werdegang der Verordnungsänderung

Im Sommer 1986 setzte die Bankenkommission eine Arbeitsgruppe ein, welche die bilanzunwirksamen Geschäfte der Banken systematisch auf ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken zu analysieren und Vorschläge für ihre aufsichtsrechtliche Behandlung zu unterbreiten hatte. Diese Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus Mitgliedern des Sekretariates der Bankenkommission, Vertretern der Schweizerischen Nationalbank, der betroffenen Bankengruppen (Schweizerische Bankiervereinigung, Grossbanken, Auslandsbanken, Handels- und Verwaltungsbanken, Kantonalbanken, Privatbanken) und der bankengesetzlichen Revisionsstellen. Das Plenum der Arbeitsgruppe tagte bis im Sommer 1988 fünfmal und behandelte in dieser Zeit die statistische Erhebung der Ausserbilanzgeschäfte per Ende 1986 durch die Bankenkommission, die im Auftrag der Grossbanken unter der Leitung von Prof. Dr. Conrad Meyer erstellte Studie «Off-Balance-Sheet-Transaktionen» des Institutes für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich, das von Dr. Urs W. Birchler (Schweizerische Nationalbank) erarbeitete Papier «Eigenmittel-

vorschriften für Ausserbilanzgeschäfte – Ein Modell zur Bestimmung von Unterlegungssätzen» sowie das von der Bankenkommission am 2. November 1988 erlassene Rundschreiben «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices».¹⁸

Da sich das ursprüngliche Ziel einer umfassenden Analyse und aufsichtsrechtlichen Behandlung aller Aspekte der Ausserbilanzgeschäfte (einschliesslich Rechnungslegung, Klumpenrisikobegrenzung, Liquidität) als zu ambitioniert erwies, konzentrierten sich die Arbeiten vom Sommer 1988 an auf die als vordringlich erachtete Änderung der Eigenmittelvorschriften. Die Arbeit wurde geleistet vom Ausschuss der vorerwähnten Arbeitsgruppe Ausserbilanzgeschäfte, bestehend aus den Vertretern des Sekretariates der Bankenkommission und der vier Grossbanken sowie der Vertreterin der Schweizerischen Bankiervereinigung und dem Vertreter der Schweizerischen Nationalbank. Gestützt auf die Vorarbeiten der vier Grossbanken reichte die Schweizerische Bankiervereinigung am 7. Dezember 1988 der Bankenkommission einen Antrag zur Teilrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung ein.

Am 9. Oktober 1989 unterbreitete die Bankenkommission ihren Verordnungsentwurf samt Erläuterungen dem Eidg. Finanzdepartement, welches im Hinblick auf die von allen Beteiligten angestrebte Inkraftsetzung auf Anfang 1990 ein kurz befristetes Vernehmlasungsverfahren bei den interessierten Bundesbehörden, der Schweizerischen Nationalbank, der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Treuhand-Kammer durchführte. Der Entwurf stiess dabei auf breite Zustimmung; verschiedene Anregungen und Einwände konnten berücksichtigt werden. Insbesondere folgte der Bundesrat dem Antrag des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken, den Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln für Kantonalbanken mit voller Staatsgarantie von bisher 5 % (Art. 13 Abs. 3 aBankV) auf 12,5 % zu erhöhen. Der Bundesrat beschloss die Verordnungsänderung in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1989 und setzte die neuen Bestimmungen auf den 1. Januar 1990 in Kraft.

¹⁸ Vgl. EBK-Jahresberichte 1986 (S. 19 ff.), 1987 (S. 21 ff.) und 1988 (S. 15 f. und 20 ff.) sowie FN 1 und 6.

14 Ziele der Verordnungsänderung

Die Ziele der Verordnungsrevision ergeben sich aus den unter Ziff. 122 hiervor festgestellten Mängeln sowie der unter Ziff. 123 beschriebenen internationalen Entwicklung:

1. Angestrebt wird lediglich eine **Teilrevision**, weil die geltenden Eigenmittelvorschriften im Grundkonzept – wie die internationale Entwicklung zeigt – immer noch richtig sind. Eine vollständige Anpassung der schweizerischen Vorschriften an die relativen Gewichtungssätze des Basler Eigenkapital-Modells und der EG-Solvabilitätsrichtlinie wäre angesichts der bis Ende 1992 laufenden Übergangsphase und verschiedener noch offener Fragen verfrüht. Die Übernahme der internationalen Gewichtungs-Ansätze würde überdies bedingen, dass der heute geltende schweizerische Basis-Unterlegungssatz von 8% angehoben würde, wenn die traditionell hohen schweizerischen Eigenmittelanforderungen nicht auf den internationalen Mindest-Standard absinken sollen. Das wiederum hätte zur Folge, dass einzelne schweizerische Unterlegungssätze, insbesondere für Hypothekaranlagen auf inländischen Liegenschaften bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes (heute 4%), angehoben würden, weil sie im Basler Eigenkapital-Modell mit 50% ihres Wertes und damit relativ hoch gewichtet sind. Die Auswirkungen eines solchen Schrittes auf den Wettbewerb im Inlandsgeschäft sowie die volkswirtschaftlichen Konsequenzen wollen deshalb wohl überlegt sein. Noch problematischer wäre ein Zweiteilung der Eigenmittelvorschriften für Banken mit vornehmlich internationaler Geschäftstätigkeit einerseits und im Inland tätige Bankinstitute andererseits, weil durch unterschiedliche Unterlegungssätze und Eigenmitteldefinitionen eine rechtsungleiche Behandlung zwischen den sich im Inlandsgeschäft direkt konkurrenzierenden Bankkategorien geschaffen würde und überdies schwierige Abgrenzungsprobleme entstünden.
2. Vorrangiges Ziel der Verordnungsänderung ist die **risikogerechte und vollständige Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte** gemäss dem im Basler Eigenkapital-Modell empfohlenen **internationalen Mindeststandard**. Die Unterlegungssätze für Ausserbilanzgeschäfte sind somit zu ergänzen und dort zu erhöhen, wo das bisher geltende schweizerische Recht unter den Ansätzen des Basler Eigenkapital-Modells liegt. Davon betroffen sind naturgemäß

die im internationalen Geschäft tätigen Schweizer Banken, in erster Linie die Grossbanken.

3. Die Revision soll die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Schweizer Banken **stärken**, indem wettbewerbsverzerrende Unterschiede zwischen den schweizerischen Eigenmittelanforderungen und den relativen Risikogewichtungen des Basler Eigenkapital-Modells durch die Senkung verschiedener Unterlegungssätze für das grenzüberschreitende bilanzwirksame Geschäft sowie die Devisentermingeschäfte abgebaut werden. Dem gleichen Ziel dient die Erhöhung der Anrechnungsquote für **nachrangige Schuldinstrumente** als Eigenmittelbestandteile in Anlehnung an die vom Basler Eigenkapital-Modell zugelassenen Quoten für ergänzendes Eigenkapital, wodurch die Eigenmittelbeschaffung erleichtert und die Eigenmittelkosten gesenkt werden.

4. Das **Eigenmittelgesamterfordernis** darf durch die Revision nicht wesentlich gesenkt werden, sondern soll weiterhin als grundlegender und vertrauensbildender Sicherheitsfaktor sowie Bollwerk der schweizerischen Bankenaufsicht deutlich über dem internationalen Mindeststandard liegen.

5. Die Revision darf nicht zu **Wettbewerbsverzerrungen im Inlandsgeschäft** führen, weshalb die in erster Linie auf international tätige grössere Banken zugeschnittene Erhöhung der Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente grundsätzlich allen Banken zugestanden wird. Bezuglich derjenigen **Kantonalbanken**, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, wird anstelle der bei ihnen nicht als Eigenmittel anrechenbaren nachrangigen Schuldinstrumente zur Erhaltung der Wettbewerbsgleichheit der die Staatsgarantie berücksichtigende Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln von 5% auf 12,5% erhöht.

6. Die Revision soll nicht zu einer die Sicherheit der Gläubiger und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems gefährdenden **Verwässerung des Eigenkapitalbegriffes** führen. Die durch die internationale Entwicklung vorgegebene höhere Anrechnung nachrangiger Schuldinstrumente ist nur dann vertretbar; wenn gleichzeitig sichergestellt wird, dass bei ihrer Rückzahlung ausreichende Eigenmittel in der Bank verbleiben und dass sie nicht zur gegenseitigen Aufblähung der anrechenbaren Eigenmittel unter den Banken missbraucht wer-

den. Die Verwendung dieser Instrumente sowie ihre Unterlegung mit eigenen Mitteln innerhalb des Bankensystems muss deshalb von der Aufsichtsbehörde streng überwacht werden; die Bankenkommission wird zudem vermehrt von ihrer Befugnis (Art. 4 Abs. 3 BankG) Gebrauch machen, in besonderen Fällen eine Verschärfung der Eigenmittelanforderungen bzw. -anrechnung anzutragen, um der begrenzten Eigenmittelfunktion der nachrangigen Schuldinstrumente Rechnung zu tragen.

Nicht Gegenstand dieser Teilrevision ist der **Konsolidierungskreis** für die Eigenmittelanforderungen an Bank- und Finanzkonzerne gemäss Art. 12 Abs. 2 BankV. Eine ausdrückliche Ausdehnung dieser Konsolidierungsvorschrift auf Unternehmungen des Bank- und Finanzbereiches, die mit einer Bank über eine gemeinsame Dach-Holdinggesellschaft oder durch natürliche Personen als gemeinsame Aktionäre verbunden sind, erscheint im heutigen Zeitpunkt verfrüht, da derartige Organisationsstrukturen in der Schweiz vorläufig noch die Ausnahme bilden und von der Bankenkommission durch eine teleologische Auslegung von Art. 12 Abs. 2 BankV sowie – mit demselben Ergebnis – als besondere Fälle gemäss Art. 4 Abs. 3 BankG erfasst werden können. Vorerst wird das Bundesgericht Gelegenheit erhalten, die Rechtmässigkeit einer entsprechenden Verfügung der Bankenkommission vom 1. September 1989 im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren zu prüfen. Sobald das Bundesgericht entschieden hat, wird die Bankenkommission überdies für ihr vorbereitetes «Rundschreiben über die konsolidierte Überwachung von Banken-Konzernen und -Holdinggesellschaften» das Vernehmlassungsverfahren einleiten können.

Für eine umfassendere Eigenmittelregelung der **Preisrisiken** auf Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos werden einstweilen die im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht laufenden Arbeiten abgewartet.

15 Grundzüge der Verordnungsänderung

151 Eigenmittelanrechnung

Die als eigene Mittel anrechenbaren Bestandteile sind in Art. 11 Abs. 1 BankV abschliessend aufgezählt. Die Bankenkommission

kann indessen in besonderen Fällen gestützt auf Art. 4 Abs. 3 BankG Erleichterungen von den Richtlinien der Bankenverordnung zulassen oder Verschärfungen anordnen; diese Befugnis bezieht sich nicht nur auf die Eigenmittelanforderungen, sondern auch die Eigenmittelanrechnung.¹⁹ Die Revision beschränkt sich auf eine Änderung der Bestimmung über die Anrechnung **nachrangiger Darlehen und Obligationenanleihen** als eigene Mittel (Art. 11 Abs. 1 Bst. g und Art. 11 Abs. 3 sowie Abs. 4):

1. Die **Anrechnungsquote** wird von 10 % auf maximal **25 %** der erforderlichen eigenen Mittel erhöht. Auf die von der Bankenkommission ursprünglich erwogene einschränkende Verknüpfung der höheren Anrechnungsquote mit Eigenmittelanforderungen aus bestimmten Geschäftarten, bei welchen im internationalen Konkurrenzkampf besondere Wettbewerbsverzerrungen entstehen können (z. B. Ausserbilanzgeschäfte, Auslandaktivien), wurde verzichtet. Eine solche Verknüpfung hätte unerwünschte geschäftspolitische Lenkungsimpulse in Richtung der dadurch privilegierten, aber nicht weniger risikobehafteten Geschäftarten sowie zu einer Ungleichbehandlung im Inlandsgeschäft geführt, zumal die eigenen Mittel zur Abdeckung der Risiken aus der gesamten Geschäftstätigkeit dienen und nicht einzelnen Geschäftarten zugeordnet werden können. Die nunmehr grundsätzlich generell zugestandene Erhöhung der Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente soll die Banken jedoch nicht dazu verleiten, in ihren Anstrengungen zur Beschaffung von echtem Eigenkapital (Grundkapital, offene und stille Reserven) nachzulassen. Die Banken müssen sich bewusst bleiben, dass nachrangige Schuldinstrumente rückzahlbares, verzinsliches Fremdkapital darstellen, welches nur befristet zur Verfügung steht und eine eigenmittelähnliche Funktion nur im Falle der Beendigung der Geschäftstätigkeit (Liquidation, Konkurs oder Nachlassvertrag) erfüllen kann, nicht jedoch zur Abdeckung von Verlusten des laufenden Geschäftsbetriebes dient. Eine Bank hat deshalb die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als eigene Mittel ange rechneten nachrangigen Schulden 15 % der erforderlichen eigenen

¹⁹ Unveröffentlichte Verfügung der EBK vom 4. Dezember 1984 i. S. Bank X/Bank Y; in EBK-Bulletin 2, S. 19 ff. E.1 wurde noch die gegenteilige Auffassung vertreten, jedoch ein damals nicht anrechenbares nachrangiges Darlehen mit gleichem Ergebnis als Grund für eine Erleichterung von den Eigenmittelanforderungen zugelassen.

Mittel übersteigen (Art. 11 Abs. 4 BankV). Dies wird es der Bankenkommission erlauben, in vermehrtem Ausmass von ihrer gesetzlichen Befugnis (Art. 4 Abs. 3 BankG) Gebrauch zu machen, in besonderen Fällen Verschärfungen gegenüber den allgemeinen Richtlinien über die Eigenmittelvorschriften in der Bankenverordnung anzordnen. Die maximale Anrechnungsquote sollte nur von denjenigen Banken voll ausgeschöpft werden, welche alle zumutbaren Anstrengungen zur Beschaffung echten Eigenkapitals unternommen haben und Gewähr dafür bieten, dass sie die Eigenmittelanforderungen auch nach der Rückzahlung der nachrangigen Schulden uneingeschränkt erfüllen können.

2. Mit der erhöhten Anrechnungsquote steigt die Gefahr; dass nach Rückzahlung der nachrangigen Schuldinstrumente ein beträchtliches Eigenmittelmanko entsteht und eine Bank die entstandene Lücke wegen fehlenden Vertrauens der Anleger weder durch eine Kapitalerhöhung noch durch die Ausgabe neuer nachrangiger Schuldinstrumente schliessen kann. Die im bisher geltenden Recht vorgesehene volle Anrechnung nachrangiger Schulden bis zwei Jahre vor ihrer Fälligkeit oder dem frühestmöglichen Kündigungstermin geht ange-sichts der erhöhten Anrechnungsquote einerseits zu weit und hört andererseits zu abrupt auf. Die Verordnungsänderung übernimmt statt dessen die im Basler Eigenkapital-Modell sowie in der EG-Eigenmittelrichtlinie²⁰ vorgesehene **kumulative Verminderung der Anrechnung** um jährlich 20% des ursprünglichen Nominalbetrages in den letzten fünf Jahren vor der Rückzahlung. Ebenfalls an den internationalen Mindest-Standard angeglichen wird die ursprüngliche Mindestlaufzeit nachrangiger Schuldinstrumente von sieben auf fünf Jahre, wobei allerdings ein nur fünfjähriges nachrangiges Darlehen wegen des bereits im ersten Jahr einsetzenden Abzuges nur von beschränktem Nutzen ist. Will eine Bank die maximale Anrechnungsquote von 25% der erforderlichen eigenen Mittel über eine längere Zeitdauer voll ausnutzen, wird sie durch das Abzugsverfahren gezwungen, die Rückzahlung ihrer nachrangigen Schulden zeitlich zu staffeln und immer in einem gewissen Umfang einen nicht angerechneten Überschuss an nachrangigen Schuldinstrumenten zu halten.

3. Als Gegenstück zur erhöhten Eigenmittelrechnung verschärft

die Verordnungsänderung die **Eigenmittelunterlegung nachrangiger Forderungen gegenüber anderen Banken**, und zwar durch eine Erweiterung des Begriffs der **dauernden Beteiligungen** (Anhang II A Ziff. 1.12). Bereits das bisher geltende Recht (Art. 13 Abs. 1 Bst. a aBankV) stellte die Forderungen mit Rangrücktritt allgemein (nicht nur gegen Banken) wegen ihres Risikokapitalcharakters den Aktien und anderen Beteiligungspapieren gleich.²¹ Forderungen mit Rangrücktritt gegenüber einer anderen Unternehmung ohne gleichzeitige Beteiligung am Grundkapital wurden vom bisher geltenden Recht jedoch nicht als Beteiligungen behandelt und demzufolge niedriger als diese unterlegt. Um zu verhindern, dass infolge der erhöhten Anrechnungsquote die Banken ohne angemessene Eigenmittelunterlegung sich untereinander nachrangige Darlehen gewähren bzw. nachrangige Obligationenanleihen anderer Banken erwerben können, müssen nachrangige Schuldinstrumente unter den Aktiven ab einer gewissen Grenze auch bei Fehlen einer Beteiligung am Grundkapital wie Beteiligungen bilanziert und unterlegt werden. Rechtlich stellt eine Forderung mit Rangrücktritt zwar keine Beteiligung dar, wirtschaftlich hat sie jedoch Beteiligungscharakter, wenn sie bei der schuldnerischen Bank als eigene Mittel angerechnet wird. Die Verordnungsänderung bestimmt deshalb, dass Forderungen gegenüber anderen Banken mit Rangrücktritt, sofern sie bei diesen als eigene Mittel angerechnet werden und für sich allein oder zusammen mit den von der Bank gehaltenen Aktien und anderen Beteiligungspapieren 20 % der erforderlichen eigenen Mittel der anderen Banken übersteigen, als Beteiligungen zu bilanzieren sind.²² Dasselbe gilt im Sinne eines Auffangtatbestandes, wenn die Bank «in anderer Weise»²³ als durch einen 20 % übersteigenden Anteil an den erforderlichen eigenen Mitteln die Möglichkeit hat, massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung der schuldnerischen Bank auszuüben, z. B. im

²¹ 10 % für Forderungen mit Rangrücktritt aus kotierten Wertpapieren; 20 % für die nicht unter den dauernden Beteiligungen bilanzierten Forderungen mit Rangrücktritt; 40 % bzw. 100 % für die unter den dauernden Beteiligungen zu bilanzierenden Forderungen gegen Unternehmungen, an denen die Bank dauernd beteiligt ist, sofern sie verdecktes Eigenkapital darstellen (Anhang II A Ziff. 1.12 aBankV).

²² Nach der Praxis der Eidg. Bankenkommission (EBK-Bulletin 8, S. 22) wird ein massgebender Einfluss vermutet und folglich eine dauernde Beteiligung angenommen, wenn der Kapital- oder Stimmrechtsanteil 20 % erreicht oder übersteigt.

²³ Vgl. den identischen Begriff in Art. 3bis Abs. 3 BankG.

Falle einer gemeinsamen Sanierungsaktion mehrerer Banken durch Gewährung nachrangiger Darlehen zugunsten einer anderen Bank. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Forderung mit Rangrücktritt im umschriebenen Umfang einerseits einen massgebenden Einfluss auf die schuldnerische Bank gestattet und andererseits ein der dauernden Beteiligung am Grundkapital vergleichbares Risiko beinhaltet. Solche Forderungen werden folglich mit 40% (bei nicht zu konsolidierenden Beteiligungen) oder mit 100% (bei zu konsolidierenden Beteiligungen) eigenen Mitteln unterlegt.

4. Bezuglich denjenigen **Kantonalbanken**, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, stellt die Verordnungsänderung (Art. 11 Abs. 3) klar, dass sie nachrangige Schulden nicht als eigene Mittel anrechnen können, da die Nachrangigkeit angesichts der Staatsgarantie eine Fiktion wäre.²⁴ Andererseits wird für diese Kantonalbanken der bisherige, die Staatsgarantie berücksichtigende **Abzug** von den erforderlichen eigenen Mitteln von 5% (Art. 13 Abs. 3 aBankV) auf **12,5%** erhöht (Art. 13 Abs. 3 Bst. b BankV), also proportional zur Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente vergrössert. Diese Erhöhung ist deshalb vertretbar, weil der Staatsgarantie anlässlich der Verordnungsrevision vom 1. Dezember 1980 mit 5% eher symbolisch Rechnung getragen wurde und weil den Kantonalbanken mit Staatsgarantie infolge der grösseren Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente der anderen Banken sonst ein Wettbewerbsnachteil erwachsen würde. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass einer Kantonalbank durch die blosse Garantie ihrer Verbindlichkeiten noch kein Betriebskapital zur Verfügung gestellt wird. Aus diesem Grunde anerkennt das Basler Eigenkapital-Modell Garantien von Anstaltsträgern nicht als Eigenmittelbestandteile und sieht auch keinen Abzug von den Eigenmittelanforderungen hierfür vor. Nachrangige Schulden müssen überdies verzinst werden, während ein Abzug von den Eigenmittelanforderungen eine Ausdehnung der Geschäftstätigkeit ohne erhöhte Refinanzierungskosten ermöglicht.

²⁴ Der Wortlaut des bisher geltenden Rechts schloss die Anrechnung nicht ausdrücklich aus, weshalb zwei Kantonalbanken mit Zustimmung der Bankenkommission (vgl. EBK Jahresbericht 1981, S. 34) nachrangige Obligationenanleihen ausgegeben haben. Die Bankenkommission hat ihre Praxis Mitte 1989 geändert; die dagegen erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde einer der betroffenen Kantonalbanken ist beim Bundesgericht hängig.

Ein solcher Abzug kann folglich inskünftig nicht ohne Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Banken ohne Staatsgarantie beliebig ausgedehnt werden. Schliesslich verdeutlicht die Verordnungsänderung die geltende Praxis der Bankenkommission²⁵, wonach der Abzug nur auf diejenigen Kantonalbanken anwendbar ist, für deren **sämtliche** Verbindlichkeiten der Kanton haftet.

152 Eigenmittelanforderungen

152.1 Allgemeines

Die Verordnungsänderung hält am bisherigen Grundkonzept fest, wonach die minimale Eigenmittelunterlegung direkt in Prozentsätzen des Buchwertes der Bilanzaktiven, der Ausserbilanzgeschäfte sowie der offenen Positionen vorgeschrieben wird. Ausgehend vom bisherigen Basissatz von 8% für Kontokorrent-Debitoren sowie feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung wird die Zuordnung unter die einzelnen Unterlegungssätze noch verfeinert. Bei den Ausserbilanzgeschäften kommen im Hinblick auf eine weitere Differenzierung noch drei neue Prozentsätze (0,05, 0,1 und 0,5%) hinzu. In formeller Hinsicht werden die einzelnen Unterlegungssätze mit Randziffern versehen, um Querverweise zu ermöglichen. Da vor allem bei den Aktiven die Unterlegung von der Art der Bilanzierung eines Geschäfts abhängt, muss die Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften (Anhang II A BankV) teilweise abgeändert werden.

152.2 Bilanzgeschäfte (Aktiven)

1. Die Verordnungsänderung (Art. 13 Abs. 1 Bst. a) sondert die Forderungen gegenüber **öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Zentralbanken in OECD-Ländern** aus und unterlegt diese mit 2% bzw. 4% je nach Liquidität des betreffenden Aktivums. Ihnen gleichgestellt werden Forderungen gegenüber der **BIZ** (2%/4%) sowie den **multilateralen Entwicklungsbanken** (4%). Das bisher geltende Recht unterlegte sämtliche Forderungen gegenüber ausländischen

²⁵ Bestätigt durch BGE 110 I b 166 ff. i. S. Banque Hypothécaire du Canton de Genève.

öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit 7%. Unter den öffentlich-rechtlichen Körperschaften differenziert die Verordnungsänderung nunmehr wie folgt:

- Wechsel und Geldmarktpapiere des Bundes und der Nationalbank: 0% (Art. 13 Abs. 2 Bst. b; wie bisher);
- übrige Forderungen gegenüber inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften: 2% (wie bisher);
- Wechsel und Geldmarktpapiere sowie liquide festverzinsliche Wertschriften der BIZ sowie der Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern: 2% (neu, bisher 7%);
- übrige Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Zentralbanken in OECD-Ländern, der BIZ und den multilateralen Entwicklungsbanken: 4% (teilweise neu);
- Forderungen gegenüber ausländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausserhalb von OECD-Ländern: 7% (wie bisher).

Diese Differenzierung bedeutet eine Annäherung an das Basler Eigenkapital-Modell, wobei dieses in den meisten Fällen eine niedrigere oder gar keine Gewichtung vorsieht.

2. Die Verordnungsänderung **verzichtet** sodann gänzlich auf den vom bisher geltenden Recht (Art. 13 Abs. 2 aBankV: 1,5%) festgelegten **Eigenmittelzuschlag auf Auslandaktiven**. Der Zuschlag bezeichnete, das latente Transferrisiko auf grenzüberschreitenden Aktien abzudecken. Durch die seit 1980 eingetretene Entwicklung ist er indessen überholt. Dort, wo das Transferrisiko aktuell geworden ist, nämlich auf den Engagements in Problemländern, müssen die Banken nach den Richtlinien der Bankenkommission²⁶ pauschale Wertberichtigungen vornehmen, welche den Auslandzuschlag um ein Vielfaches übersteigen. Auf den Engagements in den meisten OECD-Ländern hingegen ist das Transferrisiko vernachlässigbar, und der Auslandzuschlag stünde bei dieser Kategorie in Widerspruch zur Inländerbehandlung gemäss dem Basler Eigenkapital-Modell. Der

²⁶ Gemäss Weisung der Bankenkommission vom 21. Dezember 1988 betreffend Berücksichtigung der Länderrisiken beträgt der Wertberichtigungssatz ab Ende 1989 10% für kurzfristige Handelsengagements und 50% für alle übrigen Forderungen in Problemländern.

Zuschlag behielte seinen Sinn somit nur noch für Aktiven in einer Zwischenkategorie von Ländern, die zwar nicht zur OECD gehören, aber doch nicht gerade als Problemländer mit entsprechendem Wertbereichtigungsbedarf eingestuft sind. Angesichts der bescheidenen Größenordnungen derartiger Engagements lohnt sich eine besondere Ausscheidung dieser Zwischenkategorie, welche einen erheblichen statistischen Aufwand nach sich zieht, nicht. Die Abschaffung des Auslandzuschlages bringt für die international tätigen Banken eine erhebliche Eigenmittelerleichterung.

3. Die Verordnungsänderung sondert **alle Forderungen gegenüber Banken**, gleich welcher Art, aus und unterlegt sie einheitlich, unabhängig von der Bilanzierung unter verschiedenen Positionen. Diese Änderung betrifft insbesondere die Bilanzposition Wechsel und Geldmarktpapiere, welche vom bisher geltenden Recht auch dann mit 7% und folglich höher als Bankendebitor unterlegt wurden, wenn sie von Banken ausgegeben waren (z. B. Certificates of Deposit); dies hatte die widersprüchliche Folge, dass leicht handelbare Forderungen gegenüber Banken schlechter eingestuft wurden. Betroffen von der Aussonderung sind ferner Forderungen aus Akzeptkrediten und aufgeschobenen Zahlungen, deren Aufteilung in solche gegen Banken und solche gegen Kunden eine Änderung der Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften erfordert (Anhang II Bst. A Ziff. 1.3–1.9 und 2.2 sowie 2.4). Die Verordnungsänderung sondert schliesslich ebenso bei den Ausserbilanzgeschäften und Eventualverpflichtungen diejenigen zur Abdeckung des Delkrederisikos für Rechnung von Banken aus, welche sie einheitlich mit 6% unterlegt und damit privilegiert (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 9.2).

Unterschieden wird wie bisher nach der **Restlaufzeit** (bis zu 90 Tagen / über 90 Tagen) der Forderungen gegenüber Banken und zusätzlich neu danach, ob der Hauptsitz der schuldnerischen Bank in einem Land innerhalb oder ausserhalb der OECD liegt. Die letztgenannte Differenzierung, welche nach dem Vernehmlassungsverfahren eingefügt wurde, erfolgt wiederum in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell, welches Forderungen gegenüber Banken mit **Hauptsitz ausserhalb der OECD** mit Laufzeit über einem Jahr mit 100% ihres Wertes gewichtet und folglich mit mindestens 8% eigenen Mitteln unterlegt. Da das schweizerische Bilanzierungsschema die Grenze bei 90 Tagen Restlaufzeit ansetzt (Art. 23 Ziff. 1.3.1 BankV),

wurde dementsprechend die höhere Unterlegung für solche Forderungen mit Restlaufzeit über 90 Tagen festgelegt (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 5.1 BankV). Demnach ergibt sich folgende Aufteilung der Unterlegungssätze für Forderungen gegenüber Banken:

- Restlaufzeit bis zu 90 Tagen: 4 %
- Restlaufzeit von über 90 Tagen
 - Hauptsitz in OECD-Ländern: 6 %
 - Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern: 8 %

4. Mit Hinblick auf die Defizitdeckung durch den Bund für die Exportrisikogarantieversicherung werden Exportkredite mit **ERG-Dekung** den Forderungen gegenüber inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gleichgestellt und mit 2 % unterlegt (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1.4).

152.3 Ausserbilanzgeschäfte

1. Die Verordnungsänderung unterlegt neu in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell die nicht in Anspruch genommenen ungedeckten, **unwiderruflichen Kreditzusagen** mit fester Verpflichtung der Bank von über einem Jahr Restlaufzeit. Unter diesen Kreditzusagen ebenfalls erfasst und wegen ihrer internationalen Bedeutung ausdrücklich erwähnt werden die **NIF** und **RUF** (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 8.1). Unwiderrufliche Kreditzusagen mussten nach dem bisher geltenden Recht überhaupt nicht mit eigenen Mitteln unterlegt werden. Ihre Unterlegung ist dadurch gerechtfertigt, dass die Bank während einer bestimmten, festgelegten Laufzeit ihre Zusage nicht kündigen und somit vom Begünstigten zur Erteilung eines Kredites ohne Deckung gezwungen werden kann. Sobald der Kredit in Anspruch genommen ist, muss er in der entsprechenden Bilanzposition unterlegt werden.

2. Auf den Mindest-Standard des Basler Eigenkapital-Modells angehoben wird sodann die Unterlegung für **unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit)** zur Abdeckung des Delkredererisikos, nämlich mit Deckung auf 6 %, ohne Deckung auf 8 % (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 9 und 10). Diese vor allem in den USA gebräuchlichen Garantieformen wurden bisher fälschlicherweise unter den Akkreditiven lediglich mit 2 % unterlegt.

3. Neu mit 1% unterlegt werden die **festen Übernahmezusagen bei Wertpapieremissionen**, abzüglich die festen Zeichnungen (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 5.3). Die Verordnungsänderung geht hier weiter als der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, welcher auf eine Unterlegung vorläufig verzichtet, die Risiken des Effektenemissionsgeschäftes jedoch erkannt hat. Das Risiko ist hier meist zwar sehr kurzfristig, kann aber im Verhältnis zur Eigenkapitalbasis der Emissionsbank sehr hoch sein, wenn eine Fehleinschätzung des richtigen Marktkurses erfolgte und die Emission nicht plaziert werden kann. Die Eigenmittelunterlegung in der revidierten Verordnung erfolgt nicht zuletzt im Hinblick auf die vom Bundesrat beschlossene Änderung der Bankenverordnung, mit welcher der bankengesetzliche Gelungsbereich auf die Emissionshäuser ausgedehnt wird (Art. 2a Bst. c BankV in der Fassung vom 23. August 1989).
4. Ebenfalls neu unterlegt wird in der revidierten Verordnung der Nennwert ausserbörslich gehandelter fester **Zinskontrakte** (Zins-swaps auf der Basis einer einzigen Währung einschliesslich basis swaps, forward rate agreements, Zinssatz-Futures und ähnliche Instrumente). Der bescheidene Unterlegungssatz von 0,05% (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1.2) orientiert sich am Basler Eigenkapital-Modell, übernimmt jedoch dessen aufwendige Berechnungsmethoden sowie Unterteilung nach Laufzeiten angesichts der marginalen Auswirkungen nicht. Bei den Zinskontrakten – ebenso wie den Fremdwährungskontrakten – sind die Banken nicht in voller Höhe des Nominalwertes ihrer Kontrakte einem Kreditrisiko ausgesetzt, sondern nur im Umfang der bei Ausfall der Gegenpartei entstehenden Kosten der Beschaffung von Ersatzmitteln (also den aktuellen Wiederbeschaffungskosten, sofern der Kontrakt überhaupt einen positiven Wert aufweist). Der Kreditumwandlungsfaktor hängt unter anderem von der Fristigkeit und der Volatilität der dieser Art von Instrumenten zugrundeliegenden Zinssätze (bzw. Wechselkurse bei Devisentermingeschäften) ab. Entsprechend dem Basler Eigenkapital-Modell beschränkt sich die Eigenmittelunterlegung auf **ausserbörslich** gehandelte Zinskontrakte.

5. Das bisher geltende Recht sah für Forderungen aus festen **Devisentermingeschäften** einen einheitlichen Unterlegungssatz von 0,3% vor. Die Verordnungsänderung (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1.1, 2 und 4) differenziert nunmehr nach Restlaufzeiten:
- bis zu einem Monat: 0,05%;

- über einem Monat bis zu einem Jahr: 0,1 %;
- über einem Jahr: 0,5 %.

Diese Differenzierung entspricht in vereinfachender Weise dem Basler Eigenkapital-Modell und trägt dem erhöhten Risiko bei längeren Laufzeiten Rechnung. Angesichts des riesigen und immer noch steigenden Volumens an Devisentermingeschäften lohnt sich der höhere Aufwand einer Differenzierung. Im Endergebnis führt die niedrigere Unterlegung der Devisentermingeschäfte bis zu einem Jahr Restlaufzeit zu einer ganz erheblichen Eigenmittelentlastung, da der Grossteil der Geschäfte kurzfristiger Natur ist. Das Basler Eigenkapital-Modell schreibt für Währungskontrakte eine Unterteilung nach der ursprünglichen Laufzeit und damit eine strengere Methode vor, während sich die Verordnungsänderung an die bei den Schweizer Banken übliche Erfassung der Restlaufzeiten hält. Dies ist deshalb vertretbar, weil der schweizerische Unterlegungssatz die Natur der Gegenpartei eines Devisentermingeschäftes nicht berücksichtigt und damit in den meisten Fällen, insbesondere beim Interbankgeschäft, immer noch deutlich über den Ansätzen des Basler Modells liegt. Eine spätere Umstellung auf die ursprüngliche Laufzeit im Rahmen einer noch stärkeren Angleichung an den internationalen Standard bleibt vorbehalten. Schliesslich stellt die Verordnungsänderung klar, dass **Währungsswaps** als Forderungen aus festen Devisentermingeschäften gelten und entsprechend unterlegt werden müssen.

152.4 Offene Positionen

Die Eigenmittelunterlegung von Preisrisiken für offene Devisenpositionen (10%) und offene Edelmetallpositionen (20%) wird unverändert beibehalten (Art. 13 Abs. 1 Bst. c). Die Verordnungsänderung präzisiert jedoch die in den offenen Positionen zu erfassenden Bestände auf eigenes Risiko und stellt insbesondere klar, dass darin auch die **Options- und Futures-Geschäfte** in Fremdwährungen und Edelmetallen einzubeziehen sind (Ziff. 3).

152.5 Abzug von den Eigenmittelanforderungen

Die Verordnungsänderung (Art. 13 Abs. 3 Bst. a) sieht einen **pauschalen Abzug** von den Eigenmittelanforderungen im Umfang von 6% der **Wertberichtigungen** und Rückstellungen vor, die in den son-

stigen Passiven bilanziert und zur Abdeckung von Positionen gebildet wurden, für welche eigene Mittel verlangt werden. Mit diesem Abzug wird die überhöhte Eigenmittelanforderung korrigiert, die dann entsteht, wenn ein Aktivum nur indirekt auf der Passivseite wertberichtigt wird und folglich wegen der am Buchwert ansetzenden Eigenmittelvorschriften weiterhin im ursprünglichen Betrag voll unterlegt werden muss, obschon das latente Risiko nur noch auf dem nicht wertberichtigten Nettowert besteht. Im Extremfall könnte also ein Aktivum zu 100 % auf der Passivseite wertberichtigt werden und müsste trotz dieser vollständigen Risikovorsorge noch auf dem vollen Bruttobetrag mit eigenen Mitteln unterlegt werden, während bei einer direkten Abschreibung auf der Aktivseite die Eigenmittelunterlegung entfiele.²⁷ Rein formelle Aspekte, wie eben die Art der Verbuchung von Wertberichtigungen, sollen indessen nicht zu höheren Eigenmittelanforderungen führen, wenn das latente Risiko identisch ist. Der bedeutendste Anwendungsfall dieser Problematik sind die Engagements in Problemländern, für welche die hohen, von der Bankenkommission vorgeschriebenen Wertberichtigungen²⁸ aus geschäftspolitischen, aufwandtechnischen und statistischen Gründen üblicherweise auf der Passivseite gebildet werden. Der Abzug bezieht sich auf sämtliche Wertberichtigungen und Rückstellungen unter den Sonstigen Passiven, welche für eigenmittelunterlegungspflichtige Positionen gebildet wurden, also z. B. auch für Ausserbilanzgeschäfte sowie offene Devisen- oder Edelmetallpositionen. Vereinfachend wurde ein Pauschalabzug in der Höhe des angenommenen durchschnittlichen Unterlegungssatzes für die betroffenen Positionen festgelegt.

Der Abzug gilt für sämtliche Banken, welche derartige Sonstige Passiven aufweisen.

153 Verrechnungsrisiko bei Treuhandgeschäften

Zwei aktuelle Fälle von Bankbewilligungsentzügen²⁹ haben gezeigt, dass die Treugeber im Konkurs der Treuhandbank dem Risiko

²⁷ So die Praxis im EBK-Bulletin 8, S.13, mit welcher die Banken über die Eigenmittelvorschriften zu direkten Abschreibungen ermuntert werden sollten.

²⁸ Vgl. FN 26.

²⁹ Von der EBK verfügte Entzüge der Bankbewilligung i. S. Banca di Partecipazioni ed Investimenti SA, Lugano, vom 31. Januar 1989 und i.S. Mebco Bank SA, Genève, vom 27. April 1989.

ausgesetzt sind, dass ihre Treuhandguthaben von der Korrespondenzbank (bei welcher die Treuhandanlagen getätigt wurden) mit deren Forderungen gegenüber der Treuhandbank verrechnet werden.³⁰ Dieses Risiko tritt dann ein, wenn die Treuhandbank die ihr anvertrauten Treuhandgelder bei einer Korrespondenzbank anlegt, bei welcher sie sich ihrerseits refinanziert und möglicherweise diese Refinanzierung sogar gerade wegen ihrer verrechnungsfähigen Guthaben aus Treuhandgeschäften bei der Korrespondenzbank erhalten hat. Da die Korrespondenzbank in der Regel nicht weiß, dass es sich bei den von ihr empfangenen Einlagen um Treuhandgeschäfte handelt, wird sie im Konkurs der Treuhandbank die Verrechnung mit ihren Forderungen dieser gegenüber geltend machen. Der Treugeber kann in diesem Fall lediglich einen in der 5. Konkursklasse kollozierten Schadenersatzanspruch gegen die Treuhandbank geltend machen. Konsequenterweise müsste das Verrechnungsrisiko, mit welchem der Treugeber nicht zu rechnen hat, durch Vertragsabrede zwischen der Treuhandbank und der Korrespondenzbank ausgeschlossen werden. Dies würde jedoch bedingen, dass gegenüber der Korrespondenzbank die Treuhandanlagen als solche ausgeschieden würden. Das Verrechnungsrisiko bei Treuhandanlagen ist überdies nur ein Teilaспект des allgemeineren Problems der rechtlichen Sicherheit und Aussonderungsfähigkeit von Kundenwerten, namentlich im Rahmen des nationalen und internationalen Wertschriftengeschäftes. Diese grundsätzliche Problematik kann somit nicht beiläufig im Rahmen einer Teilrevision der Eigenmittlervorschriften befriedigend gelöst werden.³¹

Angesichts dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten verzichtet die revidierte Verordnung auf eine Änderung der Definition der Treuhandgeschäfte (Anhang II Bst. C Ziff. 5 BankV), die den Ausschluss der Verrechnung zur Bedingung für die Anerkennung als Treuhandgeschäft machen würde. Stattdessen beschränkt sie sich darauf, das Verrechnungsrisiko bei Treuhandgeschäften, welches je nach Grösse der Treuhandbank und je nach dem Verhältnis zwischen ihren Treu-

³⁰ Vgl. Daniel Guggenheim, Die Verträge der schweizerischen Bankpraxis, Zürich 1986, S. 265 f.

³¹ Ein anderer Teilaспект der Verfügung der Banken über Kundenwerte wird in den bankengesetzlichen Vorschriften über die Weiterverpfändung von Faustpfändern eingehend geregelt (Art. 17 BankG; Art. 33 Bankv).

handanlagen und den Gegenforderungen der Korrespondenzbanken verschieden ist, einer verschärften Kontrolle zu unterwerfen (Art. 44 Bst. g). Da die **Revisionsstellen** bereits nach dem bisher geltenden Recht zur Stellungnahme im Revisionsbericht zum Umfang und der ordnungsgemässen Behandlung der Treuhandgeschäfte verpflichtet sind, wird unter diesem Punkt nunmehr ausdrücklich auch eine Prüfung des Verrechnungsrisikos verlangt. Dadurch werden Banken und Revisionsstellen angehalten, dieser Problematik die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

2 Besonderer Teil: Kommentar zu einzelnen Bestimmungen

21 Anrechnung nachrangiger Darlehen und Obligationenanleihen (Art. 11 Abs. 1 Bst. g, Abs. 3 und Abs. 4)

Für die Ziele und die Grundzüge dieser Bestimmung wird auf Kapitel 14 und 151 hiervor verwiesen.

Die **Definition** der nachrangigen Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen (im Anschluss an die Umschreibung der Anrechnungsquote) ist – mit Ausnahme der von sieben auf fünf Jahre verkürzten minimalen ursprünglichen Laufzeit – unverändert aus dem bisherigen Recht übernommen worden. Nicht ausdrücklich erwähnt, aber wie nach der bisherigen Praxis der Bankenkommission³² zulässig, ist die Anrechnung nachrangiger Schulden in fremder Währung. Unzulässig sind hingegen in der Darlehensvereinbarung enthaltene Klauseln, wonach die Schuld unter anderen Umständen als einer Auflösung der Bank (Liquidation, Konkurs oder Nachlassvertrag) vor dem vereinbarten Rückzahlungstermin rückzahlbar wird, also z. B. Verzugsklauseln bezüglich Änderung der Geschäfts- bzw. Aktionärsverhältnisse, welche dem Gläubiger die vorzeitige Rückforderung gestatten und damit der Bank bisher angerechnete Eigenmittel entziehen.³³

³² EBK-Bulletin 8, S. 10f.

³³ Vgl. auch Art. 4 Abs. 3 Bst. d der EG-Eigenmittelrichtlinie.

Die **maximale Anrechnungsquote** beträgt neu 25 % der erforderlichen eigenen Mittel. Von ihr soll jedoch nur mit Zurückhaltung Gebrauch gemacht werden. Die **Meldepflicht** gemäss Art. 11 Abs. 4 wird es der Bankenkommission erlauben, die Umstände des Einzelfalles zu würdigen und nötigenfalls eine Einschränkung oder flankierende Massnahmen anzurordnen.

Der **kumulative Abzug** von jährlich 20 % des ursprünglichen Nominalbetrages setzt im fünften Jahr vor der Rückzahlung ein. Nachrangige Schuldinstrumente werden folglich im fünften Jahr vor der Rückzahlung nur noch mit 80 %, im vierten Jahr mit 60 %, im dritten Jahr mit 40 %, im zweiten Jahr mit 20 % ihres ursprünglichen Nominalbetrages und im letzten Jahr vor der Rückzahlung überhaupt nicht mehr als eigene Mittel angerechnet. Massgebend ist der Termin, an welchem die **Rückzahlung** erfolgt. Die Formulierung des bisher geltenden Rechts «vor ihrer Fälligkeit» oder «vor dem frühestmöglichen Kündigungstermin», welche zu Auslegungsproblemen führte³⁴, wird also durch den Ausdruck «Rückzahlung» ersetzt. Ein vor der endgültigen Fälligkeit liegender Kündigungstermin ist somit unbeachtlich, wenn die Bank von ihrem Recht zur vorzeitigen Kündigung keinen Gebrauch macht.

Bezüglich des Ausschlusses der **Kantonalbanken**, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet (Art. 11 Abs. 3), wird auf Kapitel 151 Ziff. 4 hiervor verwiesen.

22 Grundsatz der Eigenmittelunterlegung (Art. 12 Abs. 1)

Der Wortlaut dieser Bestimmung wird der neuen Terminologie in Art. 13 Abs. 1 Bst. b angepasst, indem der umfassendere Begriff «Ausserbilanzgeschäfte» an Stelle der bisher verwendeten Bezeichnung «Eventualverpflichtungen und schwebende Geschäfte» tritt. Neu erwähnt werden der Vollständigkeit halber auch die «offenen Positionen», welche gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. c des bisher geltenden Rechts und der Verordnungsänderung zu unterlegen sind. Da der Buchwert nur bei der Unterlegung der Aktiven immer die massgebende Grösse ist, wird der Wortlaut überdies grammatisch ange-

passt. Eine materielle Änderung ist jedoch mit keiner dieser Modifikationen bezozen.

23 Eigenmittelunterlegungssätze (Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2)

Die Verordnungsänderung sieht einschliesslich des Null-Satzes (Art. 13 Abs. 2) für die Bilanzaktiven wie bisher 12 Sätze, für die Ausserbilanzgeschäfte neu 11 (bisher 8) sowie für die offenen Positionen wie bisher 2 Sätze vor. Die nicht unterlegungspflichtigen Aktiven werden in Art. 13 Abs. 2 nunmehr – ohne materielle Änderung – ausdrücklich aufgezählt, während sie nach dem bisher geltenden Recht nur indirekt dank der fehlenden Erwähnung oder dem Ausschluss aus gewissen Positionen hervorgingen.

231 Aktiven (Art. 13 Abs. 1 Bst. a)

Bezüglich der Grundzüge sei auf Kapitel 152.2 verwiesen.

Ziff. 1 (2%)

Wechsel und Geldmarktpapiere der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie der Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern (**Ziff. 1.2**) werden neu den Forderungen gegenüber inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften (ausser den nicht unterlegungspflichtigen Wechseln und Geldmarktpapieren des Bundes und der Nationalbank) gleichgestellt. Dasselbe gilt für festverzinsliche Wertschriften dieser ausländischen Schuldner, wenn sie an einem organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelt werden (**Ziff. 1.3**). Der Begriff des «organisierten Marktes mit regelmässiger Kurspublikation» ist identisch mit der in Art. 16 Abs. 1 Bst. d BankV (Liquiditätsvorschriften) sowie der in der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Anlagefonds verwendeten Definition.³⁵ Wo derartige Wechsel und Geldmarktpapiere sowie festverzinsliche Wertschriften als Deckung für kurzfristige Bankendebtoren, feste Vorschüsse und Darlehen dienen, führen sie ebenfalls zu

³⁵ Art. 16 Abs. 1 Bst. d BankV in der Fassung vom 25. November 1987; Art. 2 Abs. 1 AFV (SR 951.311), in der Fassung vom 6. November 1985.

einer reduzierten Unterlegung (**Ziff. 1.5**). Berücksichtigt wird damit einerseits die hohe Bonität und Liquidität dieser Deckung sowie andererseits das durch die Kurzfristigkeit der Forderung beschränkte Risiko einer ungenügenden Deckungsmarge.

Der Begriff **OECD-Länder** ist in Art. 13 Abs. 5 Bst. a definiert; in vollständiger Übereinstimmung mit dem Basler Eigenkapital-Modell und den EG-Solvabilitätsrichtlinien umfasst er neben den 24 OECD-Vollmitgliedern zusätzlich noch Länder, die mit dem Internationalen Währungsfonds in Verbindung mit den Allgemeinen Kreditvereinbarungen besondere Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben (zur Zeit nur Saudi-Arabien). Die abschliessende **Liste** der so umschriebenen **OECD-Länder** und der **multilateralen Entwicklungsbanken** (Art. 13 Abs. 5 Bst. b BankV) befindet sich am Ende des Eigenmittelausweises.

Neu aufgeführt sind ferner ERG-gedeckte Exportkredite (**Ziff. 1.4**), während **Ziff. 1.7** bezüglich der Hypothekaranlagen bei inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften lediglich die bisherige Praxis der Bankenkommission verankert.³⁶

Ziff. 2 (4%)

Bankendebitorien bei der BIZ, den Zentralbanken in OECD-Ländern sowie den multilateralen Entwicklungsbanken werden, ungetagt der Restlaufzeit, nunmehr einheitlich mit 4 % unterlegt (**Ziff. 2.2**). Der Begriff der **multilateralen Entwicklungsbanken** wird in **Art. 13 Abs. 5 Bst. b** abschliessend definiert und lehnt sich an die Umschreibung im Basler Eigenkapital-Modell sowie der EG-Solvabilitätsrichtlinie an, wobei diese allerdings nur eine relative Gewichtung von 20 % vorsehen.

Die nicht unter Ziff. 1.2 und 1.3 erwähnten Wechsel und Geldmarktpapiere sowie die festverzinslichen Wertschriften öffentlich-rechtlicher Körperschaften (also auch Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften wie Gemeinden) in OECD-Ländern werden ebenfalls mit 4 % unterlegt (**Ziff. 2.3**). Dasselbe gilt für Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften in OECD-Ländern (**Ziff. 2.7**).

Wechsel und Geldmarktpapiere von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern werden nunmehr gleich behandelt wie Bankendebitoren und somit je nach Restlaufzeit mit 4 % bzw. 6 % unterlegt (**Ziff. 2.4 und 3.2**). Wechsel und Geldmarktpapiere von Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern mit einer Restlaufzeit bis zu 90 Tagen sind mit 4 % zu unterlegen (Ziff. 2.4), solche mit Restlaufzeit über 90 Tagen werden mit 7 % unterlegt (Ziff. 4.1).

Ziff. 5.1

Bankendebitoren bei **Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern** mit einer Restlaufzeit von **über 90 Tagen** werden neu mit 8 % unterlegt (vgl. 152.2 Ziff. 3 hievor). Massgebend ist, ob sich der Hauptsitz der schuldnerischen Bank in einem Land ausserhalb der OECD (siehe Definition in Art. 13 Abs. 5 Bst. a BankV) befindet. Die Forderung gegenüber der Londoner Zweigniederlassung einer Bank mit statutarischem Sitz in Brasilien z. B. ist somit mit 8 % zu unterlegen, ebenso wie diejenige gegenüber einer Tochterbank mit Sitz in der Karibik, auch wenn die Mutterbank ihren Sitz in der OECD (inkl. Schweiz) hat. Bankendebitoren bei multilateralen Entwicklungsbanken sowie deren Wechsel und Geldmarktpapiere werden ungeachtet des Hauptsitzes und der Restlaufzeit dagegen einheitlich mit 4 % unterlegt (Ziff. 2.2 und 2.3).

Ziff. 6.2, 7.4, 9 und 11.1

Bezüglich **Forderungen gegenüber anderen Banken mit Rangrücktritt** führt die Ergänzung des **Beteiligungsbegiffes** (Anhang II Bst. A Ziff. 1.12, vgl. 151.3 hievor) zu einer gegenüber dem bisher geltenden Recht erhöhten Unterlegung, wenn die nachrangigen Schuldinstrumente bei der schuldnerischen Bank als eigene Mittel angerechnet werden und zusätzlich die fixierten Prozentsätze der erforderlichen eigenen Mittel der schuldnerischen Bank überschreiten. Eine nachrangige Forderung gegenüber einer anderen Bank wird bei der Gläubigerbank mit 10 % unterlegt, wenn es sich um ein kotiertes Wertpapier handelt und die Beteiligungsgrenze nicht erreicht wird (**Ziff. 6.2**). Mit 20 % unterlegt wird eine Forderung mit Rangrücktritt, wenn sie kein kotiertes Wertpapier ist, jedoch auch nicht unter den Beteiligungen bilanziert werden muss (**Ziff. 7.4**). Unter den dauern-

den Beteiligungen muss sie dann bilanziert werden, wenn sie bei der schuldnerischen Bank als eigene Mittel angerechnet wird und zusätzlich eine der beiden weiteren in Anhang II Bst. A Ziff. 1.12 BankV umschriebenen Voraussetzungen erfüllt ist. Handelt es sich um eine nicht zu konsolidierende Beteiligung, weil nur ein massgebender, aber nicht beherrschender Einfluss ausgeübt wird, beträgt der Unterlegungssatz 40% (**Ziff. 9**). Liegt gar ein beherrschender Einfluss im Sinne der Konsolidierungsrichtlinien der Bankenkommission vor, insbesondere bei Tochterbanken, so muss die betreffende Forderung mit Rangrücktritt zu 100% mit eigenen Mitteln unterlegt werden (**Ziff. 11.1**). Bezüglich des Zweckes dieser Regelung wird auf Kapitel 151 Ziff. 3 verwiesen.

Wo es sich um eine Forderung mit Rangrücktritt gegenüber einer von der Gläubigerbank beherrschten Bank handelt, ist jener die Anrechnung als eigene Mittel sowie der Anteil an den erforderlichen eigenen Mitteln bei der schuldnerischen Bank ohnehin bekannt. Wo die Gläubigerbank keine massgebende Beteiligung am Kapital der schuldnerischen Bank hält, ist es ihr zuzumuten, bei dieser diejenigen Auskünfte einzuholen, welche zur Bestimmung der in Anhang II A Ziff. 1.12 festgelegten Grenzen erforderlich sind, da die Gläubigerbank ja nicht unbesehen in dieser Größenordnung nachrangige Darlehen gewährt oder nachrangige Obligationen anleiht erwirbt.

Ziff. 11.2 (100%)

Die Verordnungsänderung ergänzt gegenüber dem bisher geltenden Recht, dass nicht nur eigene Aktien (oder andere von der Bank selbst ausgegebene Beteiligungspapiere), sondern auch die als eigene Mittel angerechneten eigenen Forderungen mit Rangrücktritt in direktem oder indirektem Eigenbesitz mit 100% eigenen Mitteln unterlegt werden müssen. Anvisiert wird damit der Fall, in welchem eine Bank unter ihren Wertschriften bilanzierte Bestände an eigenen nachrangigen Anleihen hält, die bei ihren eigenen Mitteln angerechnet sind.

232 Ausserbilanzgeschäfte (Art. 13 Abs. 1 Bst. b)

Es kann weitgehend auf die ausführlichen Darlegungen unter Kapitel 152.3 verwiesen werden.

Ziff. 1.2 unterlegt den Nennwert ausserbörslich gehandelter fester **Zinskontrakte** mit 0,05 % und nennt eine Reihe nicht abschliessend aufgezählter Beispiele. Der von der Unterlegung befreite börsenmässige Handel mit Zinskontrakten setzt – wie beim börsenmässigen Optionshandel³⁷ – voraus, dass eine angemessene finanzielle Sicherheit für die Erfüllung der Optionskontrakte durch eine an jedem Börsenabschluss als Vertragspartei oder Garantin beteiligte Clearingstelle gewährleistet ist und dass die Leistung einer täglich neu berechneten Margendeckung verlangt sowie bei Nichterfüllung von Margennachforderungen binnen eines Arbeitstages die Position glattgestellt wird. Nicht unter den Unterlegungssatz von Ziff. 1.2 fallen **OTC-Optionen** auf Zinskontrakten.

Ziff. 8.1 unterlegt mit 4 % die nicht in Anspruch genommenen ungedeckten, **unwiderruflichen Kreditzusagen** einschliesslich note issuance facilities, revolving underwriting facilities und ähnlicher Instrumente mit fester Verpflichtung von **über einem Jahr** Restlaufzeit. Unterlegt werden nur diejenigen Zusagen, welche während einer bestimmten, festgelegten Laufzeit von der Bank nicht gekündigt werden können und sie folglich zwingen, dem Begünstigten einen Kredit ohne Deckung zu gewähren. Einseitige Kreditrahmen-Mitteilungen der Bank an die Kunden fallen nicht unter die unwiderruflichen Zusagen, da sie jederzeit von der Bank widerrufen werden können. Ebenso nicht erfasst werden Zusagen für Kredite mit Deckung, wie z. B. Baukredite oder Lombardkredite. Unterlegt wird nur der vom Kunden nicht benutzte Teil des zugesagten Betrages. Keine Unterlegung erfolgt, wenn die Zusage innerhalb eines Jahres (Restlaufzeit) fällig wird oder kündbar ist. Das Basler Eigenkapital-Modell und die EG-Solvabilitätsrichtlinie stellen demgegenüber auf die ursprüngliche Laufzeit der Kreditzusage ab, wobei ersteres bis Ende 1992 den Aufsichtsbehörden noch die Verwendung der Restlaufzeit gestattet. Eine spätere Anpassung muss hier – ebenso wie bei den Devisentermingeschäften – vorbehalten werden. Unter NIF und RUF werden Fazilitäten verstanden, die der Kreditnehmer über einen längeren Zeitraum hinweg mit Beträgen bis zu einer vorgegebenen Höhe durch wiederholte Begebung kurzfristiger «promissory notes» über den Markt in Anspruch nehmen kann. Für den Fall, dass die Notes nicht

³⁷ Vgl. EBK-Rundschreiben «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindicies» vom 2. November 1988, ziff 1.2 und 4.3.1.

zu einem bestimmten Mindestkurs am Markt untergebracht werden können, verpflichtet sich das die Zusage erteilende Bankinstitut, die Titel zu einem vereinbarten Kurs zu übernehmen.

233 Offene Positionen (Art. 13 Abs. 1 Bst. c)

Es kann im wesentlichen auf Kapitel 152.4 hiervor verwiesen werden. Der in der Verordnungsänderung für die Gewichtung von Optionsgeschäften in den offenen Devisen- und Edelmetallpositionen erwähnte Deltafaktor ist das mathematische Mass, um das sich die Optionsprämie als Reaktion auf eine Preisänderung des der Option zugrundeliegenden Basiswertes ändert.³⁸ Durch die Formulierung «mindestens mit dem Deltafaktor gewichtet» wird zum Ausdruck gebracht, dass es einer Bank freisteht, anstelle des Delta-Berechnungssystems eine für sie bezüglich Eigenmittelbelastung ungünstigere Berechnungsmethode anzuwenden.

24 Verrechnungsrisiko bei Treuhandgeschäften (Art. 44 Bst. g)

Schon bisher mussten die **Revisionsstellen** im Revisionsbericht regelmässig, wenn nötig mit Zahlenangaben, eindeutig Stellung nehmen zum Umfang und der ordnungsgemässen Behandlung der Treuhandgeschäfte. Neu müssen sie unter diesem Punkt nunmehr auch eine Aussage zur **Angemessenheit des Schutzes der Treugeber** vor dem Risiko der Verrechnung ihrer Guthaben mit Forderungen des Empfängers des Treuhandgeschäftes (also der Korrespondenzbank, bei der die Treuhandanlage getätigten wurde) gegen die Bank machen (vgl. hiezu Ziff. 153 hiervor), und zwar bereits im Revisionsbericht über das Rechnungsjahr 1989. In erster Linie ist darzustellen, in welchem Ausmass Treuhandanlagen bei Korrespondenzbanken plaziert sind, die ihrerseits Guthaben bei der geprüften Treuhandbank haben. Sodann ist zu prüfen, ob die Korrespondenzbank davon Kenntnis

³⁸ Eine Aktienoption, deren Preis (Prämie) sich um einen Franken verändert, wenn sich der Kurs der Aktie um zwei Franken in der gleichen Richtung ändert, hat ein Delta von 0,5. Das Delta steigt gegen 1,0 (d. h. der Preis der Option verändert sich in gleichem Ausmass wie der zugrundeliegende Basiswert) bei Optionen, welche deep-in-the-money sind, und strebt gegen 0 bei Optionen, welche deep-out-of-the-money sind.

hat, dass die bei ihr angelegten Gelder Treuhandcharakter haben. Fehlt ihr diese Kenntnis, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sie verrechnen kann. Hat sie Kenntnis vom Treuhandcharakter, was insbesondere bei Banken derselben Gruppe zu vermuten ist (v. a. bei personeller Identität einzelner Organe), ist zu untersuchen, ob ein vertraglicher Verrechnungsausschluss Bestand hat (auch nach ausländischem Recht) bzw. ob die Bösgläubigkeit der Korrespondenzbank ihr die Verrechnungsmöglichkeit nimmt. Wo das Verrechnungsrisiko hoch erscheint, ist ein einwandfreier vertraglicher Verrechnungsausschluss oder ein Verbot der Refinanzierung bei Treuhand-Korrespondenzbanken oder schliesslich eine ausdrückliche Zustimmung der Treugeber zur Anlage ihrer Gelder bei einer die Treuhandbank refinanzierenden Korrespondenzbank in voller Kenntnis des Verrechnungsrisikos ins Auge zu fassen.

25 Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften (Anhang II Bst. A Ziff. 1.3, 1.5-1.9, 1.12, 2.2 und 2.4)

Die **Forderungen aus Akzeptanzkrediten und aufgeschobenen Zahlungen** wurden nach dem bisherigen Recht einheitlich unterlegt. Die Verordnungsänderung nimmt eine Aufteilung in solche gegen Banken und solche gegen Kunden vor, weil Forderungen gegenüber Banken ungeachtet ihrer Bilanzierung unter verschiedenen Positionen privilegiert behandelt werden sollen (vgl. Kapitel 152.2 Ziff. 3 hiervor). Dies bedingt jedoch eine Änderung der Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften, weil die Unterlegung der Aktiven am Bilanzierungsschema anknüpft. Forderungen **gegenüber Banken** aus Akzeptanzkrediten und aufgeschobenen Zahlungen sind inskünftig unter den Bankendebitorien auf Zeit (Ziff. 1.3) zu bilanzieren; diejenigen **gegenüber Kunden** werden unter den festen Vorschüssen und Darlehen bilanziert (Ziff. 1.7: ohne Deckung/Ziff. 1.8: mit Deckung), während derartige Forderungen **gegenüber öffentlichrechtlichen Körperschaften** unter der Position 1.9 einzustellen sind. Auf der **Passivseite**, die für die Eigenmittelunterlegung unbeachtlich ist, muss konsequenterweise für die Verpflichtungen aus aufgeschobenen Zahlungen ebenfalls eine Aufteilung nach Bankenkreditoren auf Zeit (Ziff. 2.2) und Kreditoren auf Zeit (Ziff. 2.4) vorge-

nommen werden, wogegen für die Akzepte und Eigenwechsel (Ziff. 2.10) keine Änderung erforderlich ist. Das Basler Eigenkapital-Modell und die EG-Solvabilitätsrichtlinie behandeln Akzepte hingegen als ausserbilanzmässige Verpflichtungen.

Bezüglich der Änderung des Beteiligungsgrundes (Ziff. 1.12) wird auf Kapitel 151.3 und 231 verwiesen.

26 Schlussbestimmungen

Die Verordnungsänderung tritt am **1. Januar 1990** in Kraft. Demgemäß sind der Eigenmittelausweis, die Bilanz und der Revisionsbericht erstmals per 31. Dezember 1989 nach der revidierten Verordnung zu erstellen. Die geänderten Vorschriften bilden eine sachliche Einheit. Insbesondere die Bilanzierungsvorschriften wurden nur im Hinblick auf die Eigenmittelunterlegung geändert; sie müssen deshalb gleichzeitig in Kraft treten und ihre Anwendung von den Revisionsstellen geprüft werden. Obschon die meisten Bankinstitute nach der revidierten Verordnung insgesamt weniger eigene Mittel benötigen und mehr Bestandteile als Eigenmittel anrechnen können, wird analog der letzten Revision der Eigenmittelvorschriften vom 1. Dezember 1980 (AS 1980, 1814) eine zweijährige Anpassungsfrist eingeräumt. Genügt eine Bank am 31. Dezember 1989 den Anforderungen des neuen Rechts nicht, hat sie ihre eigenen Mittel bis am **31. Dezember 1991** auf den geforderten Stand zu bringen. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen jedoch ihre nach bisherigem Recht angerechneten eigenen Mittel nicht unter den nach bisherigem Recht geforderten Stand sinken. Eine Kombination der jeweils günstigsten Bestandteile des alten und des neuen Rechts wird damit ausgeschlossen. Es wäre unzulässig, nachrangige Schuldinstrumente in dem vom neuen Recht gestatteten höheren Ausmass anzurechnen, wenn nicht gleichzeitig auch die Eigenmittelanforderungen des neuen Rechts erfüllt werden.³⁹

3 Gesetzmässigkeit

Die Verordnungsänderung folgt in allen wesentlichen Bestandteilen dem bisher geltenden Verordnungsrecht, dessen Gesetzmässigkeit anlässlich der Totalrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung vom 1. Dezember 1980 eingehend begründet und bejaht wurde. Die Änderung der einzelnen Unterlegungssätze sowie des Anrechnungssatzes für nachrangige Schuldinstrumente sind vorwiegend technischer Natur und liegen im weiten Ermessen des Verordnungsgebers.

4 Verhältnis zum europäischen Recht

Die Verordnungsänderung nimmt eine starke Annäherung der schweizerischen Eigenmittelvorschriften an die auf breiter Basis erarbeiteten Empfehlungen des Basler Eigenkapital-Modells vor, welches seinerseits die EG-Richtlinien geprägt hat (s. Kapitel 123 hiervor). Diese Annäherung steigert einerseits die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken weltweit sowie im EG-Raum im besonderen und erleichtert umgekehrt den schon sehr stark in unserem Lande etablierten Banken aus der EG, aber nicht nur diesen, die Geschäftstätigkeit in und von unserem Lande aus. Da die EG-Richtlinien nur einen Mindest-Standard aufstellen, der von den EG-Mitgliedsländern in der nationalen Gesetzgebung höher angesetzt werden darf, stellen unsere nach wie vor deutlich über dem internationalen Mindest-Standard liegenden Vorschriften selbstverständlich keinen Hinderungsgrund für dieaufsichtsrechtliche Zulassung unserer Banken in der EG dar.

5 Auswirkungen auf die erforderlichen und anrechenbaren Eigenmittel der Banken

Anhang III enthält eine **Modellrechnung nach Bankengruppen** für die Auswirkungen der Verordnungsänderung basierend auf den

Zahlen per Ende 1988.⁴⁰ Danach nimmt das Eigenmittelerfordernis für das ganze schweizerische Bankensystem um rund 2 Mia. Franken⁴¹ oder ca. 3,5 % ab. Bei den anrechenbaren eigenen Mitteln führt die Ausdehnung der nachrangigen Schuldinstrumente bzw. der zusätzliche Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln für Kantonalbanken mit voller Staatsgarantie zu einem Erhöhungspotential von gut 9 Mia. Franken.

⁴⁰ Die Unterscheidung der Modellrechnung zwischen Erleichterungen (bspw. Reduktion des Unterlegungssatzes für Devisentermingeschäfte, Abschaffung des Zuschlages für Auslandaktiven, Reduktion und Vereinheitlichung des Satzes für Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern) und Korrekturen (bspw. Berücksichtigung einer ERG-Deckung, einheitliche Unterlegung der Forderungen gegen Banken, Berücksichtigung von Wertberichtigungen unter den Sonstigen Passiven) ist ursprünglich von Bankenseite in der Arbeitsgruppe Ausserbilanzgeschäfte gemacht worden. Sie hat im Resultat insofern keine Bedeutung, als Erleichterungen und Korrekturen im konkreten Fall je eine Verminderung der EM-Anforderungen zur Folge haben.

⁴¹ In der Modellrechnung im Anhang III noch nicht berücksichtigt ist die gegenüber dem Entwurf der EBK vom 9. Oktober 1989 von 6 % auf 8 % erhöhte Unterlegung der Bankendebitorien bei Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern mit einer Restlaufzeit von über 90 Tagen (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Zift. 5.1 BankV), was ca. 200 Mia. Franken zusätzliche Eigenmittel erfordert, so dass das neue Eigenmittelerfordernis 59,63 Mia. Franken ausmachen würde.

Sommaire

Après plusieurs années de travaux préparatoires qui ont porté sur la façon de traiter les opérations hors bilan sous l'angle de la surveillance bancaire, la Commission des banques a transmis le 9 octobre 1989 au Conseil fédéral son projet pour une révision partielle des prescriptions de l'Ordonnance sur les banques en matière de fonds propres (art. 11–13). Dans sa séance du 4 décembre 1989, celui-ci a adopté la révision et a décidé sa mise en vigueur au 1er janvier 1990. La modification des prescriptions en matière de fonds propres présente les caractéristiques suivantes:

- a) Le concept de base introduit lors de la dernière révision des prescriptions en matière de fonds propres du 1er décembre 1980 est maintenu. Les exigences en fonds propres sont toujours calculées sur la base de taux dont le pourcentage est fixé d'après l'importance des risques de crédits des différentes catégories d'actifs et des opérations hors bilan, ainsi que d'après les risques de variation de prix sur les positions ouvertes en devises ou en métaux précieux. Les prescriptions ont toutefois été adaptées à l'évolution de l'activité bancaire qui s'est produite depuis lors, plus particulièrement le transfert croissant vers des transactions qui ne figurent pas au bilan et l'utilisation de nouveaux instruments financiers, parfois complexes, ainsi qu'aux efforts d'harmonisation internationale en matière de surveillance bancaire. La modification de l'ordonnance s'inspire dans plusieurs domaines du document de juillet 1988 établi par le «Comité de Bâle sur la surveillance bancaire» de la Banque des Règlements Internationaux intitulé «Convergence internationale de la mesure et des normes des fonds propres» (ci-après: Modèle de Bâle). Ce Modèle a été repris par la Communauté Européenne dans ses directives. En Suisse, la systématique et les catégories de pondération des risques, souvent plus basses dans le Modèle de Bâle, n'ont cependant pas été reprises. Les exigences suisses en matière de fonds propres sont ainsi encore sensiblement plus sévères que celles prescrites par les standards minimaux du Modèle de Bâle et les directives de la Communauté Européenne. Dans l'intérêt de la compétitivité internationale des banques suisses, les différences existant entre nos exigences et celles requises à l'étranger pour certaines opérations et la prise en compte des éléments constituant les

fonds propres ont cependant été atténuées si bien que pour l'ensemble du système bancaire suisse le total des exigences en fonds propres diminue de 3,5% à environ 60 mia. de francs.

En accord avec le Modèle de Bâle, un allègement important est prévu lors de la constitution de fonds propres. La part des emprunts obligataires subordonnés pouvant être comptés comme fonds propres est augmentée de 10% à 25% des fonds propres exigibles. Les emprunts subordonnés permettent aux banques de réduire sensiblement le coût de leur refinancement, puisque les augmentations de capital en Suisse sous forme d'émissions d'actions coûtaient ces dernières années deux fois plus cher qu'une augmentation faite sous forme d'emprunts subordonnés. Ceux-ci ne constituent cependant pas économiquement un capital effectif. C'est pourquoi l'augmentation de leur prise en compte n'est pas sans risque et a été admise uniquement pour équilibrer les conditions de concurrence des banques suisses par rapport à la concurrence étrangère.

b) Le but prioritaire de la modification de l'Ordonnance est de déterminer les exigences en fonds propres pour les opérations hors bilan selon le Modèle de Bâle de manière complète et adaptée aux risques. Sont dorénavant soumises à des exigences de fonds propres les limites de crédits non couverts et irrévocables, avec un engagement ferme d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'un an. A cette catégorie appartiennent aussi les «note issuance facilities» et les «revolving underwriting facilities», répandues sur les autres places financières étrangères. Ont été également relevées au minimum standard du Modèle de Bâle les garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) assurant le risque du du-croire, généralement utilisées aux Etats-Unis au titre de garantie. De même la valeur nominale des contrats fermes sur intérêts traités hors bourse (swaps sur intérêts sur la base d'une seule devise, forward rate agreements, futures sur taux d'intérêts et instruments semblables) est également soumise à un taux de pondération. Au-delà des exigences du Modèle de Bâle, des fonds propres sont dorénavant requis pour les engagements fermes de reprise lors de l'émission de papiers-valeurs. Cette nouveauté aura une certaine importance compte tenu de l'extension du champ d'application de la loi sur les banques aux maisons d'émission.

Inversement, l'adaptation au Modèle de Bâle conduit à un allègement par l'échelonnement des taux de pondération selon la durée d'échéance des créances résultant d'opérations fermes sur devises. Ce système implique une diminution sensible des exigences en fonds propres pour les opérations à court terme, qui constituent la partie principale de l'important volume des opérations à terme sur devises, en constante progression.

c) Pour les opérations figurant au bilan (actifs) la modification de l'Ordonnance apporte une réduction sensible des exigences en fonds propres pour les affaires à l'étranger. Le supplément de 1,5 % calculé sur le montant total des actifs à l'étranger porté au bilan a été abrogé. Introduite autrefois pour couvrir le risque latent de transfert lors d'engagements transfrontaliers, cette disposition est dépassée en raison de l'évolution survenue à partir de 1980. Là où le risque de transfert est devenu actuel, particulièrement sur les engagements domiciliés dans des pays à risque, les banques doivent, selon les directives de la Commission des banques, prévoir des provisions forfaitaires qui atteignent un multiple de ce supplément. Pour les engagements domiciliés dans la plupart des pays de l'OCDE, le risque de transfert est en revanche négligeable. Pour cette catégorie de pays, ce supplément se trouvait en désaccord avec le traitement national recommandé par le Modèle de Bâle.

En accord avec le Modèle de Bâle, les créances envers des collectivités de droit public et des banques centrales des pays de l'OCDE ainsi qu'envers la Banque des Règlements Internationaux et des banques multilatérales de développement sont privilégiées. Toutefois, à l'inverse du Modèle de Bâle, l'assimilation des collectivités de droit public étrangères aux collectivités de droit public suisses ne se fait que dans des cas exceptionnels. Les créances envers des banques, de quelque nature que ce soit, sont dorénavant soumises à un même taux de pondération, indépendamment de leur comptabilisation au bilan sous différentes positions. Les seules différences résultent de l'échéance des créances et du siège de la banque débitrice (dans un pays de l'OCDE ou non).

d) Selon l'ordonnance revisée, les banques peuvent prendre en compte comme élément de fonds propres les emprunts subordonnés jusqu'à 25 % au plus des fonds propres exigibles. Les emprunts sub-

ordonnés constituent économiquement des fonds propres étrangers remboursables et portant intérêts. Ils ne prennent la fonction de fonds propres qu'en cas de cessation de l'activité commerciale (liquidation, faillite ou concordat).

Par conséquent, leur prise en compte vers l'échéance doit être fortement limitée. C'est pourquoi, en conformité avec le Modèle de Bâle, la prise en compte des emprunts subordonnés est réduite, dans les cinq dernières années qui précèdent le remboursement, d'une part annuelle cumulée de 20 % de la valeur nominale originale. L'augmentation à 25 % de la prise en compte maximale des emprunts subordonnés ne doit toutefois pas conduire les banques à délaisser leurs efforts pour la création de vrai capital (capital-social, réserves ouvertes et latentes). C'est pourquoi la banque est tenue d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque ses emprunts subordonnés pris en compte comme fonds propres dépassent 15 % des fonds propres exigibles. Cela permettra à la Commission des banques de faire plus souvent application de la compétence légale qui lui est donnée à l'art. 4 al. 3 LB et d'ordonner dans des cas spéciaux des renforcements par rapport aux règles générales des prescriptions en matière de fonds propres contenues dans l'ordonnance sur les banques. La quote-part maximale ne devrait être utilisée que par les banques qui ont entrepris tous les efforts possibles pour la création de capital effectif et qui peuvent remplir sans réserves les exigences en fonds propres aussi après le remboursement des dettes subordonnées.

En contrepartie de l'augmentation à 25 %, la modification de l'ordonnance renforce le taux de pondération auquel sont soumises les créances de rang subordonné envers d'autres banques. En effet, assimilables à des participations au capital social, elles ont le caractère de capital-risque. Dans la mesure où les emprunts subordonnés sont pris en compte par la banque débitrice comme fonds propres, ils doivent être comptabilisés comme participation par la banque créancière et en conséquence soumis à des fonds propres plus importants, s'ils dépassent 20 % des fonds propres exigibles de la banque débitrice pris seuls ou avec des actions et d'autres titres de participation détenus par la banque créancière ou si la banque créancière a la possibilité d'exercer d'une autre manière une influence

notable sur la gestion. On veut éviter en particulier que les banques s'accordent mutuellement des prêts de rang subordonné pour gonfler artificiellement leurs fonds propres.

- e) Les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton ne peuvent pas prendre en compte comme fonds propres les emprunts subordonnés. En revanche, eu égard à la garantie étatique existante, la déduction supplémentaire des fonds propres exigibles a été augmentée de 5 % à 12,5 %.
- f) Reste réservé un ajustement systématique des exigences suisses aux normes internationales (Modèle de Bâle) et aux directives de la Communauté Européenne, lorsque celles-ci auront été introduites dans le droit national par les différents pays après la période transitoire échéant à la fin de l'année 1992 et lorsqu'elles auront été précisées dans différents domaines encore ouverts aujourd'hui. Dans le cadre d'une nouvelle révision de l'ordonnance, les exigences en fonds propres pour des risques de variation de prix sur actions ainsi que le risque lié aux taux d'intérêts pourraient être réglés de manière plus complète, en particulier si des concepts convaincants étaient développés à ce sujet sur le plan international. Resterait éventuellement à examiner le cas des établissements bancaires et financiers liés entre eux soit par une société holding faîtière commune, soit par des personnes physiques comme actionnaires; si les holdings bancaires, aujourd'hui encore atypiques en Suisse et qui sont donc considérés par la Commission des banques comme des cas spéciaux sur la base de l'art. 4 al. 3 LB, se multipliaient, une révision de l'ordonnance pourrait s'imposer.

Remarques de l'auteur

Les commentaires qui suivent sont basés sur le texte explicatif de la Commission des banques joint à son projet du 9 octobre 1989, objet de la procédure de consultation. Dans ces commentaires, il a été tenu compte des modifications résultant de la procédure de consultation incluses dans le texte adopté par le Conseil fédéral le 4 décembre 1989. Ils répondent aussi aux questions posées au cours de cette procédure.

1 Partie générale

11 Fonction des fonds propres

Economiquement, il faut entendre sous la dénomination de fonds propres (capital propre), la fortune nette d'une entreprise. Celle-ci résulte de l'excédent de la valeur effective de ses actifs (fortune) sur les dettes (capital étranger). La fonction principale des fonds propres est de couvrir les risques d'entreprise d'une banque de manière à ce que les pertes résultant de l'activité commerciale puissent être résorbées et qu'elles ne portent pas préjudice aux créanciers de la banque. Le capital propre a donc une fonction primaire de garantie du maintien de la solvabilité d'une banque. Il sert ainsi le but essentiel de la surveillance des banques qui est la protection des créanciers, et – au-delà de chaque institut bancaire – le fonctionnement du système bancaire et financier. A côté de cela, le capital propre sert en général au financement des capitaux investis, donc des immobilisations d'une banque, afin que la capacité de paiement (liquidité) soit assurée en tout temps.

Les fonds propres représentent la seule unité de mesure objective de la solidité d'une banque. Des exigences sévères en matière de fonds propres constituent par conséquent le vrai rempart de chaque surveillance bancaire nationale. A la suite de l'augmentation permanente de l'interpénétration du système bancaire, les prescriptions en matière de fonds propres ont aussi gagné en signification du point de vue de la sauvegarde du bon fonctionnement du système financier national et international.

Les fonds propres doivent être appropriés aux risques potentiels des activités commerciales spécifiques d'une banque. Les risques d'une banque résultent en première ligne de ses propres activités en tant qu'entité juridique. Mais en plus de cela, une banque supporte aussi les risques découlant de l'activité d'entreprises du domaine bancaire et financier qui sont juridiquement séparés d'elle mais avec lesquelles elle forme une unité économique, respectivement un groupe bancaire et financier, et en faveur desquelles, compte tenu de l'attente du public quant au maintien de leur propre solvabilité, elle a à prêter assistance en cas de nécessité. Cette obligation d'as-

sistance de fait au sein d'un groupe bancaire et financier a conduit, de la part des autorités de surveillance, à un contrôle et à un calcul des fonds propres sur la base de bilans consolidés.

Les prescriptions légales de surveillance bancaire en matière de fonds propres découlent traditionnellement des pertes expectées, c'est-à-dire la perte qui résulte de la moyenne de tous les cas. L'ampleur de l'incertitude relative aux pertes éventuelles (dispersion des résultats effectifs autour de la valeur moyenne prévue) ainsi qu'éventuellement la perte maximale possible («exposure», soit le montant maximum qui d'une façon générale dans une affaire est exposé à un risque) constituent éventuellement d'autres moyens pour mesurer des risques.¹ A la différence de la perte expectée, l'incertitude liée à sa réalisation ne peut jamais être entièrement couverte. Même en présence d'un niveau de fonds propres très élevé, un risque résiduel subsiste sous la forme de l'infime probabilité qu'une fois, lors d'une très mauvaise année, des fonds propres élevés ne puissent suffire à la couverture d'une perte. L'importance des fonds propres nécessaires dépend de ce fait non seulement de l'incertitude mesurable objectivement mais également du jugement subjectif des autorités de surveillance sur le risque résiduel dont elles veulent se contenter.

L'ampleur de la dotation des fonds propres n'est cependant pas uniquement déterminée par le facteur de sécurité. Des fonds propres élevés renforcent en effet la confiance et ont un impact positif sur l'acceptation et la gestion de fortune de la clientèle; une classification élevée dans l'appréciation de la solvabilité effectuée par des agences de rating et des partenaires commerciaux peut également amener les créanciers à exiger une prime de risque plus étroite. De cette manière, les coûts de refinancement de la banque peuvent être réduits. Des fonds propres, avant tout sous la forme de capital-actions, représentent cependant un facteur important de coûts. Ceux-ci amoindrissent la marge de bénéfice et, à la suite de distributions de dividendes, réduisent la possibilité de théauriser les bénéfices, ce qui a pour effet d'affaiblir la capacité de rendement de la banque. De son côté, une capacité de rendement réduite diminue la possibi-

¹ Urs W. Birchler, Eigenmittelvorschriften für Ausserbilanzgeschäfte – ein Modell zur Bestimmung von Unterlegungssätzen, mai 1988, étude non publiée à l'attention du groupe de travail des opérations hors bilan, p. 4–9.

lité de constitution de fonds propres et ainsi finalement la sécurité des créanciers. Les prescriptions en matière de fonds propres présentent de ce fait toujours un compromis entre la sécurité et la rentabilité. Face à l'interpénétration des systèmes financiers internationaux et à la concurrence de branches non réglementées ou réglementées d'une autre manière, les règles nationales relatives à la surveillance bancaire ne peuvent donc pas être prises en considération isolément. Les exigences de fonds propres et leur calcul dans le secteur bancaire doivent de ce fait aussi tenir compte des standards internationaux et des conditions cadres des branches concurrentes.

12 Situation initiale

121 Anciennes prescriptions en matière de fonds propres

Conformément à l'art. 4 al. 1 let. a LB, les banques sont tenues de maintenir une proportion appropriée entre le montant de leurs fonds propres et celui de l'ensemble de leurs engagements. Le règlement d'exécution (Ordonnance sur les banques, RS 952.02) fixera les prescriptions à observer en des circonstances normales, en tenant compte du genre d'activité et de la nature des établissements; il définira les termes de fonds propres (art. 4 al. 2 LB). Dans la mesure où les prescriptions générales de l'ordonnance sur les banques ne peuvent pas tenir compte de toutes les circonstances et des particularités de chaque cas, la loi sur les banques autorise la Commission des banques, dans des cas spéciaux, à décider que les prescriptions seront assouplies ou au contraire renforcées (art. 4 al. 3 LB).

Les prescriptions en matière de fonds propres de l'ordonnance sur les banques (art. 11 à 13) ont été modifiées la dernière fois le **1er décembre 1980** par le Conseil fédéral et sont entrées en vigueur le 1er janvier 1981 (RO 1980, 1814).² Les points essentiels de cette modification ont été d'une part l'établissement des exigences en fonds propres directement en vertu de l'importance des actifs et, d'autre part, une meilleure prise en considération des différents risques sur les différentes catégories d'actifs. Il s'agissait donc de mieux adap-

² Les prescriptions revisées par la modification de l'Ordonnance du 4 décembre 1989 sont désignées ci-dessous par «aOB».

ter les fonds propres à l'activité et à la structure de chaque banque. La deuxième nouveauté a consisté en ce que les engagements conditionnels et les opérations en cours ainsi que les positions ouvertes en devises et en métaux précieux devaient être soumis à des taux de couverture par des fonds propres (art. 12 al. 1 et art. 13 al. 1 aOB). Pour sa part, l'art. 12 al. 2 OB consacra l'obligation, introduite par une circulaire de la Commission des banques, selon laquelle les banques devaient établir un bilan consolidé des sociétés exerçant une activité bancaire ou financière et des sociétés immobilières, ayant leur siège en Suisse ou à l'étranger, qu'elles dominaient directement ou indirectement.

Elles devaient disposer des fonds propres exigés aussi bien sur la base de leur propre bilan que sur celle de leur bilan consolidé.³ Les banques ont finalement été autorisées à se procurer des fonds propres par le biais de prêts et d'emprunts obligataires subordonnés pour un montant total de 10 % au plus des fonds propres exigibles (art. 11 al. 1 let. g aOB). Au départ, leur fonction était de servir en premier lieu de tampon pour les fluctuations d'exigences en fonds propres. Au regard des expériences qui devaient encore être rassemblées sur les nouvelles formes de financement, la part admise en avait volontairement été fixée à un bas niveau.⁴ Pour l'ensemble du système bancaire suisse, les exigences en fonds propres ne furent pas modifiées par la révision de 1980. Cela correspondait aussi au but fixé initialement. Il en résulta une charge supplémentaire pour les grands établissements qui avaient des participations importantes et des immeubles et qui étaient actifs dans les opérations hors bilan. Les banques régionales ainsi que les banques cantonales en revanche en ont profité à cause du taux réduit pour les affaires hypothécaires.⁵

L'art. 13 al. 1 aOB divise les actifs en 11 classes de risques (let. a) et les engagements conditionnels et opérations en cours en 8 classes de risques (let. b). Il prévoit des taux allant de 0 % à 100 % de la valeur comptable. Est visé en priorité le risque-crédit, c'est-à-

³ La légalité de cette disposition a été confirmée dans l'ATF 108 I b 78 ss.

⁴ P. Böckli, Der Rangrücktritt im Spannungsfeld von Schuld- und Aktienrecht, in: Innovationsverträge, Festgabe zum 60. Geburtstag von Walter R. Schluep, Zürich 1988, p. 342, notes 20 et 354.

⁵ Voir à ce sujet l'enquête publiée par la Commission des banques pour la fin de l'année 1980 dans le Rapport de gestion CFB 1981, p. 39 ss.

dire, le risque que représente la défaillance de la contrepartie, échélonné selon le risque expecté et la liquidité des catégories d'affaires concernées. Le taux de référence est de 8 % pour des crédits commerciaux en blanc accordés à des débiteurs qui ne sont ni des banques, ni des collectivités de droit public. Les autres taux de couverture résultent de ce taux de base et, selon la bonité et la liquidité, le taux est divisé ou multiplié. Les immeubles, à cause de leur liquidité limitée (immobilisations), sont soumis à un taux relativement plus élevé. Le taux de couverture de 40 %, respectivement de 100 %, pour les titres de participation limite, respectivement empêche une utilisation répétée des fonds propres. Il est tenu compte du risque de transfert des actifs à l'étranger avec un supplément de 1,5 % (art. 13 al. 2 aOB). Les taux pour les engagements conditionnels et les opérations en cours ont été également déduits des taux prévus pour les actifs, c'est-à-dire au même niveau lorsqu'il s'agit d'instruments qui se substituent aux prêts et à des niveaux réduits lorsque le risque de crédit est limité.

Les risques de variation de prix (risques de marché, risques de position) sont pris en considération lorsqu'il s'agit de positions ouvertes en devises (risques de changement de cours) ou de positions ouvertes en métaux précieux (art. 13 al. 1 let. c aOB). Les risques de variation de prix (risques de cours) sur actions ou autres titres de participation sont uniquement soumis aux taux de couverture des actifs correspondants. Les positions ouvertes résultant d'achats à terme sur papiers-valeurs ou d'émission d'options sur actions ou autres titres de participation ne sont pas visées. Inversément, l'achat d'une option put sur actions en propriété qui réduit le risque ne conduit pas à un allègement des fonds propres. Finalement, n'a pas été soumis à des exigences en fonds propres le risque de changement de taux d'intérêts, élément central pour l'activité bancaire mais difficile à saisir.

Les exigences suisses existantes en matière de fonds propres se basent sur un concept moderne et étaient, lors de leur adoption, en avance sur le temps, même au niveau international⁶, notamment parce qu'elles prenaient en considération de manière fort importante différentes opérations hors bilan ainsi que les variations de prix sur des positions ouvertes en devises et en métaux précieux. Les pres-

⁶ Ernst Kilgus/Conrad Meyer/R. Aeberli, Etude «Transactions hors bilan», Institut d'Economie Bancaire Suisse de l'Université de Zurich, juillet 1987, p. 196.

criptions suisses sont traditionnellement élevées comparativement à ce qui se fait à l'étranger et les banques suisses actives sur le plan international occupent une position de pointe s'agissant de leur dotation de fonds propres.

122 Critique des anciennes dispositions de l'ordonnance

122.1 Les affaires hors bilan ne sont pas prises en considération de manière complète

L'internationalisation, la globalisation et la déréglementation des marchés financiers ainsi que les progrès technologiques ont conduit à un développement important des nouveaux instruments financiers occasionnant souvent des montages d'affaires complexes. L'introduction de nouveaux instruments financiers et autres techniques visant à couvrir, limiter ou transférer les risques, ajoutée à l'accroissement de la concurrence des banques entre elles ou avec des établissements non bancaires et, également pour une part, le désir d'échapper aux prescriptions sur les fonds propres orientées avant tout sur les opérations de crédit ayant une incidence sur le bilan, ont conduit à un transfert de l'activité bancaire vers les opérations hors bilan. La tendance à la «sécuritisation» (transformation des crédits en papiers-valeurs), imputable aussi à la baisse de confiance manifestée à l'égard du système bancaire international en raison de l'ampleur des engagements compromis des pays du tiers-monde confrontés à un endettement massif, n'a été que transitoirement diminuée par le krach boursier du 19 octobre 1987. Ces développements ont amené en particulier les banques centrales et les autorités de surveillance des pays du Club des Dix à soumettre les risques juridiques et économiques des nouveaux instruments financiers et des affaires hors bilan en général à une analyse approfondie en vue d'en tenir compte dans les mesures de surveillance et en premier lieu, dans les prescriptions en matière de fonds propres.⁷

Le transfert des opérations du bilan au hors bilan (dites opérations indifférentes) a également touché l'activité des banques et des

⁷ La Banque des Règlements Internationaux, Recent innovations in international banking, Bâle, avril 1986; Comité de Bâle pour la surveillance bancaire, Die Behandlung nicht bilanzwirksamer Risiken der Banken aus der Sicht der Bankenaufsicht, mars 1986.

sociétés financières sises en Suisse. Les nouveaux instruments financiers furent d'abord utilisés pour l'activité spécialisée à l'étranger des filiales des banques suisses. Au mois de mai 1988, la «Swiss Options and Financial Futures Exchange SA» (SOFFEX) a commencé le traitement électronique de contrats d'options standardisés sur actions et autres titres de participation. Vers la fin de la même année, le marché a été étendu aux indices d'actions. Ces instruments financiers n'étaient traités autrefois que par des bourses d'options étrangères. Ils ont connu ces derniers temps suite à l'introduction de la SOFFEX, une diffusion sensiblement plus importante également auprès de la clientèle des banques suisses. Des instituts bancaires de moyenne et petite taille ont dès lors également participé à ce marché pour leur propre compte ou, à tout le moins, pour le compte de leurs clients. Certaines questions relatives à la surveillance bancaire ont été clarifiées par la Commission des banques dans sa circulaire du 2 novembre 1988 sur les options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions.⁸ Plusieurs innovations financières ne constituent toutefois qu'une forme dérivée d'opérations bancaires classiques si bien qu'elles tombent déjà sous le coup de l'ancien droit et en particulier de l'art. 13 al. 1 let. b aOB qui fait état d'un catalogue déjà très étendu d'opérations hors bilan devant être couvertes par des fonds propres.⁹ L'étude réalisée en juillet 1987 par l'Institut bancaire suisse de l'université de Zurich¹⁰ a révélé que sur les 38 types de transactions hors bilan inventoriés par le Comité de Bâle, 23 étaient déjà couvertes dans l'une ou l'autre forme par les exigences en fonds propres de l'ancien droit. Ainsi la Suisse disposait déjà, à l'époque, comparativement aux solutions des pays étrangers, du concept probablement le plus étendu en la matière.¹¹ Par contre, les promesses irrévocables de crédit y compris les «Note Issuance Facilities» (NIF) et les «Revolving Underwriting Facilities» (RUF) ainsi que les garanties assurant de façon irrévocable les crédits au moyen d'accréditifs (standby letters of credit) couvrant le risque du ducroire n'étaient pas ou insuffisamment prises en considération.

⁸ Rapport de gestion CFB 1988, p. 150 ss.

⁹ Rapport de gestion CFB 1985, p. 29 ss.

¹⁰ Cf. note 6, p. 201 s.

¹¹ Rapport de gestion CFB 1987, p. 149 ss.

La Commission des banques a mené une **enquête statistique** unique auprès de 198 banques (sans les banques régionales et les caisses Raiffeisen), au moyen du catalogue établi par le Comité de Bâle, pour déterminer, sur base consolidée (donc au niveau du groupe), le volume des affaires hors bilan des banques arrêtées au 31 décembre 1986. Le total général des affaires hors bilan annoncées s'élevait à frs 791 milliards. Il était ainsi presque équivalent au montant du bilan de frs 848 milliards publié à la fin de l'année 1986 par l'ensemble des banques suisses, y compris les sociétés financières. 70% des opérations hors bilan, soit frs 555 milliards concernaient les opérations à terme sur devises (soumises au taux de 0,3% de fonds propres). Elles servent pour une part importante à la couverture des risques de change. Les limites de crédits irrévocables figuraient en deuxième position (57 milliards = 7%), puis les swaps sur devises (frs 27 milliards = 3%), les standby letters of credit (frs 23 milliards = 3%) et les swaps sur taux d'intérêt (frs 22 milliards = 3%). Les «NIF» et les «RUF», tout particulièrement répandus sur les places financières étrangères, s'élevaient à frs 4,7 milliards ce qui, en comparaison des volumes montrés par les instituts financiers étrangers, est relativement modeste. Une répartition selon les groupes de banques laisse apparaître que les opérations hors bilan (à l'exception des fortunes de la clientèle gérée par les banques non prises en considération dans l'enquête) se concentraient avant tout auprès des grandes banques (76,1%) ainsi que des banques en mains étrangères (79%) et des succursales de banques étrangères (11%).¹²

Il importe par conséquent, dans le domaine des opérations hors bilan, d'adapter le concept général sur les fonds propres en vigueur depuis 1980 aux développements survenus en particulier sur le plan international et de tenir compte des insuffisances relevées.

122.2 Capacité concurrentielle internationale

Les banques et plus particulièrement les grandes banques actives au niveau international estiment être considérablement défavorisées dans la concurrence internationale par les exigences suisses élevées en matière de fonds propres et celles restrictives quant aux

¹² Rapport de gestion CEB 1987, p. 147 ss.

éléments retenus comme fonds propres, notamment quant aux emprunts subordonnés. Sans mesures compensatoires, elles craignent de voir leur capacité concurrentielle sur les places internationales être encore affaiblie par de nouvelles exigences de fonds propres pour les opérations hors bilan, applicables de surcroît à leurs sociétés-filles étrangères par le biais de la consolidation. **Les grandes banques** se trouvent dans une **situation particulière**:

- De tous les groupes bancaires suisses, les grandes banques ont le plus faible taux de couverture en fonds propres, soit 106%¹³ (rapport entre les fonds propres existants et les fonds propres exigés). Elles disposent donc de la plus faible marge de manœuvre pour augmenter leurs affaires.
- A l'inverse, les cinq grandes banques supportaient, à fin 1988, 52% des fonds propres existants (au sens de l'OB) de l'ensemble du système bancaire suisse, c'est-à-dire 38 457 mios de francs. Les fonds propres ainsi calculés des grandes banques se composent du capital versé (8780 mios = 23%), des réserves ouvertes (20 785 mios = 54%), des réserves latentes (5256 mios = 14%) et des prêts et emprunts subordonnés (3636 mios = 9,5%).¹⁴ Les grandes banques constituent le seul groupe bancaire ayant utilisé pleinement la possibilité accordée par l'art. 11 al. 1 let. g aOB d'avoir jusqu'à 10% des fonds propres requis sous forme d'emprunts et de prêts subordonnés. Au cours des derniers dix ans elles ont été contraintes d'augmenter leur capital social de frs 2,6 milliards (valeur nominale) pour respecter les prescriptions en matière de fonds propres.
- Par rapport à l'étranger, le marché suisse des capitaux offre un très haut degré de saturation quant aux actions bancaires, puisqu'elles représentent 33,5% de la capitalisation totale des actions d'entreprises suisses cotées aux bourses suisses. Du moment que le capital social des grandes banques représente plus d'un tiers du capital social total des banques suisses, le taux élevé de saturation se fait sentir tout particulièrement sur cette catégorie de banques. Il s'ensuit que la constitution de capital par l'émission de

¹³ BNS, les banques suisses en 1988, no 73, tableau X, p. 43.

¹⁴ BNS, les banques suisses en 1988, no 73, tableau 44, p. 234.

nouvelles actions devient toujours plus difficile, et toujours plus coûteuse du fait d'un agio réduit. D'autres éléments concourent avec le haut degré de saturation pour les actions bancaires à faire pression sur la valeur boursière des actions bancaires suisses, par exemple le manque de transparence du marché suisse des capitaux et des comptes bancaires suisses publiés.

- Une augmentation des exigences en fonds propres quant aux opérations hors bilan affectera en premier lieu les grandes banques, vu que les trois quarts des opérations hors bilan qui n'étaient pas ou qu'insuffisamment couvertes par l'ancienne ordonnance sont effectuées par elles et leurs filiales à l'étranger. Les différences significatives entre les taux de couverture suisses en fonds propres et les prescriptions étrangères (également dans le domaine du bilan) influencent la capacité concurrentielle des sociétés-filles et succursales étrangères des grandes banques par le biais du calcul consolidé des fonds propres. A l'inverse, les grandes banques suisses seraient les principales bénéficiaires d'un alignement des prescriptions suisses sur les standards minimaux internationaux car ceux-ci sont adaptés en priorité sur les opérations internationales et sont moins exigeantes que les nôtres.

De l'avis des banques, les exigences (en elles-mêmes pas contestées) plus élevées de fonds propres pour certaines opérations hors bilan ne devraient pas conduire, dans l'intérêt de la capacité concurrentielle internationale, à une augmentation du volume global des fonds propres requis; les taux de couverture portant sur les opérations du bilan devraient être corrigés et allégés dans le sens des standards minimaux internationaux. Certes, les banques n'ignorent pas que les tentatives d'harmonisation internationale en matière de fonds propres conduiront, à la fin de l'année 1992, à l'issue de la période transitoire (cf. ch. 123 ci-dessous), à un renforcement des prescriptions étrangères et réduiront la distorsion concurrentielle existant actuellement pour les banques suisses. Elles craignent cependant qu'une augmentation unilatérale par la Suisse de ces taux de fonds propres pour les opérations hors bilan élargirait encore davantage l'écart constaté avec l'étranger jusqu'à la mise en vigueur par ces derniers des recommandations et directives de coordination internationale. Elles relèvent ensuite diverses différences structurelles entre les prescriptions suisses et étrangères qui, dans divers

domaines (par exemple, opérations interbancaires, grande clientèle internationale), influencerait négativement aussi bien leur situation bénéficiaire que la structure de bonité des actifs et engagements des banques suisses actives au niveau international. Une modification des prescriptions suisses sur les fonds propres doit dès lors, de l'avis des banques, également porter sur une correction des taux de couverture jugés trop hauts ou contradictoires pour les opérations du bilan, ainsi que sur le supplément exigé anciennement pour les actifs à l'étranger (art. 13 al. 2 aOB).

Enfin, les banques critiquent unanimement le **taux** de 10 % réservé aux **prêts et emprunts obligataires subordonnés** (art. 11 al. 1 let. g aOB) qu'elles jugent trop faible par rapport à celui admis à l'étranger; elles requièrent de le porter à 25 %. Les emprunts obligataires subordonnés émis jusqu'ici par les grandes banques furent remunérées en moyenne à un taux de 5,5 % (droit de timbre inclu), ce qui représentait pour l'investisseur une prime supplémentaire de risques lors de l'émission pour la postériorité de rang du titre de $\frac{1}{8}\%$ jusqu'à $\frac{1}{4}\%$ par rapport à une obligation normale. Le coût de constitution de capital-actions par les grandes banques, s'est élevé en moyenne, au cours de ces dernières années, à environ au double du coût d'un emprunt subordonné. En augmentant la part des dettes subordonnées, la prime de risque pourrait progressivement augmenter selon la saturation du marché. Les emprunts subordonnés n'en resteraient pas moins une source de financements nettement plus avantageuse que celle de l'émission d'actions, notamment parce que les intérêts payés sur les emprunts sont fiscalement déductibles.

123 Développement international

123.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire (Basle Committee on Banking Supervision, jusqu'en 1988 aussi désigné Comité Cooke du nom de son ancien Président Peter Cooke) créé dans le cadre de la Banque des Règlements Internationaux de Bâle (BRI) rassemble dans une organisation informelle mais efficace les représentants des banques centrales et des autorités de surveillance bancaire des 12

pays prédominants dans le domaine financier; dont aussi la Suisse.¹⁵ Ce Comité qui ne repose ni sur une convention entre Etats ni sur la loi, n'a aucune compétence législative mais agit par la force de conviction de ses recommandations. Après plusieurs années de travaux préparatoires, il a publié en juillet 1988 un remarquable document intitulé «**Convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres**» qui a été accepté par le Conseil des gouverneurs de la BRI le 11 juillet 1988. Ce document désigné ci-après «Modèle de Bâle» entend réaliser une convergence régissant le niveau des fonds propres des banques actives sur le plan international. Par la fixation d'un standard minimal de capital, il veut renforcer la stabilité du système financier international et finalement promouvoir une égalité concurrentielle entre les banques. La tâche des autorités de surveillance nationales est d'introduire jusqu'à fin 1992, dans la législation nationale et dans la pratique en matière de surveillance, les recommandations non contraignantes du Comité. Le Modèle de Bâle a été élaboré en étroite collaboration avec la Communauté Européenne, représentée au sein du Comité par sept de ses Etats-membres. Contrairement aux directives de la CE (cf. 123.2 ci-dessous), le Modèle de Bâle s'adresse uniquement aux banques **actives sur le plan international**. Il est spécifié dans le Modèle que le concept constitue uniquement des standards **minima** en matière de réglementation des fonds propres. Les autorités nationales sont libres d'adopter des dispositions fixant des niveaux plus élevés. Sur certains points (plus particulièrement dans l'appréciation de certains risques) le concept laisse aux autorités nationales un certain pouvoir d'appréciation dans l'application. Après une phase d'observation, le Comité formuera d'autres précisions sur la base d'un consensus plus élargi.

Le Modèle de Bâle applicable sur base consolidée pour les groupes bancaires a trait principalement à l'évaluation des fonds propres sous l'angle du **risque-crédit**. Les risques de variation de prix tel que le risque de taux d'intérêt et le risque de cours sur les papiers-valeurs, mais aussi les risques sur les positions ouvertes en devises ou en métaux précieux selon l'ancienne ordonnance de la loi sur les banques ne sont pas visés. Les groupes de travail du Comité poursuivent toutefois l'examen de ces risques.

¹⁵ Cf. à ce sujet B. Müller, «Basler Ausschuss und Ausbau der Bankenaufsicht, l'Expert-comptable suisse, no 7–8/1986, p. 283 ss., et 9/1986, p. 379 ss.

Dans une première partie, le Modèle de convergence définit les **éléments constitutifs des fonds propres** à prendre en considération et fait une distinction entre d'une part le noyau de fonds propres et d'autre part les fonds propres complémentaires, lesquels peuvent constituer au maximum 100 % du noyau de fonds propres. **Le noyau de fond propres** (capital de base, «core capital»; CE: fonds propres de base) se compose du **capital-actions** libéré et des **réserves ouvertes**. Sont considérés comme des **fonds propres complémentaires** (supplementary capital):

- les **réserves latentes** (cf. aussi art. 11 al. 1 let. f OB);
- les **réserves de réévaluation** (revaluation reserves), résultant de la différence entre la valeur d'acquisition et la valeur plus élevée du marché, peuvent être prises en compte avec une réduction de 55 %, en particulier sur des titres de participation et des actifs immobilisés. De telles réserves latentes sur actifs ne sont pas considérées comme des fonds propres selon les prescriptions suisses en matière de fonds propres;
- **provisions générales / réserves générales pour créances douceuses** (general provisions / general loan loss reserves); leur délimitation par rapport aux correctifs de valeurs liés et provisions qui ne sont pas pris en compte dans le calcul varie entre les différents pays;
- **instruments hybrides de dette et de capital** alliant certaines caractéristiques du capital et des fonds étrangers qui ne sont pas utilisables en Suisse;
- **instruments de dette subordonnée à terme** (subordinated term debt) ayant une échéance ferme initiale de plus de 5 ans. Dans les 5 dernières années avant l'échéance, une déduction cumulitive (respectivement un amortissement) de 20 % par an est applicable de manière à tenir compte de la valeur décroissante de ces instruments comme source permanente de financement. Comme ces dettes subordonnées ne participent pas aux pertes en dehors du cas de liquidation, leur prise en considération a été limitée à 50 % du noyau des fonds propres. Dans un cas extrême, les instruments de dette subordonnée à terme pourraient, selon le Modèle

de Bâle, être pris en compte à raison de 33½% des fonds propres exigibles, à condition que tous les autres fonds propres se composent exclusivement d'éléments formant le noyau de fonds propres.

Il y a lieu de déduire des fonds propres, en plus du goodwill, les **participations** dans les filiales ayant une activité bancaire et financière lorsqu'il n'y a pas consolidation (cf. art. 12 al. 2 OB et art. 13 al. 1 let. a aOB prévoyant un taux de couverture de 100% pour des participations permanentes consolidées). Chaque autorité de surveillance nationale sera libre d'appliquer une déduction pour des participations à d'autres banques sans obligation de consolidation, respectivement pour les dettes subordonnées envers d'autres banques prises en compte comme fonds propres.

Dans une deuxième partie, le Modèle de Bâle détermine la **pondération des risques** pour les différentes catégories d'actifs et d'affaires hors bilan. L'échelle de pondération est simple et retient 5 coefficients de 0, 10, 20, 50 et 100%. Les actifs et les affaires hors bilan, compte tenu de leur risque relatif, sont répartis dans ces 5 catégories de pondération (weighted risk ratios ou risk-asset-ratios). Pour un actif considéré sans risque (par exemple une créance sur une administration centrale nationale), le facteur de pondération est de 0. En revanche, pour un actif sous forme d'une créance non couverte sur une société industrielle, le facteur de pondération est de 100%, c'est-à-dire qu'il doit être pris en compte dans le calcul des fonds propres pour son montant total. D'après le Modèle de Bâle, la **norme-objectif minimale** de fonds propres par rapport aux actifs à risque pondéré et aux affaires hors bilan devrait être fixée à **8%**. Dans son résultat final, la manière d'apprécier ressortant du Modèle de Bâle ou des prescriptions suisses sur les fonds propres est identique; les deux reposent sur la pondération relative des risques de chaque catégorie d'opérations. Le système suisse ordonne cependant, pour chaque catégorie d'affaires, directement un taux de couverture en fonds propres alors que le Modèle de Bâle s'occupe d'abord de la pondération relative et ensuite multiplie la somme des affaires ainsi pondérées par un taux unique (facteur 0,08). Avec uniquement ses 5 coefficients, le Modèle de Bâle est considérablement plus simple mais aussi à vrai dire moins affiné. Il n'est également pas lié pour le classement des affaires à chaque position du schéma comptable.

Pour les **opérations hors bilan**, le Modèle de Bâle détermine d'abord un équivalent-risque de crédit (credit risk equivalent), c'est-à-dire le montant exposé en général au risque-crédit pour l'opération hors bilan considérée. Le montant nominal de l'affaire est multiplié par un **facteur de conversion**. La valeur ainsi obtenue est ensuite pondérée avec 0, 10, 20, 50 ou 100 % en fonction de la nature de la contrepartie. Ainsi, pour les instruments qui se substituent aux prêts comme par exemple les standby letters of credit ou les acceptations bancaires, il existe un risque-crédit entier de sorte qu'ils sont assortis d'un facteur de conversion en équivalent-risque de crédit de 1. En revanche, les engagements conditionnels à court terme, à dénouement automatique, et liés à des opérations commerciales (ainsi par exemple des accréditifs sur marchandises) sont uniquement assorties d'un facteur de conversion de 0,2, c'est-à-dire remis dans la classe de pondération correspondante en fonction de la contrepartie pour un cinquième de la valeur nominale. Les taux de couverture requis en Suisse pour les opérations hors bilan (art. 13 al. 1 let. b aOB) s'inspirent des mêmes considérations. En revanche, les taux de couverture en fonds propres qui en résultent sont fixés directement avec le désavantage qu'un deuxième système de taux doit être établi pour les opérations hors bilan au lieu de simplement appliquer un facteur de conversion.

S'agissant du **risque de transfert**, le Modèle de Bâle a pris en considération la différenciation interne / étranger. Ont été considérés comme internes, les pays ayant une solvabilité particulièrement élevée (Etats-membres à part entière de l'OCDE, pays ayant conclu des accords spéciaux de prêts avec le Fonds Monétaire International dans le cadre des Accords généraux d'emprunts du Fonds: ce groupe de pays est appelé «OCDE» dans le Modèle de Bâle). Les autres Etats sont considérés comme étrangers. Cette décision comporte les conséquences suivantes pour le schéma de pondération. Les créances envers les administrations centrales et les banques centrales au sein de l'OCDE sont assorties d'une pondération zéro. Les créances envers les autres collectivités de droit public dans l'OCDE ont une pondération faible. Les créances envers les banques sises dans l'OCDE sont aussi privilégiées.

Les différences formelles dans la manière d'apprécier ne sont pas déterminantes. Sont décisifs en revanche les **écart structurels**,

parfois importants, dans la pondération relative des différentes catégories d'affaires entre le Modèle de Bâle et les anciennes exigences suisses en matière de fonds propres. Sont affectées d'un taux de pondération plus bas par le Modèle de Bâle principalement les créances envers des collectivités de droit public et des banques centrales dans les pays de l'OCDE alors que le droit suisse en vigueur ne privilie que les collectivités suisses de droit public et exige en plus indistinctement sur tous les actifs à l'étranger un supplément de 1,5 %. Sont soumises à un taux de couverture moins élevé par le Modèle de Bâle les créances envers les banques avec siège dans l'OCDE et les crédits garantis par de telles banques indépendamment de leur échéance. Sont privilégiées les créances envers les banques multilatérales de développement. Sont affectés d'un taux à peu près identique les crédits couverts complètement par des hypothèques sur des immeubles habités par le preneur de crédit lui-même ou loués. Le taux de pondération est en revanche plus élevé pour les instruments qui se substituent aux prêts, c'est-à-dire les standby letters of credit, NIF et RUF ainsi que pour les engagements irrévocables assortis d'une échéance initiale de plus d'un an. Contrairement à l'ancien droit suisse, le Modèle de Bâle prévoit un taux de pondération pourtant modeste pour les contrats fermes sur intérêts traités hors bourse tandis que les contrats sur devises sont soumis à un taux de pondération relativement plus faible que le taux unique de 0,3%, non échelonné selon les échéances, prévu à l'art. 13 al. 1 let. b aOB.

Pour la fin de l'année 1990, le Modèle de Bâle prévoit une norme minimale intermédiaire de 7,25% de fonds propres pour les affaires pondérées selon le risque. Jusqu'à cette date, aucune limitation des dettes subordonnées comme fonds propres n'est encore prévue. Ce n'est qu'à la **fin de l'année 1992** que la norme minimale de 8 % ainsi que la limitation des dettes subordonnées à 50 % du noyau de fonds propres devront être atteintes.

123.2 Communauté Européenne

Le Conseil des Communautés Européennes a arrêté, le 17 avril 1989, une directive concernant les fonds propres des établissements

de crédit.¹⁶ Par ailleurs, il a adopté le 18 décembre 1989 une directive portant sur un ratio de solvabilité des établissements de crédit.¹⁷ Ces deux directives correspondent largement au Modèle de Bâle; elles sont rédigées cependant de manière plus précises en ce sens qu'elles doivent être pleinement respectées le 1er janvier 1993, date de l'entrée en vigueur prévue. La différence la plus importante par rapport au Modèle de Bâle tient au fait que les directives communautaires ne s'appliquent pas seulement aux banques actives au niveau international, mais par principe à tous les établissements de crédit de la Communauté. Elles constituent un préalable indispensable au marché unique communautaire et au concept de licence bancaire identique pour les succursales et de libre prestation des services prévus par la deuxième directive de coordination bancaire. Il convient de relever ici que ces deux directives n'imposent qu'un standard minimum et que chaque Etat-membre de la Communauté reste libre de définir les fonds propres de manière plus étroite et/ou de fixer des ratios de couverture et de pondération plus élevés. Enfin, chacune des directives relève la nécessité que leurs dispositions restent adaptées à l'évolution rapide des marchés financiers tant dans le domaine technique que terminologique; elles prévoient la procédure à suivre à cet effet.

13 Historique de la modification de l'ordonnance

En été 1986, la Commission des banques instituait un groupe de travail dont la tâche était d'analyser de façon systématique, sous l'aspect juridique et économique, les risques inhérents aux affaires hors bilan des banques et de soumettre des propositions sur la façon de les traiter sous l'angle de la surveillance bancaire. Ce groupe de travail se composait de représentants du Secrétariat de la Commission des banques, de la Banque Nationale Suisse, des catégories des banques concernées (Association suisse des banquiers, grandes banques, banques étrangères, banques commerciales et de gestion,

¹⁶ Directive CEE 89/299; Journal Officiel des Communautés no L 124/16 du 5.5.1989, ci-après désignée: «Directive de fonds propres CE».

¹⁷ Cf. Journal Officiel des Communautés no L 386 du 30.12.1989, ci-après: «Directive de solvabilité CE».

banques cantonales, banques privées) et des organes de révision agréés. Jusqu'en été 1988, le groupe de travail s'est réuni 5 fois en séance plénière et a eu l'occasion de traiter la documentation suivante: les résultats de l'enquête statistique menée par la Commission des banques sur les affaires hors bilan des banques arrêtées au 31 décembre 1986; l'étude établie, sur demande des grandes banques suisses, par l'Institut d'Economie Bancaire Suisse de l'Université de Zurich sous la direction de M. Conrad Meyer, Professeur («Off-Balance-Sheet-Transaktionen»); le modèle de couverture élaboré par M. le Dr Urs W. Birchler de la Banque Nationale Suisse («Eigenmittelvorschriften für Ausserbilanzgeschäfte – Ein Modell zur Bestimmung von Unterlegungssätzen»); ainsi que la circulaire promulguée par la Commission des banques le 2 novembre 1988 et intitulée «options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions».¹⁸

Puisque le but original – analyse globale et traitement sous l'angle de la surveillance bancaire de tous les aspects des opérations hors bilan (y compris leur traitement comptable, la délimitation de la répartition des risques, la liquidité) s'est révélé trop ambitieux, le groupe de travail a concentré dès l'été 1988 ses forces sur l'aspect jugé prioritaire du changement des dispositions en matière de fonds propres. Le travail a été effectué par un comité du groupe de travail des opérations hors bilan. Ce comité se composait des représentants du Secrétariat de la Commission des banques, des quatre grandes banques suisses, de la Banque Nationale Suisse et de l'Association suisse des banquiers. En se fondant sur le travail préparatoire effectué par les grandes banques, l'Association suisse des banquiers présenta à la Commission des banques le 7 décembre 1988 une proposition de révision partielle des prescriptions en matière de fonds propres.

Le 9 octobre 1989, la Commission des banques a remis au Département fédéral des finances son projet de modification accompagné de commentaires. Dans la mesure où l'entrée en vigueur au début de l'année 1990 était souhaitée par toutes les parties concernées, un bref délai pour la procédure de consultation a été fixé à tous les intéressés (autorités fédérales, Banque Nationale, Association suisse

¹⁸ Cf. Rapport de gestion CFB 1986, p. 122 ss; 1987 p. 147 ss et 1988, p. 145 ss, 150 ss. Voir également les notes 1 et 6.

des banquiers, Chambre des Sociétés fiduciaires). Le projet a rencontré un large consensus. Quelques suggestions et oppositions ont pu être retenues. En particulier, le Conseil fédéral a suivi la proposition faite par l'Union des banques cantonales suisses demandant à ce que la déduction des fonds propres exigibles pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton soit augmentée de 5 % à 12,5 % (art. 13 al. 3 aOB). Le Conseil fédéral a adopté la modification de l'Ordonnance dans sa séance du 4 décembre 1989 et a fixé l'entrée en vigueur des nouvelles prescriptions au 1er janvier 1990.

14 Buts de la modification de l'ordonnance

Les buts de la révision de l'ordonnance résultent des lacunes constatées au ch. 122 ainsi que de l'évolution internationale décrite au ch. 123.

1. Seule une **révision partielle** paraît nécessaire: comme l'évolution internationale l'indique, les principes qui régissent les prescriptions en vigueur en matière de fonds propres sont toujours valables. Une adaptation complète des prescriptions suisses aux taux de pondération du Modèle de Bâle et des directives de la CE sur la solvabilité serait prématurée eu égard, d'une part, à la période transitoire qui durera jusqu'à 1992 et, d'autre part, aux questions encore non résolues. L'adoption des principes de pondération internationaux nécessiterait en outre que le taux de base de couverture de 8 % en vigueur en Suisse soit augmenté afin que les exigences suisses en matière de fonds propres – qui sont traditionnellement hautes – ne soient pas abaissées au standard minimum international. Cela aura pour conséquence que certains taux de couverture devraient augmenter; en particulier, pour les placements hypothécaires sur des immeubles suisses le taux devrait s'accroître (aujourd'hui 4 %), car dans le Modèle de Bâle ils sont affectés d'un taux de pondération de 50 % de leur valeur. Les effets de cette adaptation sur la concurrence dans le commerce interne et ses conséquences sur l'économie doivent être étudiés. Encore plus problématique serait une bipartition des prescriptions sur les fonds propres en distinguant, d'une part, les banques qui exercent principalement une activité

internationale et, d'autre part, les banques actives à l'intérieur. Par des différentiations dans les taux de couverture et des définitions de fonds propres, on introduirait, d'une part, une différence juridique de traitement parmi des catégories de banques qui sur le marché interne sont en concurrence directe et, d'autre part, des problèmes difficiles de délimitation.

2. Le but prioritaire de la révision de l'ordonnance est de **déterminer, de manière complète et adaptée aux risques, les exigences en fonds propres pour les opérations hors bilan selon le standard minimum international** prévu par le Modèle de Bâle. Les taux de couverture pour les opérations hors bilan doivent donc être complétés et augmentés quand l'ancien droit suisse se trouve au-dessous des taux du Modèle de Bâle. Les banques suisses actives dans le commerce international, en première ligne les grandes banques, sont naturellement concernées par ces changements.

3. La révision devrait **renforcer la capacité concurrentielle internationale des banques suisses**, puisque les différences entre les exigences suisses en matière de fonds propres et les pondérations de risques du Modèle de Bâle seront réduites. Une diminution des taux interviendra pour les opérations transfrontalières figurant au bilan ainsi que pour les opérations à terme sur devises. Le même but est poursuivi par l'augmentation des taux de prises en compte des instruments de dette de rang postérieur comme partie intégrante des fonds propres suivant les taux admis par le Modèle de Bâle pour le capital propre complémentaire. De cette manière, la constitution des fonds propres est facilitée et leur coût est limité.

4. L'ensemble des **exigences en matière de fonds propres** ne doit pas être réduit de manière importante par la révision. En tant que facteur de sécurité principale, de confiance ainsi que de rempart de la surveillance suisse des banques, l'ensemble des exigences doit se situer **clairement au-dessus des standards minima internationaux**.

5. La révision ne doit pas conduire à une **distorsion de la concurrence dans les affaires internes**. C'est pour cette raison que l'augmentation des taux de prise en compte des instruments de dette de rang postérieur qui concernent en premier lieu les grandes banques avec une activité internationale, est reconnue également en

principe à toutes les banques. Pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton et pour lesquels la prise en compte des emprunts de rang postérieur comme fonds propres n'est pas admise, l'égalité concurrentielle est maintenue par le fait que la somme des fonds propres exigibles est diminuée de 12,5% alors qu'elle l'était de 5% précédemment.

6. La révision ne doit pas conduire à une **dilution de la notion de capital propre**. Il en résulterait un danger pour la sécurité des créanciers et pour la capacité du fonctionnement du système financier. L'accroissement de la prise en compte des instruments de dette de rang postérieur, dû à l'évolution internationale, ne se justifie que si, en même temps, il est assuré qu'à leur remboursement la banque garde des fonds propres en quantité suffisante et que les banques n'utilisent pas ces instruments pour augmenter réciproquement leur fonds propres de manière abusive. C'est pourquoi l'utilisation de ces instruments, ainsi que leur prise en compte comme fonds propres doit être surveillée par l'autorité compétente d'une façon stricte. La Commission des banques pourra faire usage de sa compétence (art. 4 al. 3 LB) d'ordonner dans des cas précis une aggravation des exigences ou éventuellement du calcul des fonds propres, afin de tenir compte de la fonction limitée, en tant que fonds propres, des instruments de dette de rang postérieur.

L'ampleur de la consolidation pour les banques et les groupes bancaires et financiers (art. 12 al. 2 OB) en ce qui concerne les exigences en matière de fonds propres **n'est pas visée par cette révision partielle**. Une extension explicite des prescriptions sur la consolidation aux entreprises du domaine bancaire et financier liées à la banque – soit par une société holding faîtière soit par des personnes physiques comme actionnaires communs – apparaît en l'état actuel des choses prématurée. Des structures semblables ne constituent pour l'instant qu'une exception. Qui plus est, la Commission des banques peut les atteindre également par une interprétation téléologique de l'art. 12 OB ainsi qu'en les considérant comme des cas spéciaux au sens de l'art. 4 al. 3 LB. Le résultat est le même dans les deux hypothèses. Suite à un recours de droit administratif du 1er septembre 1989, le Tribunal fédéral aura l'occasion de se prononcer prochainement sur la légalité d'une décision prise sur ces bases. Lorsque le Tribunal fédéral aura rendu son arrêt, la Commission des

banques pourra introduire la procédure de Consultation pour son projet de circulaire sur la «surveillance consolidée des groupes bancaires et des sociétés holdings».

Avant d'englober dans la réglementation sur les fonds propres le risque de variation de prix des actions ainsi que les risques liés au changement des taux d'intérêts, il est préférable d'attendre les travaux du Comité de Bâle sur la surveillance bancaire.

15 Eléments fondamentaux de la modification de l'ordonnance

151 Prise en compte des fonds propres

L'art. 11 al. 1 OB énonce d'une façon exhaustive les éléments dont se composent les fonds propres. Sur la base de l'art. 4 al. 3 LB, la Commission des banques peut décider dans des cas spéciaux que les prescriptions prévues par l'ordonnance soient assouplies ou renforcées. Cette compétence se rapporte non seulement aux exigences en matière de fonds propres mais également à la prise en compte des fonds propres.¹⁹ La révision se limite à un changement de l'ordonnance quant à la prise en compte en tant que fonds propres des prêts et emprunts obligataires de rang postérieur (art. 11 al. 1 let. g et art. 11 al. 3 et al. 4):

1. **Le taux de prise en compte** est augmenté de 10 à maximum 25% au plus des fonds propres exigibles. La révision renonce à établir comme cela était prévu initialement un lien entre le taux de prise en compte plus élevé d'une part et les exigences en fonds propres d'autre part pour certaines affaires, où des distorsions de concurrence sur le plan international sont possibles (p. ex. les opérations hors bilan, les actifs à l'étranger). Cela aurait introduit des impulsions d'orientation politique d'affaires non désirées pour les types d'affaires qui sont par là privilégiés mais non pas moins affectés de risques,

¹⁹ Décision non publiée de la CFB du 4 décembre 1984 dans l'affaire Banque X/Banque Y. Dans Bulletin CFB 2, p. 19 ss., la Commission des banques soutenait encore une interprétation opposée, cependant elle admettait qu'un prêt de rang postérieur, qui à l'époque ne pouvait pas encore être pris en compte, permettait de fonder un assouplissement des exigences en matière de fonds propres.

ainsi qu'un traitement inégal dans le commerce interne. En effet, les fonds propres servent à couvrir les risques de l'activité globale et ne peuvent pas être liés à certains types d'affaires. L'augmentation générale en principe admise du taux de prise en compte des instruments de dette de rang postérieur ne doit pas conduire les banques à abandonner leurs efforts tendant à l'acquisition de vrai capital propre (capital de base, réserves ouvertes et latentes). Les banques doivent être conscientes que les instruments de dette de rang postérieur constituent du capital étranger remboursable et portant intérêt. Ce capital ne reste à la disposition de la banque que pour un temps limité et ne revêt la fonction de fonds propres qu'en cas de cessation de l'activité commerciale (liquidation, faillite ou concordat). Il ne sert pas à couvrir les pertes de l'exploitation courante. C'est pourquoi la banque est tenue d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque ses dettes de rang subordonné prises en compte comme fonds propres dépassent 15 % des fonds propres exigibles (art. 11 al. 4 OB). Cela permettra à la Commission des banques de faire plus souvent application de la compétence légale qui lui est donnée à l'art. 4 al. 3 LB et d'ordonner dans des cas spéciaux des renforcements par rapport aux règles générales des prescriptions en matière de fonds propres contenues dans l'Ordonnance sur les banques. La quote part maximale ne devrait être utilisée que par les banques qui ont entrepris tous les efforts possibles pour la création de vrai capital et qui peuvent remplir sans réserves les exigences en fonds propres aussi après le remboursement des dettes subordonnées.

2. Par l'augmentation du taux de prise en compte, il existe un danger accru que, suite aux remboursements des instruments de dette de rang postérieur, se forme un manque considérable de fonds propres. L'absence de confiance des investisseurs qui en résulterait ferait en sorte que cette lacune ne pourrait pas être comblée ni par une augmentation du capital ni par une nouvelle émission d'instruments de dette de rang postérieur. La solution de l'ancien droit allait d'une part trop loin et, d'autre part, se terminait d'une façon trop brusque puisque les instruments de dette de rang postérieur étaient pris en compte d'une façon totale jusqu'à 2 ans avant leur échéance ou jusqu'au plus court délai possible de résiliation. A la place de ce système, la modification de l'ordonnance prévoit une **rédiction** dans

les 5 dernières années qui précèdent le remboursement d'une part annuelle cumulée de 20 % de la valeur nominale originale. Cette solution est prévue par le Modèle de Bâle et par les directives de la CE sur les fonds propres.²⁰ L'échéance minimale des instruments de dette de rang postérieur est réduite de 5 à 7 ans, conformément aussi aux standards minima internationaux. Au vu de la réduction qui s'opérerait déjà la première année, un instrument de dette de rang postérieur de 5 ans ne présente pourtant qu'un avantage limité. Si une banque veut bénéficier pleinement du taux maximal de prise en compte de 25 % pour une période prolongée, elle sera obligée, contrainte par la procédure de défalcation, d'échelonner dans le temps le remboursement des dettes de rang postérieur et de maintenir en permanence dans une certaine ampleur un surplus d'instruments de dette de rang postérieur qui n'est pas pris en compte.

3. En contrepartie, par un élargissement de la notion de **participations permanentes** (Annexe II A ch. 1.12), la modification de l'ordonnance aggrave les **exigences en fonds propres requises pour des créances de rang postérieur envers d'autres banques**. Selon l'ancien droit (art. 13 al. 1 let. a aOB), les créances de rang postérieur (non seulement envers des banques) étaient assimilées de par leur caractère de capital-risques aux actions et aux autres titres de participation.²¹ Les créances de rang postérieur envers une entreprise sans qu'il y ait une participation concomitante au capital-base, n'étaient pas traitées comme des participations et, par conséquent, les exigences en fonds propres requises étaient plus faibles. A la suite de l'augmentation du taux de prise en compte et afin d'éviter que les banques ne disposant pas d'une couverture en fonds propres appropriée s'accordent mutuellement des prêts de rang postérieur ou bien acquièrent des emprunts obligataires d'autres banques, la modification de l'ordonnance prévoit qu'elles doivent soumettre et comptabiliser, dans les actifs, sous participations, les instruments de dette de rang postérieur dès qu'ils atteignent une limite déterminée, même en l'absence d'une participation au capital-base. D'un point de vue juri-

²⁰ Art. 3 al. 3 let. c.

²¹ 10 % des créances, de rang postérieur, résultant de titres cotés; 20 % des créances, de rang postérieur, non comptabilisées sous participations permanentes; 40 % et 100 % des créances, comptabilisées sous participations permanentes, envers des entreprises dans lesquelles la banque a des participations permanentes, dans la mesure où il s'agit de fonds propres dissimulés (annexe II A ch. 1.12. aOB).

dique, la créance de rang postérieur n'est pas une participation. Cependant, d'un point de vue économique, elle revêt le caractère de participation si la banque débitrice la prend en compte dans le calcul des fonds propres. Pour cette raison, la modification de l'ordonnance précise que les créances de rang postérieur envers d'autres banques doivent être comptabilisées sous participations dans la mesure où elles sont prises en compte par celles-ci dans le calcul des fonds propres et que, prises seules ou prises ensemble avec des actions et d'autres types de participations détenues par la banque, elles dépassent le 20 % des fonds propres exigibles des autres banques.²² Il en va de même lorsque la banque a la possibilité d'exercer d'une autre manière²³ que par sa participation supérieure à 20 %, une influence notable sur la gestion des autres banques débitrices, par exemple dans le cas d'une action commune d'assainissement effectuée par plusieurs banques octroyant des prêts subordonnés en faveur d'une autre banque. Il a été tenu compte du fait que, dans une mesure délimitée, une créance de rang postérieur, d'une part, permet d'exercer une influence déterminante sur la banque débitrice et, d'autre part, comporte un risque comparable à celui des participations permanentes au capital-base. Par conséquent, les fonds propres doivent couvrir au moins le 40 % (pour les participations qui ne doivent pas être consolidées) ou le 100 % (pour les participations à consolider) de ces créances.

4. Pour les **banques cantonales**, dont tous les engagements sont garantis par le canton, la modification de l'ordonnance (art. 11 al. 3) met d'une part en évidence qu'elles ne peuvent pas prendre en compte comme fonds propres les dettes de rang postérieur, car, au vu de la garantie de l'Etat, la postériorité ne serait qu'une fiction.²⁴ D'autre part, pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis, la réduction des fonds propres exigibles, anciennement de 5 %, est augmentée à 12,5 % (art. 13 al. 3 let. b OB), c'est-à-dire

²² Selon la pratique de la CFB (Bulletin 8, p. 22), une influence notable est présumée lorsque le pourcentage du capital ou des voix des actions de la banque atteint ou dépasse le 20 %.

²³ Cf. notion identique à l'art. 3bis al. 3 LB.

²⁴ La teneur de l'ancien droit n'exclut pas expressément la prise en compte. C'est pour cette raison que deux banques cantonales ont émis des prêts obligataires de rang postérieur avec l'assentiment de la CFB (Rapport de gestion CFB 1981, p. 34). En 1989, la Commission des banques a changé sa pratique: une des deux banques a interjeté un recours de droit administratif qui est toujours pendan au Tribunal fédéral.

proportionnellement à la prise en compte du taux pour les instruments de dette subordonnés. Cette augmentation se justifie parce que lors de la révision de l'ordonnance du 1er décembre 1980, la garantie étatique n'avait été prise en considération que d'une manière symbolique par la réduction de 5 %. Aujourd'hui, sans augmentation, elles seraient prétéritées par rapport aux autres banques qui se voient accorder une augmentation du taux de prise en compte des instruments de dette subordonnés. Cependant, la seule garantie des engagements ne constitue pas encore une mise à la disposition de la banque cantonale d'un capital d'exploitation. Pour ce motif, le Modèle de Bâle ne reconnaît pas aux garanties émises par des établissements publics le caractère de fonds propres et, de ce fait, ne prévoit aucune réduction quant aux exigences en matière de fonds propres. Les dettes de rang postérieur doivent de plus être rémunérées, tandis qu'une réduction des fonds propres exigibles permet une extension de l'activité commerciale sans une augmentation correspondante des coûts de refinancement. Par conséquent, la réduction en question ne peut être à l'avenir élargie n'importe comment en faveur des banques sans garantie étatique sans qu'il y ait une distorsion de concurrence. Enfin, la modification reprend la pratique de la Commission des banques en vigueur²⁵, selon laquelle la réduction ne s'applique qu'aux banques cantonales dont le canton répond de tous les engagements.

152 Exigences en matière de fonds propres

152.1 Généralités

La modification de l'ordonnance retient le principe actuellement en vigueur, selon lequel la couverture minimum en fonds propres se fait directement en pourcentage de la valeur comptable des actifs, en pourcentage des opérations hors bilan et des positions ouvertes. A partir du taux de base actuel de 8 % pour les comptes courants débiteurs et pour les avances et prêts à terme fixe en blanc, l'attribution entre les différents taux de couverture est raffinée. En vue d'une différentiation plus élargie, trois nouveaux taux (0,05, 0,1 et 0,5 %) ont été ajoutés pour les opérations hors bilan. Afin de per-

²⁵ Confirmé par ATF 110 I b 166 ss, Banque Hypothécaire du Canton de Genève.

mettre des renvois, chaque taux de couverture a été assorti d'un chiffre marginal. Puisque, surtout pour ce qui concerne les actifs, les exigences en fonds propres requises dépendent de la façon dont les opérations sont comptabilisées, il est nécessaire de modifier partiellement les instructions régissant l'établissement des comptes annuels (Annexe II A OB).

152.2 Les actifs

1. La modification de l'ordonnance (art. 13 al. 1 let. a) distingue les créances envers les **collectivités de droit public et les banques centrales dans les pays de l'OCDE** et les affecte d'un taux de 2% ou 4% selon la liquidité de l'actif concerné. Leur sont assimilées les créances envers la **Banque des Règlements Internationaux** (2%/4%) et les **banques multilatérales de développement** (4%). L'ancien droit affectait ces créances envers des collectivités étrangères de droit public d'un taux de 7%. Parmi les collectivités de droit public, la modification différencie dorénavant:

- les effets de change et les papiers monétaires de la Confédération et de la Banque Nationale: 0% (art. 13 al. 2 let. b; comme avant);
- les autres créances envers les collectivités suisses de droit public: 2% (comme avant);
- les effets de change et les papiers monétaires et les titres à revenu fixe liquide de la Banque des Règlements Internationaux ainsi que des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE: 2% (nouveau, avant 7%);
- les autres créances envers les collectivités de droit public et les banques centrales des pays de l'OCDE, la Banque des Règlements Internationaux et les banques multilatérales de développement: 4% (partiellement nouveau);
- les créances envers les collectivités étrangères de droit public en dehors des pays de l'OCDE: 7% (comme avant).

Cette différenciation est le signe d'un rapprochement au Modèle de Bâle qui, cependant, prévoit dans la majorité des cas un taux plus bas ou même n'en prévoit aucun.

2. La modification **renonce complètement à la majoration des exigences en fonds propres** – prévu par le droit en vigueur (art. 13 al. 2 aOB: 1,5%) – **pour les actifs à l'étranger**. Ce supplément visait à couvrir le risque latent de transfert de ces actifs. Suite à l'évolution qui a eu lieu depuis 1980, cette exigence est dépassée. Dans les cas où le risque de transfert est actuel, c'est-à-dire pour les engagements envers des pays-risques, la banque doit, aux termes des directives de la Commission des banques²⁶, avoir des provisions globales dépassant maintes fois l'ancien supplément. Pour les engagements dans les pays de l'OCDE, le risque de transfert est négligeable et, selon le Modèle de Bâle, un supplément pour ces pays constituerait une différence de traitement injustifiable avec les actifs à l'intérieur. Dès lors, le supplément ne conserverait sa raison d'être que pour les actifs dans les pays d'une catégorie intermédiaire: les pays qui ne sont pas membres de l'OCDE mais qui ne sont pas classés parmi les pays-risques pour lesquels il y a lieu d'avoir des provisions. Eu égard à la petitesse de ces engagements, la création d'une catégorie intermédiaire – qui entraînerait un déploiement important de statistiques – ne se justifie pas. La suppression du supplément en question comporte un important allégement des exigences en fonds propres pour les banques qui ont une activité internationale.

3. La modification sépare **toutes espèces de créances envers les banques** et les soumet uniformément et indépendamment de leur comptabilisation parmi les différentes rubriques. Ce changement concerne en particulier la rubrique effets de change et papiers monétaires. Ceux-ci étaient selon l'ancien droit, soumis au taux de 7% (un taux plus haut que pour les avoirs en banque), même s'ils sont émis par des banques (p. ex: Certificates of Deposit). Cette solution comportait le désavantage suivant: les créances envers les banques facilement négociables sont paradoxalement moins bien classées que les autres. La distinction opérée touche en outre les créances résultant d'acceptations et les paiements différés, dont la répartition selon la personne du débiteur (clients, banques) nécessite un changement des instructions régissant l'établissement des comptes

²⁶ Selon les instructions de la Commission des banques du 21 décembre 1988 concernant la prise en considération des risques-pays, dès la fin 1989, le taux de provision est de 10% pour les engagements commerciaux à court terme et de 50% pour toutes les autres créances dans ces pays.

(Annexe II A ch. 13–1.9, 2.2 et 2.4). Enfin, aussi bien pour les opérations hors bilan que pour les engagements conditionnels, la modification différencie les engagements assurant le risque du ducroire pour compte de banques en les affectant du taux privilégié de 6 % (art. 13 al. 1 let. b ch. 9.2).

Comme auparavant, les créances envers des banques sont différencierées selon leur **échéance résiduelle** (jusqu'à 90 jours/au-delà de 90 jours). La nouveauté réside dans le fait qu'une différence supplémentaire est faite selon que la banque débitrice a son siège principal dans ou hors d'un pays de l'OCDE. Cette dernière différenciation, ajoutée après la procédure de consultation, se base également sur le Modèle de Bâle. En effet, celui-ci affecte d'un taux de 100 % de leur valeur les créances envers des banques de plus d'un an d'échéance ayant leur **siège principal en dehors de l'OCDE** et requiert une couverture de fonds propres de minimum 8 %. Comme le schéma suisse de l'établissement du bilan fixe la limite à 90 jours d'échéance résiduelle (art. 23 ch. 1.3.1 OB), des exigences supplémentaires en fond propres ont été requises pour ces créances à échéance résiduelle au-delà de 90 jours (art. 13 al. 1 let. a, ch. 5.1 OB). Les taux suivants ont dès lors été retenus pour les créances envers des banques:

- jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle: 4 %
- au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle
 - siège principal dans des pays de l'OCDE: 6 %
 - siège principal hors des pays de l'OCDE: 8 %

4. En considération de la garantie donnée par la Confédération dans le cadre de la loi fédérale sur la garantie contre les risques à l'exportation, les **crédits à l'exportation ainsi couverts** sont assimilés aux créances envers des collectivités suisses de droit public et donc affectés d'un taux de 2 % (art. 13 al. 1 let. a ch. 1.4).

152.3 Opérations hors bilan

1. Comme le Modèle de Bâle, la modification vise les **limites de crédits** non couvertes et **irrévocables** d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'un an. Parmi cette catégorie, il y a lieu aussi de mentionner expressément les **NIF** et les **RUF** (art. 13 al. 1 let. b ch. 8.1) à cause de leur importance internationale. Selon l'ancien droit, au-

cune exigence en fonds propres n'était requise pour les engagements de crédits irrévocables. Cependant, leur couverture se justifie par le fait que, pour une durée déterminée, la banque ne peut pas résilier son engagement et par conséquent le bénéficiaire peut l'obliger à délivrer un crédit sans couverture. Dès que le crédit est octroyé, il doit être comptabilisé sous la rubrique correspondante.

2. Le taux de couverture pour les **garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit)** assurant le risque du ducroire a été élevé au standard minimum du Modèle de Bâle, à savoir 6% s'il y a une couverture et 8% s'il n'y a pas de couverture (art. 13 al. 1 let. b ch. 9 et 10). Jusqu'à présent, cette forme de garantie était affectée d'un taux de 2%, comme s'il s'agissait d'un accréditif.

3. La modification exige une couverture de 1% pour les **engagements fermes de reprise lors de l'émission de papiers-valeurs**, déduction faite des souscriptions fermes (art. 13 al. 1 let. b ch. 5.3). Sur ce point, elle va plus loin que le Comité de Bâle pour la surveillance bancaire qui, tout en reconnaissant les risques que les opérations d'émission de papiers-valeurs représentent, a momentanément renoncé à les affecter d'un taux de couverture. Le risque lié à ces opérations est souvent très limité dans le temps, mais il peut être très élevé par rapport aux fonds propres de la banque d'émission s'il y a eu une fausse estimation des cours du marché réel et que l'émission ne peut pas être placée. La couverture en fonds propres prévue par la modification trouve aussi sa raison d'être dans la modification de l'ordonnance décidée par le Conseil fédéral et par laquelle le champ d'application de la LB est élargi aux maisons d'émission (art. 2a let. c OB, version du 23 août 1989).

4. La modification exige aussi une couverture pour la valeur nominale des **contrats fermes sur intérêts** traités hors bourse (swaps sur intérêts sur la base d'une seule devise y compris les swaps de base, forward rate agreements, futures sur taux d'intérêts et instruments semblables). Le faible taux de 0,05% (art. 13. al. 1 let. b ch. 1.2) s'inspire du Modèle de Bâle; cependant, la modification n'adopte pas la méthode de calcul ainsi que la subdivision selon l'échéance (qui n'a qu'une incidence marginale) prévues par le Modèle. Dans les contrats sur intérêts – comme dans les contrats sur devises étrangères – les banques ne sont pas exposées à un risque pour le crédit

correspondant à la valeur totale nominale du contrat. Leur risque est limité à l'ampleur des pertes subies par la contrepartie et dues aux coûts occasionnés par l'acquisition de produits de remplacement (c'est-à-dire les coûts de remplacement, dans la mesure où le contrat indique une valeur positive). Le facteur de conversion du crédit dépend entre autres choses de la durée et de la volatilité des taux d'intérêt qui sont à la base de ce type d'instruments (ou bien des changements des taux de change dans les opérations à terme sur devises). Conformément au Modèle de Bâle, la couverture en fonds propres se limite aux contrats sur intérêts traités **hors bourse**.

5. L'ancien droit prévoyait pour les créances résultant d'**opérations fermes, à terme, sur devises**, un taux de couverture en fonds propres uniforme de 0,3%. La modification (art. 13. al. 1 let. b ch. 1.1., 2 et 4) introduit une différenciation selon l'échéance résiduelle:

- jusqu'à un mois: 0,05 %;
- d'un mois à un an: 0,1%;
- de plus d'un an: 0,5%.

Cette différenciation correspond, d'une façon simplifiée, au Modèle de Bâle et tient compte du risque croissant vue la durée de l'engagement. L'introduction de cette différenciation se justifie au vu du volume toujours croissant des opérations à terme sur devises. L'abaissement du taux de couverture pour les opérations à terme sur devises dont l'échéance résiduelle est inférieure à un an conduit à un allégement considérable des fonds propres, car la plus grande partie de ces opérations est de courte durée. Contrairement au Modèle de Bâle qui, en appliquant une méthode plus stricte, prévoit pour les contrats sur devises une subdivision selon l'échéance originale, la modification reprend le système suivi par les banques suisses. Ceci se justifie par le fait que le taux de couverture requis en Suisse ne prend pas en considération la nature de la contrepartie aux opérations à terme sur devises. Dès lors, et en particulier pour les opérations entre banques, les taux suisses se situent toujours clairement au-dessus du Modèle de Bâle. Il faut réserver une future adaptation aux échéances initiales qui se ferait dans le cadre d'une adaptation encore plus forte aux standards internationaux. Enfin, la modification précise que les **swaps sur devises** constituent des opérations à terme sur devises et doivent être couverts de la même façon.

152.4 Positions ouvertes

Comme l'ancien droit, la modification (art. 13 al. 1 let. c) exige des fonds propres pour les variations de prix relatives aux positions ouvertes en devises (10%) et aux positions ouvertes en métaux précieux (20%). Cependant, elle précise les montants des opérations pour propre risque qui doivent être compris dans les positions ouvertes, y compris en particulier, les opérations sur options et futures en devises étrangères et en métaux précieux (ch. 3).

152.5 Déduction des exigences en matière de fonds propres

La modification (art. 13 al. 3 let. a) prévoit une **diminution globale** des exigences en matière de fonds propres de 6% du montant des **correctifs de valeurs** et des provisions figurant sous autres passifs en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés. Par cette réduction, elle corrige les exigences excessives en matière de fonds propres qui résultent de l'hypothèse où la valeur d'un actif n'est corrigée qu'indirectement par une inscription dans les passifs et de ce fait – à cause des dispositions sur les fonds propres appliquées à la valeur comptable – continue à être couverte à sa valeur initiale, même si le risque latent se limite à la valeur nette corrigée. Dans un cas extrême, un actif dont la valeur est corrigée dans les passifs dans sa totalité devrait être couvert en fonds propres à sa valeur brute, même si le risque est entièrement pris en compte. Si au contraire sa valeur est corrigée par un amortissement direct dans les actifs, aucune couverture n'est requise.²⁷ De simples aspects formels (comme la façon de comptabiliser des correctifs de valeur) ne devraient cependant pas conduire à des exigences trop élevées en matière de fonds propres si le risque latent est identique. Le cas le plus significatif est donné par les engagements des banques dans les pays-risques, pour lesquels des correctifs de valeur élevés prévus par la Commission des banques²⁸ sont constitués normalement par des inscriptions dans les passifs pour des raisons de politique d'affaires, ainsi que des raisons techniques et statistiques. La défalcation se rapporte à tous les correctifs de valeur et les

²⁷ Cf. Bulletin CFB 8, p. 13. Avec cette interprétation des prescriptions sur les fonds propres, la CFB voulait encourager les banques à faire des amortissements directs.

²⁸ Cf. note 26.

provisions figurant sous autres passifs qui ont été constitués pour des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigibles; donc également pour des opérations hors bilan et des positions ouvertes en devises et en métaux précieux. Afin de simplifier les calculs, seule une réduction globale, correspondant au montant des taux de couverture moyens supposés pour les positions concernées, a été établie.

La défaillance vaut pour **toutes les banques** qui présentent de tels «autres passifs».

153 Risque de compensation lors de placements fiduciaires

Deux cas actuels de retrait de l'autorisation d'exercer une activité bancaire²⁹ ont démontré que dans le cadre de la faillite ou du sursis concordataire de la banque fiduciaire, les fiduciaires sont exposés au risque que la banque correspondante (auprès de laquelle les placements fiduciaires ont été faits) compense ses avoirs avec des créances qu'elle a envers la banque fiduciaire.³⁰ Ce risque se concrétise quand la banque fiduciaire place les avoirs reçus à titre fiduciaire auprès d'une banque correspondante où elle se refinane; il se peut aussi que ce refinancement ne soit accordé que parce que les avoirs en question sont compensables. Ne sachant pas, en règle générale, que les avoirs reçus constituent des opérations fiduciaires, la banque correspondante invoquera dans la faillite de la banque fiduciaire la compensation de ces avoirs avec ses créances envers celle-ci. Le fiduciaire ne pourra alors faire valoir envers le fiduciaire qu'une créance colloquée en 5ème classe. Afin d'éviter ce danger, le risque de compensation devrait être exclu par une disposition contractuelle entre la banque fiduciaire et la banque correspondante. Cela nécessiterait pourtant que les placements fiduciaires soient distingués comme tels envers la banque correspondante. Le risque de compensation des placements fiduciaires ne constitue qu'un aspect du problème plus général de la sécurité juridique des avoirs des clients et de leur séparation, notamment dans le cadre des opéra-

²⁹ Retraits décidés par la Commission fédérale des banques et concernant la Banca di Partecipazioni ed Investimenti SA, Lugano, du 31 janvier 1989 et MEBCO Bank SA, Genève, du 27 avril 1989

³⁰ Guggenheim, Die Verträge der schweizerischen Bankpraxis, Zurich 1986, p. 265 ss.

tions nationales et internationales de papiers-valeurs. Ce problème fondamental ne peut pas être résolu dans le cadre d'une simple révision partielle des prescriptions en matière de fonds propres.³¹

Eu égard à cette difficulté, l'ordonnance révisée renonce à modifier la définition d'opérations fiduciaires (Annexe II let. C ch. 5 OB) qui aurait fait de l'exclusion de la compensation une condition à la légitimation des opérations fiduciaires. Elle se limite à soumettre le risque de compensation pour les opérations fiduciaires – qui diffère selon la grandeur de la banque fiduciaire et selon la relation existant entre le placement fiduciaire et la contre-créance de la banque correspondante – à un contrôle plus sévère (art. 44 let. g). Les organes de révision qui, selon l'ancien droit, devaient déjà prendre position sur l'ampleur et la conformité aux règles légales de la façon de traiter les opérations fiduciaires, sont dorénavant tenus de prendre également position sur l'examen des risques de compensation. Par ce moyen, les banques et les organes de révision sont invités à prêter à ce problème l'attention nécessaire.

2 Partie spéciale: Commentaire des dispositions

21 Prise en compte des prêts et emprunts obligataires subordonnés (art. 11 al. 1 let. g, al. 3 et 4)

Pour les buts et les caractéristiques de cette disposition, il est renvoyé aux chapitres 14 et 151 ci-dessus.

La **définition** des prêts subordonnés y compris les emprunts obligataires (celle-ci se trouve après la délimitation de la part à prendre en compte), est – à l'exception du raccourcissement de la durée d'échéance minimale initiale de 7 à 5 ans – demeurée inchangée par rapport à l'ancien droit. La prise en compte des dettes subordonnées en monnaies étrangères n'est pas expressément mentionnée mais

³¹ Un autre aspect de la faculté de la banque de disposer des avoirs du client est réglé par la législation bancaire (art. 17 LB et 33 OR) concernant le renantissement des valeurs reçues en nantissement par la banque.

est, selon la pratique de la Commission des banques³², admise comme auparavant. Sont en revanche exclues dans le contrat de prêt des clauses prévoyant que, dans des circonstances autres que la dissolution de la banque (liquidation, faillite ou concordat), la dette devra être remboursée avant l'échéance convenue. Sont visées par exemple des clauses de retrait relatives à la modification des circonstances touchant aux affaires ou à l'actionnariat qui permettraient un remboursement anticipé au créancier et qui priveraient par là la banque de ses fonds propres.³³

La **part maximale à prendre en compte** s'élève maintenant à 25 % des fonds propres exigibles. L'utilisation de cette dernière doit cependant être faite avec retenue. **L'obligation d'annonce** prévue à l'art. 11 al. 4 permettra à la Commission des banques de prendre en considération les circonstances de chaque cas et, le cas échéant, d'ordonner une limitation ou des mesures de protection.

La **déduction cumulative** annuelle de 20 % du montant nominal original interviendra dès la cinquième année avant le remboursement. En conséquence, les instruments de dettes subordonnées seront pris en compte à raison de seulement 80 % la cinquième année avant le remboursement, à raison de 60 % la quatrième année, à raison de 40 % la troisième année, à raison de 20 %, de leur valeur nominale originale, la deuxième année. La dernière année avant le remboursement ils ne seront plus du tout pris en compte comme fonds propres. Est déterminante la date à laquelle intervient le **remboursement**. L'expression de l'ancien droit «avant leur échéance» ou «avant le plus court délai possible de résiliation» qui soulevait un problème d'interprétation³⁴, est donc remplacée par l'expression «remboursement». Un délai de résiliation situé avant l'échéance finale est ainsi non perçu lorsque la banque renonce à faire usage de son droit à une résiliation anticipée.

En ce qui concerne l'exclusion des **banques cantonales** dont tous les engagements sont garantis par le canton (art. 11 al. 3), il y a lieu de se reporter au chapitre 151 ch. 4 ci-dessus.

³² Bulletin CEB 8, p. 10 s.

³³ Ct. aussi art. 4 al. 3 let. d Directive de fonds propres CE.

³⁴ Voir là ce sujet Bulletin CFB 9, p. 51 s.

22 Principe relatif au taux de couverture par des fonds propres (art. 12 al. 1)

Le texte de cette disposition a été adapté à la nouvelle terminologie utilisée à l'art. 13 al. 1 let. b en ce sens que la notion «opérations hors bilan» a remplacé l'expression ancienne «engagements conditionnels et opérations en cours». Sont aussi mentionnées à cause de leur caractère intégral, les «positions ouvertes» qui, selon l'art. 13 al. 1 let. c du droit en vigueur et de la modification de l'ordonnance doivent être couvertes par des fonds propres. Comme la valeur comptable est le facteur déterminant uniquement pour les actifs, le texte a en plus été adapté grammaticalement. Aucune de ces modifications ne vise un changement matériel.

23 Taux de couverture par des fonds propres (art. 13 al. 1 et 2)

Comme auparavant, la modification prévoit, y compris le taux nul (art. 13 al. 2), 12 taux pour les actifs au bilan, pour les opérations hors bilan 11 taux (précédemment 8), enfin inchangés deux taux pour les positions ouvertes. Les actifs non soumis à des taux de couverture sont maintenant expressément mentionnés à l'art. 13 al. 2 – sans modification matérielle alors qu'en vertu de l'ancien droit ils ne ressortaient qu'indirectement grâce au fait qu'ils n'étaient pas mentionnés ou exclus de certaines positions.

231 Actifs (art. 13 al. 1 let. a)

Pour les principes, il est renvoyé au chapitre 152.2.

Ch. 1 (2%)

Les effets de change et papiers monétaires de la Banque des Règlements Internationaux ainsi que des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE (**ch. 1.2**) sont maintenant assimilés aux créances envers les collectivités suisses de droit public (à l'exception des effets de change et papiers monétaires de la Confédération et de la Banque Nationale non soumis aux exigences).

ces en fonds propres). Les mêmes considérations valent pour les titres à revenu fixe de ces débiteurs étrangers lorsqu'ils sont négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés (**ch. 1.3**). La notion du «marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés» est identique à celle prévue à l'art. 16 al. 1 let. d OB (prescriptions sur les liquidités) ainsi qu'à celle de l'ordonnance sur les fonds de placement.³⁵ Lorsque ces effets de change, papiers monétaires et titres à revenu fixe servent de garanties pour des avoirs en banque, des avances et prêts à court terme, ils bénéficient aussi d'un taux de couverture réduit (**ch. 1.5**). Ainsi sont pris en considération d'une part la bonité et la liquidité de cette garantie et, d'autre part, le risque limité d'une insuffisance de couverture de marge compte tenu de la courte durée de la créance.

La notion **pays de l'OCDE** est définie à l'art. 13 al. 5 let. a. En plein accord avec le Modèle de Bâle et des directives de solvabilité de la CE, cette disposition comprend, en plus des 24 pays membres à part entière de l'OCDE, encore les pays qui ont conclu des accords spéciaux de prêts avec le Fonds Monétaire International dans le cadre des Accords généraux d'emprunts du Fonds (pour l'instant seulement l'Arabie Saoudite). La **liste exhaustive** des pays définis comme **pays de l'OCDE** et des **banques multilatérales de développement** (art. 13 al. 5 let. b OB) se trouve à la fin de l'état des fonds propres.

Sont nouvellement introduits les crédits garantis en vertu de la loi fédérale sur la garantie contre les risques à l'exportation (**ch. 1.4**). Pour sa part, le **ch. 1.7** relatif au placement hypothécaire sur des immeubles des collectivités suisses de droit public consacre simplement la pratique actuelle de la Commission des banques.³⁶

Ch. 2 (4%)

Les avoirs en banque auprès de la BRI, des banques centrales dans les pays de l'OCDE ainsi qu'auprès des banques multilatérales de développement, indépendamment de leur échéance résiduelle, sont désormais soumis à un taux unique de 4% (**ch.2.2**). La notion de **banques multilatérales de développement** est définie à

³⁵ Art. 16 al. 1 let. d OB, version du 25 novembre 1987, art. 2 al. 1 OFP (RS 951–311), version du 6 novembre 1985.

³⁶ Bulletin CFB 8, p. 16.

l'**art. 13 al. 5 let. b** et se réfère à la description du Modèle de Bâle ainsi qu'aux directives de solvabilité de la CE pour lesquelles il n'est prévu pourtant qu'un taux de pondération relative de 20%.

Les effets de change et papiers monétaires ainsi que les titres à revenu fixe des collectivités publiques (donc aussi des administrations régionales et des collectivités locales comme les communes) dans les pays de l'OCDE non visés au ch. 1.2 et 1.3 sont également soumis à un taux de 4% (**ch. 2.3**). Un taux identique est applicable aux comptes courants débiteurs et prêts à des collectivités publiques dans les pays de l'OCDE (**ch. 2.7**).

Les effets de change et papiers monétaires de banques avec siège principal dans les pays de l'OCDE sont maintenant assimilés aux avoirs en banque et sont soumis, selon le délai d'échéance résiduelle, à un taux de 4% respectivement 6% (**ch. 2.4 et 3.2**). Les effets de change et papiers monétaires de banques avec siège principal hors des pays de l'OCDE avec un délai d'échéance résiduelle jusqu'à 90 jours sont soumis au taux de 4% (ch. 2.4), ceux avec un délai d'échéance résiduelle au-delà de 90 jours au taux de 7% (ch. 4.1).

Ch. 5.1

Les avoirs en banque auprès de **banques avec siège principal hors des pays de l'OCDE au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle** sont maintenant soumis au taux de 8% (cf. 152.2 ch. 3 ci-dessus). Est déterminant le point de savoir si le siège principal de la banque débitrice se trouve hors des pays de l'OCDE (cf. définition à l'art. 13 al. 5 let. a OB). La créance envers une succursale londonienne d'une banque avec siège statutaire au Brésil est par exemple soumise au taux de 8%, de même que celle envers une filiale avec siège aux Caraïbes, même si la banque-mère a son siège dans l'OCDE (y compris en Suisse). Les avoirs en banque auprès des banques multilatérales de développement ainsi que leurs effets de change et papiers monétaires, peu importe le siège principal et l'échéance résiduelle, sont soumis à un taux unique de 4% (ch. 2.2 et 2.3).

Ch. 6.2, 7.4, 9 et 11.1

S'agissant des **créances envers d'autres banques, de rang postérieur**, l'adjonction de la **notion de participation** (Annexe II

let. A, ch. 1.12) conduit, comparativement au droit ancien (cf. 151.3 ci-dessus), à un taux de couverture plus élevé lorsque les instruments de dettes subordonnées sont pris en compte comme fonds propres par la banque débitrice et de plus dépassent le taux fixé des fonds propres exigibles de la banque débitrice. Une créance de rang subordonné envers une autre banque est soumise à un taux de 10% pour la banque créancière lorsqu'il s'agit d'un papier-valeur coté et que la limite de participation n'est pas atteinte (**ch. 6.2**). Est soumise à un taux de 20% une créance de rang subordonné lorsqu'elle n'est pas un papier-valeur coté et qu'elle ne doit pas être comptabilisée sous les participations (cf. **7.4**). Elle doit être en revanche comptabilisée sous participations permanentes si elle est prise en compte comme fonds propres auprès de la banque débitrice et si en plus une des deux autres conditions fixées à l'Annexe II let. A ch. 1.12 OB est remplie. Lorsqu'il s'agit d'une participation qui ne doit pas être consolidée parce que seule une influence notable et non pas prédominante est exercée, le taux de couverture s'élève à 40% (**ch. 9**). Lorsqu'il existe une influence prédominante au sens des directives de consolidation de la Commission des banques, en particulier dans le cas de filiales bancaires, les créances de rang postérieur concernées doivent être couvertes à 100% par des fonds propres (**ch. 11.1**). S'agissant du but de cette réglementation, il est renvoyé au chapitre 151 ch. 3.

Lorsqu'il s'agit d'une créance de rang postérieur envers une banque dominée par une banque créancière, le montant compté comme fonds propres ainsi que l'importance des fonds propres exigibles de la banque débitrice sont connus sans autre. Là où la banque créancière ne possède aucune participation notable au capital de la banque débitrice, on peut attendre d'elle qu'elle demande les renseignements nécessaires pour déterminer les limites fixées à l'Annexe II A ch. 1.12 puisque la banque créancière n'accorde pas de prêts subordonnés ou n'acquiert pas sans examen des emprunts obligataires de cette importance.

Ch. 11.2 (100%)

Par rapport à l'ancien droit, la modification précise que des fonds propres de 100% sont requis non seulement pour les propres actions de la banque (ou pour les autres titres de participation émis par la

banque) mais aussi pour les propres créances de rang postérieur comptées comme fonds propres qu'elle détient directement ou indirectement. Cela vise le cas d'une banque qui a des propres emprunts obligataires comptabilisés sous titres et qui sont pris en compte dans ses fonds propres.

232 Opérations hors bilan (art. 13 al. 1 let. b)

Renvoi est fait aux remarques formulées sous le chapitre 152.3.

Le **ch. 1.2** soumet à un taux de couverture de 0,05% la valeur nominale des **contrats fermes sur intérêts** traités hors bourse et donne une liste non exhaustive d'exemples. L'absence de fonds propres exigés pour les contrats sur taux d'intérêt traités en bourse suppose – comme pour le commerce des options en bourse³⁷ – qu'une sécurité financière appropriée est garantie lorsque l'exécution des contrats d'options est faite par une organisation de clearing, participant à chaque transaction directement ou comme caution, qu'un dépôt d'une marge de couverture mise à jour quotidiennement est requis et que s'il n'est pas répondu à l'appel de marge dans un délai d'un jour ouvrable, la position est liquidée. Les **options OTC** sur contrats sur taux d'intérêt ne sont pas soumises au taux prévu au ch. 1.2.

Le **ch. 8.1** soumet à un taux de couverture de 4 % **les limites de crédits** non couvertes et **irrévocables**, y compris les note insurance facilities, les revolving underwriting facilities et les instruments semblables avec un engagement ferme d'une durée d'échéance résiduelle **de plus d'un an**. Sont uniquement soumis les engagements qui ne peuvent pas être résiliés par la banque pendant une durée d'échéance déterminée et qui en conséquence contraignent la banque d'octroyer au bénéficiaire un crédit sans garantie. Les annonces de limites-cadres faites unilatéralement par des banques à des clients ne tombent pas sous les engagements irrévocables parce qu'ils peuvent être révoqués par la banque en tout temps. Ne sont également pas visées les limites de crédits avec couverture comme par exemple des crédits de construction ou des crédits lombards. Seule est soumise la partie non utilisée par le client du montant accordé. Aucuns fonds propres ne sont également requis lorsque

³⁷ Cf. Directives CFB «options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions» du 2 novembre 1988. ch. 1.2 et 4.3.1.

l'engagement vient à échéance ou est résilié au cours de l'année (durée d'échéance résiduelle). Le Modèle de Bâle et les directives de solvabilité de la CE considèrent en revanche comme déterminant la durée d'échéance initiale des engagements. Le Modèle de Bâle pour sa part autorise jusqu'à la fin de l'année 1992 les autorités de surveillance nationale à choisir l'échéance résiduelle comme base de mesure des engagements. Une adaptation ultérieure doit ici – comme pour le problème des opérations à terme sur devises – demeurer réservée. Sous la désignation de NIF et RUF, il faut comprendre les facilités que le preneur de crédit peut, sur une période prolongée, tirer sur le marché, jusqu'à une limite prescrite, par l'émission répétée à court terme de «promissory notes». Pour le cas où les notes ne peuvent pas être mises sur le marché à un cours minimum déterminé, l'établissement bancaire souscripteur s'engage à reprendre les titres à un prix convenu.

233 Positions ouvertes (art. 13 al. 1 let. c)

Pour l'essentiel, il est renvoyé au chapitre 152.4. La modification prévoit que les opérations sur options dans les positions ouvertes en devises et en métaux précieux sont évaluées au moins au facteur delta. Celui-ci est une norme mathématique et consiste en une modification de la prime d'option en réaction à une modification du prix de base de la valeur sous-jacente de l'option.³⁸ L'expression «au moins au facteur delta» signifie qu'une banque est libre, à la place du système de calcul delta, d'appliquer, s'agissant des fonds propres requis, une méthode de calcul qui lui est moins favorable.

24 Risque de compensation lors de placements fiduciaires (art. 44 let. g)

Déjà auparavant, les sociétés de révision devaient s'exprimer régulièrement dans leurs rapports de révision en donnant au besoin

³⁸ Une option sur actions dont le prix (prime) se modifie de fr. 1.– a un delta de 0,5 lorsque, dans la même direction, le cours de l'action se modifie de frs 2.–. Le delta atteint environ 1,0 (c'est-à-dire que le prix de l'option se modifie du même montant que celui de la valeur de base sous-jacente) pour les options qui se trouvent deep-in-the-money et tend vers 0 pour des options qui se trouvent deep-out-of-the-money.

des indications numériques sur l'ampleur et l'exécution correcte des opérations fiduciaires. Elles doivent maintenant sous cette lettre prendre position **sur l'adéquation de la protection du fiduciant** par rapport au risque de compensation de ses avoirs avec des créances du bénéficiaire (c'est-à-dire de la banque correspondante auprès de laquelle les placements ont été effectués) envers la banque (cf. à ce sujet ch. 153 ci-dessous).

Elles devront le faire pour la première fois dans leurs rapports de révision pour l'exercice comptable 1989. Elles devront indiquer en premier lieu le montant des placements fiduciaires auprès des banques correspondantes qui pour leur part ont des avoirs auprès de la banque fiduciaire revisée. Il conviendra ensuite d'examiner si la banque correspondante a connaissance du fait que les fonds déposés chez elle ont le caractère de placements fiduciaires. Si elle l'ignore, il est très vraisemblable qu'elle pourra invoquer la compensation. Si en revanche elle le connaît, ce qu'il y a lieu de présumer pour des banques appartenant au même groupe (en particulier en cas d'identité des organes), il faut rechercher si une exclusion de compensation existe par contrat (aussi selon le droit étranger), respectivement si la «mauvaise foi» de la banque correspondante lui enlève la possibilité d'invoquer la compensation. Si le risque de compensation existe encore, il faudra envisager une exclusion de compensation contractée en bonne et due forme ou une interdiction de refinancement auprès de la banque correspondante ou encore une autorisation expresse du fiduciant qui en **pleine connaissance** des risques de compensation permet le placement de ses avoirs auprès d'une banque correspondante qui finance la banque fiduciaire.

25 Instructions régissant l'établissement des comptes (Annexe II let. A ch. 1.3, 1.5-1.9, 1.12, 2.2 et 2.4)

Selon l'ancien droit, **les créances résultant d'acceptations et les paiements différés** étaient soumis à un taux unique. La modification différencie selon qu'ils sont envers des banques ou des clients, parce que les créances envers des banques, peu importe leur place dans le bilan sous différentes rubriques doivent être traitées de manière privilégiée (cf. chap. 152.2, ch. 3 ci-dessus). Cela nécessite toutefois une modification des instructions régissant l'établissement des

comptes parce que l'assujettissement aux fonds propres est liée à la position des diverses rubriques actives au bilan. **Les créances envers des banques** résultant d'acceptations et des paiements différés doivent désormais être comptabilisés sous avoirs en banque à terme (ch. 1.3). Ceux envers **des clients** seront comptabilisés sous avances et prêts à terme fixe (ch. 1.7: en blanc / ch. 1.8: gagés), alors que les créances de ce genre **envers des collectivités de droit public** seront enregistrées sous la position 1.9. **Du côté passif**, non déterminant pour les fonds propres, il y a lieu par conséquent d'effectuer la même différenciation pour les engagements résultant de paiements différés selon qu'il s'agit d'engagements en banque à terme (ch. 2.2) et de créanciers à terme (ch. 2.4). Pour les acceptations et billets à ordre (ch. 2.10), aucune modification n'est nécessaire. Le Modèle de Bâle et la directive de solvabilité CE traitent en revanche les acceptations comme des engagements hors bilan.

S'agissant de la modification de la notion de participation (ch. 1.12), il est renvoyé au chap. 151.3 et 231.

26 Dispositions finales

La modification de l'ordonnance est entrée en vigueur le **1er janvier 1990**. En conséquence, l'état des fonds propres, le bilan et le rapport de révision selon l'ordonnance revisée seront établis la première fois au 31 décembre 1989. Les prescriptions modifiées forment un tout. En particulier les dispositions régissant l'établissement du bilan ont été modifiées qu'en raison des nouvelles prescriptions sur les fonds propres de sorte qu'elles entrent en vigueur en même temps. Leur application devra être contrôlée par les sociétés de révision. Bien que dans l'ensemble la plupart des établissements auront besoin de moins de fonds propres et pourront compter sur l'accroissement d'éléments composant les fonds propres, un délai d'adaptation de deux ans a été accordé conformément à ce qui avait été le cas lors de la dernière révision des exigences en matière de fonds propres du 1er décembre 1980 (RO 1980, 1814). Si au 31 décembre 1989, une banque ne satisfait pas aux exigences de cette modification, elle devra adapter ses fonds propres au montant exigé jusqu'au

31 décembre 1991. Jusqu'à cette date, l'état des fonds propres ne devra toutefois pas être inférieur à celui exigé par le droit antérieur. Une combinaison des éléments les plus favorables de l'ancien et du nouveau droit est par conséquent exclue. Il serait en effet exclu d'accepter des instruments de dettes subordonnées selon le nouveau droit dans des proportions plus importantes si parallèlement les nouvelles exigences en matière de fonds propres du nouveau droit ne sont pas aussi remplies.³⁹

3 Légalité

Dans toutes les parties importantes, la modification est conforme à l'ancien droit dont la légalité a été motivée de manière circonscrite et admise lors de la révision partielle des exigences en matière de fonds propres du 1er décembre 1980. La modification relative à certains taux ainsi que le taux auquel seront soumis les instruments de dettes subordonnées sont principalement de nature technique et appartiennent au libre pouvoir d'appréciation de l'autorité exécutive.

4 Rapport avec le droit européen

La modification représente un rapprochement important des prescriptions suisses en matière de fonds propres avec les recommandations du Modèle de Bâle établies sur une base large, lesquelles ont à leur tour influencé les directives de la CE (cf. chapitre 123 ci-dessus). Ce rapprochement renforce d'une part la capacité de concurrence des banques suisses sur le plan international et plus particulièrement dans la CE. Il allège par ailleurs les nombreuses banques de la Communauté établies dans notre pays, mais aussi d'autres, quant à leur activité à l'intérieur et à partir de notre pays. Comme les directives de la CE n'érigent que des standards-minima qui peuvent être rendus plus contraignants par les différents Etats membres dans leur législation nationale, nos exigences qui sont comme auparavant nettement supérieures au standard minimum

39 Cf. à ce sujet Bulletin CFB 8, p. 24 ss.

international, ne représentent aucun obstacle pour l'admission de nos banques dans la Communauté.

5 Conséquences sur les fonds propres exigibles et à prendre en compte

L'**Annexe III** contient **les conséquences des nouvelles prescriptions en matière de fonds propres par groupes bancaires** sur la base de chiffres à la fin de l'année 1988.⁴⁰ Il s'ensuit que pour tout le système bancaire suisse, les exigences en fonds propres diminuent d'environ frs 2 milliards⁴¹ ou environ 3,5%. L'extension des emprunts subordonnés dans les fonds propres à prendre en compte, respectivement la diminution des fonds propres exigibles pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton, pourrait représenter une augmentation de leur potentiel de plus de frs 9 milliards.

⁴⁰ La différenciation faite dans l'annexe III entre les allégements (par exemple réduction des taux pour les opérations à terme sur devises, la suppression du supplément pour les actifs à l'étranger, la réduction et la standardisation du taux pour les créances sur des collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE) et les correctifs (par exemple prise en considération d'une garantie selon la loi fédérale sur la garantie contre les risques à l'exportation, taux unique pour les créances envers des banques, prise en considération de correctifs de valeur sous autres passifs) a été initialement introduite par les représentants des banques au sein du groupe de travail pour les opérations hors bilan. Au niveau du résultat, elle est sans pertinence, puisque les allégements et les correctifs ont pour conséquence une diminution des exigences en fonds propres.

⁴¹ Dans le modèle de calcul (annexe III), contrairement au projet de la CFB du 9 octobre 1989, il n'est pas encore tenu compte de l'augmentation du taux de 6% à 8% pour les avoirs en banque auprès de banques avec siège principal hors des pays de l'OCDE au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle (art. 13 al. 1 let. a ch. 5.1 OB), ce qui représente une augmentation des fonds propres exigibles d'environ frs 200.- mio, de telle sorte que les nouveaux fonds propres requis devraient être arrêtés à frs 59,63 mia.

Anhang I

Bankenverordnung

Änderung vom 4. Dezember 1989

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Die Bankenverordnung vom 17. Mai 1972¹⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 1 Bst. g sowie Abs. 3 und 4

¹ Als eigene Mittel gelten:

g. bis höchstens 25 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel und in den letzten fünf Jahren vor der Rückzahlung vermindert um einen kumulativen Abzug von jährlich 20 Prozent des ursprünglichen Nominalbetrages: der Bank gewährte Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen mit einer ursprünglichen Laufzeit von mindestens fünf Jahren, wenn aus einer unwiderruflichen schriftlichen Erklärung hervorgeht, dass sie im Falle der Liquidation, des Konkurses oder Nachlassvertrages den Forderungen aller übrigen Gläubiger im Rang nachgehen und dass sie weder mit Forderungen der Bank verrechnet noch aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt werden.

³ Absatz 1 Buchstabe g ist nicht anwendbar auf Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet.

⁴ Die Bank hat die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als eigene Mittel angerechneten nachrangigen Schulden (Abs. 1 Bst. g) 15 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel übersteigen.

Art. 12 Abs. 1

¹ Das Mindestverhältnis zwischen den eigenen Mitteln und den gesamten Verbindlichkeiten wird nach den Buchwerten der Aktiven, den Ausserbilanzgeschäften und den offenen Positionen festgesetzt. Es ist dauernd einzuhalten.

Art. 13 Abs. 1–3 und 5

¹ Die eigenen Mittel müssen mindestens die folgenden Prozentsätze des Buchwertes der aufgeführten Positionen betragen:

¹⁾ SR 952.02; AS 1989 1772

*a. Aktiven*1. *2 Prozent:*

- 1.1 Wechsel und Geldmarktpapiere sowie festverzinsliche Wertschriften inländischer öffentlichrechtlicher Körperschaften;
 - 1.2 Wechsel und Geldmarktpapiere der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie der Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern;
 - 1.3 festverzinsliche Wertschriften der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie der Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern, wenn sie an einem organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelt werden;
 - 1.4 feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung gemäss Bundesgesetz vom 26. September 1958¹⁾ über die Exportrisikogarantie;
 - 1.5 Bankendebitoren sowie feste Vorschüsse und Darlehen mit einer Restlaufzeit bis zu 90 Tagen und Deckung durch Wertpapiere nach den Ziffern 1.2 und 1.3;
 - 1.6 Kontokorrent-Kredite und Darlehen an inländische öffentlichrechtliche Körperschaften;
 - 1.7 Hypothekaranlagen bei inländischen öffentlichrechtlichen Körperschaften;
 - 1.8 inländische Pfandbriefe;
2. *4 Prozent:*
 - 2.1 Bankendebitoren mit einer Restlaufzeit bis zu 90 Tagen, ausser den in Ziffer 1.5 aufgeführten;
 - 2.2 alle Bankendebitoren bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Zentralbanken in OECD-Ländern sowie den multilateralen Entwicklungsbanken;
 - 2.3 Wechsel und Geldmarktpapiere sowie festverzinsliche Wertschriften öffentlichrechtlicher Körperschaften in OECD-Ländern, ausser den in den Ziffern 1.2 und 1.3 aufgeführten, sowie der multilateralen Entwicklungsbanken;
 - 2.4 Wechsel und Geldmarktpapiere von Banken mit einer Restlaufzeit bis zu 90 Tagen;
 - 2.5 Kontokorrent-Debitoren mit hypothekarischer Deckung auf inländischen Liegenschaften bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes;

¹⁾ SR 946.11

- 2.6 feste Vorschüsse und Darlehen mit hypothekarischer Deckung auf inländischen Liegenschaften bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes;
 - 2.7 Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlichrechtliche Körperschaften in OECD-Ländern;
 - 2.8 Hypothekaranlagen auf inländischen Liegenschaften bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes, ausser den in Ziffer 1.7 aufgeführten;
 - 2.9 festverzinsliche Wertschriften inländischer Banken;
3. *6 Prozent:*
- 3.1 Bankendebitoren bei Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern mit einer Restlaufzeit von über 90 Tagen, ausser den in Ziffer 2.2 aufgeführten;
 - 3.2 Wechsel und Geldmarktpapiere von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern mit einer Restlaufzeit von über 90 Tagen, ausser den in Ziffer 2.3 aufgeführten;
 - 3.3 Kontokorrent-Debitoren mit Deckung, ausser den in Ziffer 2.5 aufgeführten;
 - 3.4 feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung, ausser den in den Ziffern 1.4, 1.5 und 2.6 aufgeführten;
 - 3.5 Hypothekaranlagen, ausser den in den Ziffern 1.7 und 2.8 aufgeführten;
4. *7 Prozent:*
- 4.1 Wechsel und Geldmarktpapiere, ausser den in den Ziffern 1.1, 1.2, 2.3, 2.4 und 3.2 aufgeführten;
 - 4.2 Kontokorrent-Kredite und Darlehen an ausländische öffentlichrechtliche Körperschaften ausserhalb von OECD-Ländern;
 - 4.3 festverzinsliche Wertschriften, ausser den in den Ziffern 1.1, 1.3, 2.3 und 2.9 aufgeführten;
5. *8 Prozent:*
- 5.1 Bankendebitoren bei Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern mit einer Restlaufzeit von über 90 Tagen, ausser den in Ziffer 2.2 aufgeführten;
 - 5.2 Kontokorrent-Debitoren ohne Deckung;
 - 5.3 feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung;
 - 5.4 sonstige Aktiven, ausser den in den Ziffern 7.3 und 10 aufgeführten;
 - 5.5 aktive Verrechnungsdifferenzen;
6. *10 Prozent:*
- 6.1 unter Wertschriften bilanzierte kotierte Aktien, andere Beteiligungspapiere und Anteilscheine von Anlagefonds, ausser den in Ziffer 11.2 aufgeführten;

- 6.2 unter Wertschriften bilanzierte Forderungen mit Rangrücktritt aus kotierten Wertpapieren, ausser den in Ziffer 11.2 aufgeführten;
7. *20 Prozent:*
- 7.1 unter Wertschriften bilanzierte nicht kotierte Aktien, andere Beteiligungs-papiere und Anteilscheine von Anlagefonds, ausser den in Ziffer 11.2 aufgeführten;
- 7.2 Bankgebäude;
- 7.3 unter den sonstigen Aktiven bilanzierte fremde Geldsorten;
- 7.4 nicht unter den dauernden Beteiligungen bilanzierte Forderungen mit Rangrücktritt, ausser den in den Ziffern 6.2 und 11.2 aufgeführten;
8. *30 Prozent:*
andere Liegenschaften;
9. *40 Prozent:*
nicht zu konsolidierende dauernde Beteiligungen;
10. *50 Prozent:*
Mobilien, Einrichtungen, Waren und abschreibungspflichtige Aktivierun-gen;
11. *100 Prozent:*
- 11.1 zu konsolidierende dauernde Beteiligungen;
- 11.2 eigene Aktien oder andere von der Bank selbst ausgegebene Beteiligungs-papiere sowie die als eigene Mittel angerechneten eigenen Forderungen mit Rangrücktritt in direktem oder indirektem Eigenbesitz;
- 11.3 keiner Aktivposition direkt zurechenbare aktive Kapitalaufrechnungs-differenzen.

b. Ausserbilanzgeschäfte

1. *0,05 Prozent:*

- 1.1 Forderungen aus festen Devisentermingeschäften einschliesslich Währungswaps mit einer Restlaufzeit bis zu einem Monat;
- 1.2 Nennwert ausserbörslich gehandelter fester Zinskontrakte (Zinsswaps auf der Basis einer einzigen Währung einschliesslich basis swaps, forward rate agreements, Zinssatz-Futures und ähnliche Instrumente);

2. *0,1 Prozent:*

- Forderungen aus festen Devisentermingeschäften einschliesslich Währungswaps mit einer Restlaufzeit von über einem Monat bis zu einem Jahr;

3. *0,3 Prozent:*

Forderungen aus festen Termingeschäften in Wertpapieren, Edelmetallen und Waren;

4. *0,5 Prozent:*

Forderungen aus festen Devisentermingeschäften einschliesslich Währungswaps mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr;

5. *1 Prozent:*

5.1 Indossamentsverpflichtungen aus Rediskontierungen;

5.2 Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen gegenüber Gemeinschaftseinrichtungen der Banken, die von der Bankenkommission anerkannt sind;

5.3 feste Übernahmезusagen bei Wertpapieremissionen abzüglich feste Zeichnungen;

6. *2 Prozent:*

6.1 Bietungsgarantien (bid bonds), Lieferungs- und Ausführungsgarantien (performance bonds), Anzahlungsgarantien und Bauhandwerkerbürgschaften;

6.2 Verpflichtungen aus Warenakkreditiven sowie aus Akkreditiven (standby letters of credit), die nicht zur Abdeckung des Delkredererisikos dienen;

7. *3 Prozent:*

gedeckte Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen, für die kein anderer Satz verlangt wird;

8. *4 Prozent:*

8.1 nicht in Anspruch genommene ungedeckte, unwiderrufliche Kreditzusagen einschliesslich note issuance facilities, revolving underwriting facilities und ähnlicher Instrumente mit fester Verpflichtung von über einem Jahr Restlaufzeit;

8.2 ungedeckte Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen, für die kein anderer Satz verlangt wird;

8.3 Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf den unter Wertschriften bilanzierten Aktien und anderen Beteiligungspapieren;

9. *6 Prozent:*

9.1 gedeckte Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos;

9.2 alle Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderruflichen Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos für Rechnung von Banken;

10. 8 Prozent:

ungedeckte Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos, ausser den in Ziffer 9.2 aufgeführten;

11. 25 Prozent:

Einzahlungs- oder Nachschussverpflichtungen auf den unter den dauernen Beteiligungen bilanzierten Aktien und anderen Beteiligungspapieren.

c. Offene Positionen**1. 10 Prozent:**

offene Devisenpositionen;

2. 20 Prozent:

offene Edelmetallpositionen;

3. Die Positionen in den Ziffern 1 und 2 umfassen die Bestände auf eigenes Risiko aller Bilanz-, Komptant-, Termin-, Options- und Futures-Geschäfte, wobei die Optionsgeschäfte mindestens mit dem Deltafaktor gewichtet werden.

² Nicht mit eigenen Mitteln unterlegt werden müssen:

- a. Kassa, Giro- und Postscheckguthaben;
- b. Wechsel und Geldmarktpapiere des Bundes und der Nationalbank (Schatzscheine, Geldmarktbuchforderungen, Pflichtlagerwechsel);
- c. unter den sonstigen Aktiven bilanzierte Edelmetalle.

³ Die Summe der erforderlichen eigenen Mittel vermindert sich:

- a. bei allen Banken um 6 Prozent der in den sonstigen Passiven bilanzierten Wertberichtigungen und Rückstellungen zur Abdeckung von Positionen, für welche eigene Mittel verlangt werden;
- b. bei den Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, um weitere 12,5 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel.

⁵ In Absatz 1 Buchstabe a gelten als:

a. OECD-Länder:

Länder, die Vollmitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind oder die mit dem Internationalen Währungsfonds in Verbindung mit dessen Allgemeinen Kreditvereinbarungen besondere Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben;

b. multilaterale Entwicklungsbanken:

1. die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD),
2. die Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation, IFC),

3. die Interamerikanische Entwicklungsbank (Inter American Development Bank, IADB),
4. die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, AsDB),
5. die Afrikanische Entwicklungsbank (African Development Bank, AfDB),
6. die Europäische Investitionsbank (European Investment Bank, EIB),
7. der Wiedereingliederungsfonds des Europarates (Council of Europe Resettlement Fund),
8. die Nordische Investitionsbank (Nordic Investment Bank),
9. die Karibische Entwicklungsbank (Caribbean Development Bank).

Art. 44 Bst. g

Der Revisionsbericht hat im einzelnen regelmässig zu folgenden Punkten, wenn nötig mit Zahlenangaben, eindeutig Stellung zu nehmen:

- g. Umfang und ordnungsgemässe Behandlung der Treuhandgeschäfte; Angemessenheit des Schutzes der Treugeber vor dem Risiko der Verrechnung ihrer Guthaben mit Forderungen des Empfängers des Treuhandgeschäftes gegen die Bank;

Anhang II Bst. A Ziff. 1.3, 1.5, 1.6, 1.7, 1.8, 1.9, 1.12, 2.2 und 2.4

1.3 Bankendebitoren auf Zeit

Als letztes Lemma wird neu eingefügt:

- Forderungen aus Akzeptkrediten und aufgeschobenen Zahlungen.

1.5 Kontokorrent-Debitoren ohne Deckung

Erstes Lemma aufgehoben.

1.6 Kontokorrent-Debitoren mit Deckung

Letztes Lemma aufgehoben.

1.7 Feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung

Im zweiten Absatz wird als zweites Lemma neu eingefügt:

- ungedeckte Forderungen aus Akzeptkrediten und aufgeschobenen Zahlungen.

1.8 Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung

Im zweiten Absatz wird als letztes Lemma neu eingefügt:

- gedeckte Forderungen aus Akzeptkrediten und aufgeschobenen Zahlungen.

1.9 Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften

Als dritter Absatz wird neu eingefügt:

Mitzählen sind:

- Forderungen aus Akzeptkrediten und aufgeschobenen Zahlungen.

1.12 Dauernde Beteiligungen

Abs. 1

Betrifft nur den französischen Text.

Als dritter Absatz wird neu eingefügt:

Forderungen gegenüber anderen Banken mit Rangrücktritt, sofern sie bei diesen als eigene Mittel angerechnet werden und

- allein oder zusammen mit den von der Bank gehaltenen Aktien und anderen Beteiligungspapieren 20 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel der anderen Banken übersteigen oder
- die Bank in anderer Weise die Möglichkeit hat, massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung der anderen Banken auszuüben.

2.2 Bankenkreditoren auf Zeit

Als letztes Lemma wird neu eingefügt:

- Verpflichtungen aus aufgeschobenen Zahlungen.

2.4 Kreditoren auf Zeit

Als letztes Lemma wird neu eingefügt:

- Verpflichtungen aus aufgeschobenen Zahlungen.

II

¹ Der Eigenmittelausweis, die Bilanz und der Revisionsbericht sind erstmals per 31. Dezember 1989 nach dieser Verordnung zu erstellen.

² Genügt eine Bank am 31. Dezember 1989 den Anforderungen dieser Änderung nicht, hat sie ihre eigenen Mittel bis am 31. Dezember 1991 auf den geforderten Stand zu bringen. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen ihre nach bisherigem Recht angerechneten eigenen Mittel jedoch nicht unter den nach bisherigem Recht geforderten Stand sinken. Die Bankenkommission kann die Frist zur Anpassung in besonderen Fällen verlängern.

III

Diese Änderung tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

4. Dezember 1989

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Delamuraz

Der Bundeskanzler: Buser

Annexe I

Ordonnance sur les banques

Modification du 4 décembre 1989

*Le Conseil fédéral suisse
arrête:*

I

L'ordonnance sur les banques du 17 mai 1972¹⁾ est modifiée comme il suit:

Art. 11, 1^{er} al., let. g, 3^e et 4^e al.

¹ Les fonds propres sont constitués par:

g. Jusqu'à 25 pour cent au plus des fonds propres exigibles et diminués dans les cinq dernières années avant le remboursement d'une part annuelle cumulée de 20 pour cent de la valeur nominale originale: les prêts accordés à la banque y compris les emprunts obligataires d'une durée originale de cinq ans au minimum, si par une déclaration écrite irrévocable ils prennent rang après les créances de tous les autres créanciers en cas de liquidation, de faillite ou de concordat et ne peuvent être ni compensés avec des créances de la banque ni garantis par des actifs de la banque.

³ Le 1^{er} alinéa, lettre g, ne s'applique pas aux banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton.

⁴ La banque est tenue d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque ses dettes de rang subordonné prises en compte comme fonds propres (1^{er} al., let. g) dépassent 15 pour cent des fonds propres exigibles.

Art. 12, 1^{er} al.

¹ La proportion minimale entre les fonds propres et l'ensemble des engagements est fixée d'après la valeur comptable des actifs, les opérations hors bilan et les positions ouvertes. Elle doit être maintenue en permanence.

Art. 13, 1^{er} à 3^e et 5^e al.

¹ Les fonds propres doivent atteindre au moins les pourcentages suivants de la valeur comptable des positions énumérées ci-après:

¹⁾ RS 952.02; RO 1989 1772

*a. Actifs*1. *2 pour cent:*

- 1.1 des effets de change et papiers monétaires ainsi que des titres à revenu fixe des collectivités suisses de droit public;
 - 1.2 des effets de change et papiers monétaires de la Banque des Règlements Internationaux ainsi que des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE;
 - 1.3 des titres à revenu fixe de la Banque des Règlements Internationaux ainsi que des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE, lorsqu'ils sont négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés;
 - 1.4 des avances et prêts à terme fixe garantis selon la loi fédérale du 26 septembre 1958¹⁾ sur la garantie contre les risques à l'exportation;
 - 1.5 des avoirs en banque ainsi que des avances et prêts à terme fixe jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle et garantis par des papiers-valeurs selon les chiffres 1.2 et 1.3;
 - 1.6 des crédits en comptes courants et prêts à des collectivités suisses de droit public;
 - 1.7 des placements hypothécaires sur des immeubles des collectivités suisses de droit public;
 - 1.8 des lettres de gage suisses;
2. *4 pour cent:*
 - 2.1 des avoirs en banque jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 1.5;
 - 2.2 de tous les avoirs en banque auprès de la Banque des Règlements Internationaux, des banques centrales dans les pays de l'OCDE ainsi qu'auprès des banques multilatérales de développement;
 - 2.3 des effets de change et papiers monétaires ainsi que des titres à revenu fixe des collectivités de droit public des pays de l'OCDE, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 1.2 et 1.3, ainsi que ceux des banques multilatérales de développement;
 - 2.4 des effets de change et papiers monétaires de banques jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle;
 - 2.5 des comptes courants débiteurs garantis par gage sur des immeubles en Suisse jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale;
 - 2.6 des avances et prêts à terme fixe garantis par gage sur des immeubles en Suisse jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale;

¹⁾ RS 946.11

- 2.7 des crédits en comptes courants et prêts à des collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE;
 - 2.8 des placements hypothécaires sur des immeubles suisses jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 1.7;
 - 2.9 des titres à revenu fixe de banques suisses;
3. *6 pour cent:*
- 3.1 des avoirs en banque auprès de banques avec siège principal dans les pays de l'OCDE au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 2.2;
 - 3.2 des effets de change et papiers monétaires de banques avec siège principal dans les pays de l'OCDE au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 2.3;
 - 3.3 des comptes courants débiteurs gagés, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 2.5;
 - 3.4 des avances et prêts à terme fixe gagés, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 1.4, 1.5 et 2.6;
 - 3.5 des placements hypothécaires, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 1.7 et 2.8;
4. *7 pour cent:*
- 4.1 des effets de change et papiers monétaires, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 1.1, 1.2, 2.3, 2.4 et 3.2;
 - 4.2 des crédits en comptes courants et prêts à des collectivités étrangères de droit public hors des pays de l'OCDE;
 - 4.3 des titres à revenu fixe, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 1.1, 1.3, 2.3 et 2.9;
5. *8 pour cent:*
- 5.1 des avoirs en banque auprès de banques avec siège principal hors des pays de l'OCDE au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 2.2;
 - 5.2 des comptes courants débiteurs en blanc;
 - 5.3 des avances et prêts à terme fixe en blanc;
 - 5.4 des autres actifs, à l'exception de ceux indiqués aux chiffres 7.3 et 10;
 - 5.5 des actifs résultant des différences de compensation;
6. *10 pour cent:*
- 6.1 des actions, des autres titres de participation et des parts de fonds de placement cotés et comptabilisés sous titres, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 11.2;

- 6.2 des créances de rang postérieur résultant de titres cotés, comptabilisées sous titres, à l'exception de celles indiquées au chiffre 11.2;
7. *20 pour cent:*
- 7.1 des actions, des autres titres de participation et des parts de fonds de placement non cotés et comptabilisés sous titres, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 11.2;
- 7.2 des immeubles à l'usage de la banque;
- 7.3 des monnaies étrangères comptabilisées sous autres actifs;
- 7.4 des créances de rang postérieur non comptabilisées sous participations permanentes, à l'exception de celles indiquées aux chiffres 6.2 et 11.2;
8. *30 pour cent:*
- des autres immeubles;
9. *40 pour cent:*
- des participations permanentes qui ne doivent pas être consolidées;
10. *50 pour cent:*
- du mobilier, des installations, des marchandises et des investissements à amortir capitalisés à l'actif;
11. *100 pour cent:*
- 11.1 des participations permanentes qui doivent être consolidées;
- 11.2 des propres actions de la banque ou des autres titres de participation émis par la banque elle-même, ainsi que des propres créances de rang postérieur prises en compte comme fonds propres, qu'elle détient directement ou indirectement;
- 11.3 des différences actives qui résultent de l'élimination des participations qui ne peuvent être attribuées directement à aucun poste de l'actif.

b. Opérations hors bilan

1. *0,05 pour cent:*
- 1.1 des créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur devises, y compris les swaps sur devises, d'une durée d'échéance résiduelle jusqu'à un mois;
- 1.2 de la valeur nominale des contrats fermes sur intérêts traités hors bourse (swaps sur intérêts sur la base d'une seule devise y compris les swaps de base, forward rate agreements, futures sur taux d'intérêt et instruments semblables);
2. *0,1 pour cent:*
- des créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur devises, y compris les swaps sur devises, d'une durée d'échéance résiduelle au-delà d'un mois jusqu'à un an;

3. *0,3 pour cent:*

des créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur papiers-valeurs, métaux précieux et marchandises;

4. *0,5 pour cent:*

des créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur devises, y compris les swaps sur devises, d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'un an;

5. *1 pour cent:*

5.1 des engagements par endossement d'effets réescomptés;

5.2 des engagements par cautionnements et par garanties envers des établissements créés en commun par les banques et agréés par la Commission des banques;

5.3 des engagements fermes de reprise lors de l'émission de papiers-valeurs, déduction faite des souscriptions fermes;

6. *2 pour cent:*

6.1 des garanties de soumission (bid bonds), des garanties de livraison et d'exécution (performance bonds), des garanties de remboursement d'acomptes et des garanties pour les défauts de l'ouvrage;

6.2 des engagements résultant d'accréditifs sur marchandises et d'accréditifs (standby letters of credit) qui n'assurent pas le risque du ducroire;

7. *3 pour cent:*

des engagements par avals, cautionnements et garanties couverts pour lesquels aucun autre taux n'est applicable;

8. *4 pour cent:*

8.1 des limites de crédits non couvertes et irrévocables, y compris les note issuance facilities, les revolving underwriting facilities et les instruments semblables avec un engagement ferme d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'un an;

8.2 des engagements par avals, cautionnements et garanties non couverts pour lesquels aucun autre taux n'est applicable;

8.3 des engagements de libérer ou de faire des versements supplémentaires pour les actions et les autres titres de participation comptabilisés sous titres;

9. *6 pour cent:*

9.1 des engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que des garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) couverts assurant le risque du ducroire;

9.2 de tous les engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que des garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) assurant le risque du ducroire pour le compte de banques;

10. *8 pour cent:*

des engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que des garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) non couverts assurant le risque du ducroire, à l'exception de ceux indiqués au chiffre 9.2;

11. *25 pour cent:*

des engagements de libérer ou de faire des versements supplémentaires pour les actions et les autres titres de participation comptabilisés sous participations permanentes.

c. *Positions ouvertes*

1. *10 pour cent:*

des positions ouvertes en devises;

2. *20 pour cent:*

des positions ouvertes en métaux précieux;

3. Les positions des chiffres 1 et 2 comprennent les montants de toutes les opérations au bilan, au comptant, à terme, sur options ou futures faites pour propre risque; les opérations sur options sont évaluées au moins au facteur delta.

² Des fonds propres ne sont pas exigés pour:

- a. Les avoirs en caisse, en compte de virement et de chèques postaux;
- b. Les effets de change et les papiers monétaires de la Confédération et de la Banque nationale (bons du trésor, créances comptables à court terme, effets de stocks obligatoires);
- c. Les métaux précieux comptabilisés sous autres actifs.

³ Du total des fonds propres exigibles sont déduits:

- a. Pour toutes les banques, 6 pour cent des correctifs de valeur et provisions figurant sous autres passifs en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés;
- b. Pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton, 12,5 pour cent supplémentaires des fonds propres exigibles.

⁵ Selon le 1^{er} alinéa, lettre a, il faut entendre:

a. Par pays de l'OCDE:

les pays membres à part entière de l'organisation de coopération et de développement économiques ou les pays qui ont conclu des accords spéciaux de prêt avec le Fonds Monétaire International dans le cadre de ses Accords généraux d'emprunt;

b. Par banques multilatérales de développement:

1. la Banque Internationale pour la Reconstruction et le Développement (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD),
2. la Société Financière Internationale (International Finance Corporation, IFC),
3. la Banque Interaméricaine de Développement (Inter American Development Bank, IADB),
4. la Banque Asiatique de Développement (Asian Development Bank, AsDB),
5. la Banque Africaine de Développement (African Development Bank, AfDB),
6. la Banque Européenne d'Investissement (European Investment Bank, EIB),
7. le Fonds de Rétablissement du Conseil de l'Europe (Council of Europe Resettlement Fund),
8. la Banque Nordique d'Investissement (Nordic Investment Bank),
9. la Banque de Développement des Caraïbes (Caribbean Development Bank).

Art. 44, let. g

Dans son rapport, l'organe de révision s'exprimera clairement sur chacun des points suivants, en donnant au besoin des indications chiffrées:

- g. L'ampleur et l'exécution correcte des opérations fiduciaires; l'adéquation de la protection du fiduciant par rapport au risque de compensation de ses avoirs avec des créances du bénéficiaire envers la banque;

Annexe II, let. A, ch. 1.3, 1.5, 1.6, 1.7, 1.8, 1.9, 1.12, 2.2 et 2.4

1.3 Avoirs en banque à terme

Un dernier tiret est ajouté:

- Les créances résultant d'acceptations et paiements différés.

1.5 Comptes courants débiteurs en blanc

Le premier tiret est supprimé.

1.6 Comptes courants débiteurs gagés

Le troisième tiret est supprimé.

1.7 Avances et prêts à terme fixe en blanc

Un second tiret est ajouté au deuxième alinéa:

- Les créances non couvertes résultant d'acceptations et paiements différés.

1.8 Avances et prêts à terme fixe gagés

Un dernier tiret est ajouté au deuxième alinéa:

- Les créances couvertes résultant d'acceptations et paiements différés.

1.9 Crédits en compte courant et prêts à des collectivités de droit public

Un troisième alinéa est ajouté:

Notamment:

- Les créances résultant d'acceptations et paiements différés.

1.12 Participations permanentes

1^{er} al.

Le terme «prépondérante» est remplacé par «notable».

Comme troisième alinéa est inséré:

Les créances envers d'autres banques, de rang postérieur, dans la mesure où elles sont prises en compte par celles-ci comme fonds propres et

- si, prises seules ou ensemble avec des actions et d'autres titres de participation détenus par la banque, elles dépassent 20 pour cent des fonds propres exigibles des autres banques ou
- si la banque a la possibilité d'exercer d'une autre manière une influence notable sur la gestion des autres banques.

2.2 Engagements en banque à terme

Un dernier tiret est ajouté:

- Les engagements résultant de paiements différés.

2.4 Crédanciers à terme

Un dernier tiret est ajouté:

- Les engagements résultant de paiements différés.

II

¹ L'état des fonds propres, le bilan et le rapport de révision seront établis conformément à la présente ordonnance pour la première fois au 31 décembre 1989.

² Si une banque ne peut satisfaire aux exigences de cette modification au 31 décembre 1989, elle portera ses fonds propres au montant exigé jusqu'au 31 décembre 1991. Jusqu'à cette date, ses fonds propres ne pourront toutefois être inférieurs au montant exigé par le droit antérieur. La Commission des banques peut proroger le délai d'adaptation dans certains cas particuliers.

III

La présente modification entre en vigueur le 1^{er} janvier 1990.

4 décembre 1989

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, Delamuraz

Le chancelier de la Confédération, Buser

33321

Anhang II

Annexe II

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Bank – banque

Stichtag – clôture

Bilanzposten Rubriques du bilan	A) Aktiven	A) Actifs	Buchwert Valeur comptable	Unterliegungs- sätze/Taux appliqués	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
					Zeile 01
				%	Zeile 02
1.1	Kassa, Giro- und Postcheck-guthaben	<i>Caisse, comptes de virement et comptes de chèques postaux</i>	<u>01</u>	—	—
1.2/ 1.3	Bankdebitorenen	Avoirs en banque			
	a) ohne Rangrücktritt	a) sans postériorité de rang			
	– mit Restlaufzeit bis zu 90 Tagen und Deckung durch Wertpapiere gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1.2 und 1.3 BankV ¹)	– jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle et garantie par des papiers-valeurs selon art. 13 al. 1 let. a, ch. 1.2 et 1.3 OB ¹)	<u>02</u>	2	<u>01</u>
	– BIZ, Zentralbanken in OECD-Ländern sowie multilaterale Entwicklungsbanken	– Banques des Réglements Internationaux, banques centrales dans les pays de l'OCDE ainsi que banques multilatérales de développement	<u>03</u>	4	<u>02</u>
	– Übrige bis 90 Tage Restlaufzeit	– autres jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle	<u>04</u>	4	<u>03</u>
	über 90 Tage Restlaufzeit	– au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle			
	– Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern	– banques avec siège principal dans un pays de l'OCDE	<u>05</u>	6	<u>04</u>
	– Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern	– banques avec siège principal hors d'un pays de l'OCDE	<u>06</u>	8	<u>05</u>
	b) mit Rangrücktritt	b) avec postériorité de rang	<u>07</u>	20	<u>06</u>
			Total 1.2/1.3		
			<u>08</u>		
1.4	Wechsel und Geldmarktpapiere	Effets de change et papiers monétaires			
	a) – Bund, Nationalbank (Schatzscheine, Geldmarktbuchforderungen, Pflichtlagerwechsel)	a) – Confédération, Banque nationale (bons du Trésor, créances comparables à court terme, effets de stocks obligatoires)	<u>09</u>	—	—
	– BIZ, Zentralbanken und Zentralregierungen in OECD-Ländern	– Banques des Réglements Internationaux, administrations centrales et banques centrales dans les pays de l'OCDE	<u>10</u>	2	<u>07</u>
	b) Inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften	b) collectivités suisses de droit public	<u>11</u>	2	<u>08</u>
	c) Übrige öffentlich-rechtliche Körperschaften in OECD-Ländern und multilaterale Entwicklungsbanken	c) autres collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE et banques multilatérales de développement	<u>12</u>	4	<u>09</u>
	d) Banken	d) banques			
	– bis 90 Tage Restlaufzeit	– jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle	<u>13</u>	4	<u>10</u>
	– über 90 Tage Restlaufzeit	– au-delà de 90 jours d'échéance résiduelle			
	– Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern	– banques avec siège principal dans un pays de l'OCDE	<u>14</u>	6	<u>11</u>
	– Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern	– banques avec siège principal hors d'un pays de l'OCDE	<u>15</u>	7	<u>12</u>
	e) Übrige	e) autres	<u>16</u>	7	<u>13</u>
			Total 1.4		
			<u>17</u>		
			Übertrag / à reporter		

¹) Wechsel und Geldmarktpapiere der BIZ, von Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern sowie an einem organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelter festverzinsliche Wertpapiere der BIZ, von Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern. – Effets de change et papiers monétaires de la Banque des Réglements Internationaux, des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE, ainsi que titres à revenu fixe de la Banque des Réglements Internationaux, des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE qui sont négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés.

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – *Etablissement consolidé*

Bilanzposition Rubriques du bilan	A) Aktiven	A) Actifs	Buchwert Valeur comptable	Unterliegungs- sätze/Taux appliqués	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles		
					Zeile 03	%	Zeile 04
Übertrag / Report							
1.5	Kontokorrent-Debitoren ohne Deckung	Comptes courants débiteurs en blanc			01	8	01
	a) ohne Rangrücktritt	a) sans postériorité de rang			02	20	02
	b) mit Rangrücktritt	b) avec postériorité de rang			03		
			Total 1.5				
1.6	Kontokorrent-Debitoren mit Deckung	Comptes courants débiteurs gagés			04	4	03
	a) Hypothekarische Deckung auf inländischen Liegenschaften bis zu ½ des Verkehrswertes	a) garantis par gage sur des immeu- bles en Suisse jusqu'aux ½ de la valeur vénale			05	6	04
	b) Übrige	b) autres			06		
			Total 1.6				
1.7	Feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung	Avances et prêts à terme fixe en blanc			07	8	05
	a) ohne Rangrücktritt	a) sans postériorité de rang			08	20	06
	b) mit Rangrücktritt	b) avec postériorité de rang			09		
			Total 1.7				
1.8	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	Avances et prêts à terme fixe gagés			10	2	07
	a) mit Restlaufzeit bis zu 90 Tagen und Deckung durch Wertpapiere gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1.2 und 1.3 BankV ¹)	a) jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle et garantis par des papiers-valeurs selon art. 13 al. 1 let. a, ch. 1.2 et 1.3 OB ¹)			11	2	08
	b) ERG-gedeckte Exportkredite	b) Crédits à l'exportation garantis selon la GRE			12	4	09
	c) Hypothekarische Deckung auf inländischen Liegenschaften bis zu ½ des Verkehrswertes	c) garantis par gage sur des immeu- bles en Suisse jusqu'aux ½ de la valeur vénale			13	6	10
	d) Übrige	d) autres			14		
			Total 1.8				
1.9	Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	Crédits en comptes courants et prêts à des collectivités de droit public			15	2	11
	a) Inländische	a) suisses			16	2	12
	b) mit Restlaufzeit bis zu 90 Tagen und Deckung durch Wertpapiere gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1.2 und 1.3 BankV ¹)	b) jusqu'à 90 jours d'échéance résiduelle et garantis par des papiers-valeurs selon art. 13 al. 1 let. a, ch. 1.2 et 1.3 OB ¹)			17	4	13
	c) in OECD-Ländern	c) dans les pays de l'OCDE			18	7	14
	d) in übrigen Ländern	d) dans les autres pays			19		
			Total 1.9				
	Übertrag / à reporter						

¹) Wechsel und Geldmarktpapiere der BIZ, von Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern sowie an einem organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelte festverzinsliche Wertschriften der BIZ, von Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern. – Effets de change et papiers monétaires de la Banque des Règlements Internationaux, des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE, ainsi que titres à revenu fixe de la Banque des Règlements Internationaux, des administrations centrales et des banques centrales dans les pays de l'OCDE qui sont négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés.

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

Bilanzposition Rubriques du bilan	A) Aktiven	A) Actifs	Buchwert Valeur comptable	Unterlegungs- sätze/Taux appliquables	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
					Zeile 06
Übertrag / Report					
1.10	Hypothekanlagen	Placements hypothécaires			
	a) Inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften	a) collectivités suisses de droit public	01	2	01
	b) auf inländischen Liegenschaften bis zu $\frac{1}{2}$ des Verkehrswertes	b) sur des immeubles en Suisse jusqu'aux $\frac{1}{2}$ de la valeur vénale	02	4	02
	c) Übrige	c) autres	03	6	03
		Total 1.10	04		
1.11	Wertschriften	Titres			
	a) Festverzinsliche	a) à revenu fixe			
	– Inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften und inländische Pfandbriefe	– collectivités suisses de droit public et lettres de gage suisses	05	2	04
	– BIZ, Zentralbanken und Zentralregierungen in OECD-Ländern ²⁾	– Banques des Réglements Internationaux, administrations centrales et banques centrales dans les pays de l'OCDE ²⁾	06	2	05
	– Übrige öffentlich-rechtliche Körperschaften in OECD-Ländern und multilaterale Entwicklungsbanken	– autres collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE et banques multilatérales de développement	07	4	06
	– Inländische Banken	– banques suisses	08	4	07
	– Übrige	– autres	09	7	08
	b) Forderungen mit Rangrücktritt aus	b) créances de rang postérieur			
	– kotierten Wertpapieren	– résultant de titres cotés	10	10	09
	– nicht kotierten Wertpapieren	– résultant de titres non cotés	11	20	10
	– eigenen Wertpapieren in direktem oder indirektem Eigenbesitz soweit als eigene Mittel angerechnet	– résultant de propres titres détenus directement ou indirectement et pris en compte comme fonds propres	12	100	11
	c) Aktien, Anlagefondsanteile und andere Beteiligungs papiere	c) actions, parts de fonds de placement et autres titres de participation			
	– Kotierte	– cotés	13	10	12
	– Nicht kotierte	– non cotés	14	20	13
	– Eigene Aktien und andere Beteiligungs papiere in direktem oder indirektem Eigenbesitz	– propres titres en propriété ou autres titres de participation détenus directement ou indirectement	15	100	14
		Total 1.11	16		
	Übertrag / à reporter				

²⁾ Sofern an einem organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelt (sonst mit 4 % zu unterlegen). – Dans la mesure où ils sont négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés (dans tous les autres cas, le taux de 4 % est applicable).

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

Bilanzposition Rückgrat du bilan	A) Aktiven	A) Actifs	Buchwert Valeur comptable	Unterlagen- sätze / Tax appliqués	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
			Zeile 07	%	Zeile 08
Übertrag/Report					
1.12	Dauernde Beteiligungen	Participations permanentes			
	a) Nicht zu konsolidierende	a) à ne pas consolider	01	40	01
	b) Forderungen gegenüber nicht zu konsolidierenden anderen Banken mit Rangrücktritt ³⁾	b) créances de rang postérieur envers d'autres banques à ne pas consolider ³⁾	02	40	02
	c) Zu konsolidierende	c) à consolider	03	100	03
	d) Forderungen gegenüber zu konsolidierenden Banken mit Rangrücktritt ⁴⁾	d) créances de rang postérieur auprès de banques à consolider ⁴⁾	04	100	04
	e) Aktive Kapitalaufrechnungs-differenz	e) différences actives qui résultent de l'élimination des participations	05	100	05
			06		
			Total 1.12		
1.13	Bankgebäude	Immeubles à l'usage de la banque	07	20	06
1.14	Andere Liegenschaften	Autres immeubles	08	30	07
1.15	Sonstige Aktiven	Autres actifs			
	a) Edelmetalle	a) métaux précieux	09	–	–
	b) Fremde Geldsichten, sofern nicht unter Position 1.1	b) monnaies étrangères en tant qu'elles ne figurent pas sous chiffre 1.1	10	20	08
	c) Mobilien, Einrichtungen, Waren und abschreibungspflichtige Aktivierungen	c) mobilier, installations, marchandises et investissements à amortir capitalisés à l'actif	11	50	09
	d) Übrige	d) autres	12	8	10
			Total 1.15	13	
1.16	Nicht einbezahltes Kapital	Capital non libéré	14	–	–
1.17	Saldo der Erfolgsrechnung (Verlustvortrag)	Solde du compte de pertes et profits (perte reportée)	15	–	–
	Aktive Verrechnungsdifferenz	Actifs résultant des différences de compensation	16	8	11
1.18	Bilanzsumme (Positionen 1.1–1.17)	Total du bilan (chiffres 1.1–1.17)	17		
	Total Erfordernis A) Aktiven	Total fonds propres exigibles A) Actifs			12

³⁾ Sofern bei diesen als eigene Mittel angerechnet und

– die Forderungen mit Rangrücktritt allein oder zusammen mit den von der Bank gehaltenen Aktien und anderen Beteiligungspapieren 20 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel der anderen Banken übersteigen oder

– die Bank in anderer Weise die Möglichkeit hat, massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung der anderen Banken auszuüben.

Dans la mesure où elles sont prises en compte par ces banques comme fonds propres et

- si les créances de rang postérieur, prises seules ou ensemble avec des actions et d'autres titres de participation détenus par la banque, dépassent 20% des fonds exigibles des autres banques ou
- si la banque a la possibilité d'exercer d'une autre manière une influence notable sur la gestion des autres banques.

⁴⁾ Sofern bei diesen als eigene Mittel angerechnet. – Dans la mesure où elles sont prises en compte par ces banques.

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – *en milliers de francs*)

Institut konsolidiert – *Etablissement consolidé*

Bilanzposition Bilanz- Rücksicht auf Risiken	B) Ausserbilanzgeschäfte	B) Opérations hors bilan	Buchwert Valeur comptable	Unterlegungs- sätze/faux aspirables	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
			Zeile 09	%	Zeile 10
1.1	Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie Verpflichtungen aus Akkreditiven	Engagements par avals, cautionnements et garanties, ainsi qu'engagements résultant d'accréditifs			
a)	Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen gegenüber von der EBK anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken . . ./. abzüglich Unterbeteiligungen . . ./. Total a)	a) Engagements par cautionnements et garanties envers des établissements créés en commun par les banques et agréés par la CFB . . ./. moins sous-participations . . ./. Total a)	01 02 03	1	01
b)	Bietungsgarantien (bid bonds), Lieferungs- und Ausführungsgarantien (performance bonds), Auszahlungsgarantien und Bauhandwerkerbürgschaften, Verpflichtungen aus Waren-Akkreditiven sowie aus Akkreditiven (standby letters of credit), die nicht zur Abdeckung des Delkredererisikos dienen . . ./. abzüglich Unterbeteiligungen . . ./. Total b)	b) garanties de soumission (bid bonds), garanties de livraison et d'exécution (performance bonds), garanties de remboursement d'acomptes et garanties pour les défauts de l'ouvrage, engagements résultants d'accréditifs sur marchandises et d'accréditifs (standby letters of credit) qui n'assurent pas le risque du ducreire moins sous-participations . . ./. Total b)	04 05 06	2	02
c)	Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredere-Risikos – Banken . . ./. abzüglich Unterbeteiligungen . ./. Total c) Banken . . ./. – Übrige gedeckt . . ./. abzüglich Unterbeteiligungen . ./. Total c) übrige gedeckt . . ./. – Übrige ungedeckt . . ./. abzüglich Unterbeteiligungen . ./. Total c) übrige ungedeckt . . ./. Total c) andere couverts . . ./. Total c) autres non couverts . . ./. Übertrag / à reporter	c) Engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) couverts assurant le risque du ducreire – banques . . ./. moins sous-participations . . ./. Total c) banques . . ./. – autres couverts . . ./. moins sous-participations . . ./. Total c) autres couverts . . ./. – autres non couverts . . ./. moins sous-participations . . ./. Total c) autres non couverts . . ./. Übertrag / à reporter	07 08 09 10 11 12 13 14 15	6 6 8	03 04 05

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

Bilanzposition Rubriques du bilan	B) Ausserbilanzgeschäfte	B) Opérations hors bilan	Buchwert Valeur comptable	Umlaufungs- sätze Taxe appliquées	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
			Zeile 11	%	Zeile 12
		Übertrag / Report			
	d) Übrige	d) autres			
	– gedeckt	– couverts	01		
	abzüglich Unterbeteiligungen ./. .	moins sous-participations	02		
	Total d) übrige gedeckt	Total d) autres couverts	03	3	01
	– ungedeckt	– non couverts	04		
	abzüglich Unterbeteiligungen ./. .	moins sous-participations	05		
	Total d) übrige ungedeckt	Total d) autres non couverts	06	4	02
			07		
			Total 1.1		
1.2	Indossamentsverpflichtungen aus Rediskontierungen	Engagements par endossement d'effets réescomptés	08	1	03
1.3	Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf Aktien und anderen Beteiligungspapieren	Engagements de libérer ou de faire des versements supplémentaires pour les actions et les autres titres de participation			
	a) mit Beteiligungscharakter (unter Dauernde Beteiligungen bilanziert)	a) avec caractère de participation (comptabilisés sous participations permanentes)	09	25	04
	b) ohne Beteiligungscharakter (unter Wertschriften bilanziert)	b) sans caractère de participation (comptabilisés sous titres)	10	4	05
			11		
			Total 1.3		
1.4	Forderungen aus festen Termingeschäften in:	Créances résultant d'opérations fermes, à terme:			
	a) Wertpapiere und Edelmetalle	a) papiers-valeurs et métaux précieux	12	0,3	06
	b) Waren	b) marchandises	13	0,3	07
			14		
			Total 1.4		
	Nennwert ausserbörslich gehandelter fester Zinskontakte ¹⁾	Valeur nominale des contrats fermes sur intérêts traités hors bourse ¹⁾	15	0,05	08
	Forderungen aus festen Devisentermingeschäften einschliesslich Währungsswaps mit Restlaufzeiten	Créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur devises, y compris les swaps sur devises, avec durée résiduelle			
	– bis 1 Monat	– jusqu'à 1 mois	16	0,05	09
	– über 1 Monat bis 1 Jahr	– au delà d'1 mois et jusqu'à 1 an	17	0,1	10
	– über 1 Jahr	– de plus d'1 an	18	0,5	11
			19		
			Übertrag / à reporter		

¹⁾ Zinsswaps auf der Basis einer einzigen Währung einschliesslich basis swaps, forward rate agreements, ausserbörslich gehandelter Zinssatz-Futures und ähnliche Instrumente. Swaps sur intérêts sur la base d'une seule devise, y compris les swaps de base, forward rate agreements, futures sur taux d'intérêt traités hors bourse et instruments semblables.

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

Bilanzposition Rückzüge du bilan	B) Ausserbilanzgeschäfte C) Offene Positionen	B) Opérations hors bilan C) Positions ouvertes	Buchwert Valeur comptable	Unterliegungs- sätze / taux applicables	Erforderliche eigene Mittel Fonds propres exigibles
			Zeile 13	%	Zeile 14
		Übertrag / Report			
Nicht in Anspruch genommene, ungedeckte unwiderrufliche Kreditzusagen inkl. note issuance facilities, revolving underwriting facilities und ähnliche Instrumente, mit fester Verpflichtung von über 1 Jahr Restlaufzeit		<i>Limites de crédits non couverts et irrévocables, y compris les note issuance facilities, les revolving underwriting facilities et les instruments semblables avec un engagement ferme d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'1 an</i>			
abzüglich Unterbeteiligungen/.		<i>moins sous-participations/.</i>			
		Total			
Feste Übernahmезusagen bei Wertpapier-Emissionen		<i>Engagements fermes de reprise lors de l'émission de papiers-valeurs</i>			
abzüglich feste Zeichnungen/.		<i>moins souscriptions fermes/.</i>			
		Total			
Total Erfordernis B) Ausserbilanzgeschäfte		<i>Total exigences B) opérations hors bilan</i>			
C) Offene Positionen		<i>C) Positions ouvertes</i>			
Offene Devisenpositionen (Bestand auf eigenes Risiko, inkl. fremde Sorten) ^{a)}		<i>Positions ouvertes en devises (pour propre risque, y compris monnaies étrangères)^{a)}</i>			
a) Short		<i>a) Short</i>			
b) Long		<i>b) Long</i>			
		Total			
Offene Edelmetallpositionen (Bestand auf eigenes Risiko) ^{a)}		<i>Positions ouvertes en métaux précieux (pour propre risque)^{a)}</i>			
a) Short		<i>a) Short</i>			
b) Long		<i>b) Long</i>			
		Total			
Total Erfordernis C) Offene Positionen		<i>Total exigences C) positions ouvertes</i>			
Total Erfordernis A) + B) + C)		<i>Total exigences A) + B) + C)</i>			
Zwischenbilanz		<i>Total intermédiaire</i>			
./. 12,5%iger Abzug für Kantonalbanken mit Staatsgarantie (Art. 13 Abs. 3 Bst. b BankV)		<i>./. déduction de 12,5 % pour les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton (art. 13 al. 3 let. b OB)</i>			
./. 6%iger Abzug auf in den Sonstigen Passiven bilanzierten Wertberichtigungen und Rückstellungen (ohne stille Reserven gemäss Art. 11 Abs. 1 Bst. f BankV) zur Abdeckung von Positionen, für welche eigene Mittel verlangt werden		<i>./. déduction de 6 % des correctifs de valeur et provisions figurant sous «autres passifs» (non compris les réserves latentes selon art. 11 al. 1 let. f OB) en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés</i>			
		13	./. 6		
I Gesamterfordernis eigene Mittel (gemäss Art. 12 und 13 BankV)		<i>Total fonds propres exigibles (selon art. 12 et 13 OB)</i>			

^{a)} Die Positionen umfassen die Bestände auf eigenes Risiko aller Bilanz-, Komptant-, Termin-, Options- und Futures-Geschäfte, wobei die Optionsgeschäfte mindestens mit dem Deltafaktor gewichtet werden. – Les positions comprennent les montants de toutes les opérations au bilan, au comptant, à terme, sur options ou futures faites pour propre risque; les opérations sur options sont évaluées au moins au facteur delta.

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

		Erforderliche/ vorhandene eigene Mittel <i>Fonds propres exigibles/ existants</i>
		Zeile 15
I	Erforderliche eigene Mittel (gemäss Pos. I, Seite 7)	Fonds propres exigibles (selon pos. I, page 7)
	a) Verschärfungen	a) renforcements + (selon art. 4 al. 3 LB)
	b) Erleichterungen	b) allégements / (selon art. 4 al. 3 LB)
	Total I: Erforderliche eigene Mittel	Total I: Fonds propres exigibles
II	Vorhandene eigene Mittel (gemäss Art. 11 BankV)	Fonds propres existants (selon art. 11 OB)
	a) einbezahltes Kapital	a) capital libéré
	b) 50% der Nachschusspflicht von Genossenschaftern	b) 50% du montant de l'engagement de paiement des sociétaires
	c) Gemeindegarantie	c) montant garanti par des communes
	d) nachrangige Darlehen unbeschränkt haftender Gesellschafter	d) engagement de rang postérieur des associés indéfiniment responsables
	e) offene Reserven, einschliesslich Gewinnvortrag	e) réserves apparentes, y compris le bénéfice reporté
	f) stille Reserven	f) réserves latentes
	g) nachrangige Darlehen gemäss Art. 11 Abs. 1 bis höchstens 25% der erforderlichen eigenen Mittel ⁷⁾	g) engagements de rang postérieur selon art. 11 al. 1, jusqu'à maximum 25 % des fonds propres exigibles ⁷⁾
	h) Passive Kapitalaufrechnungs-differenzen	h) différences passives qui résultent de l'élimination des participations
	Zwischentotal	Total intermédiaire
	./. ungedeckter Rückstellungsbedarf oder Verlustvortrag vom Vorjahr/. découvert des provisions nécessaires ou perte reportée
	Total II: Vorhandene eigene Mittel	Total II: Fonds propres existants
III	Mehrbetrag	Surplus
	Fehlbetrag	Déficit

⁷⁾ Die Anrechnung nachrangiger Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen vermindert sich in den letzten fünf Jahren vor der Rückzahlung um einen kumulativen Abzug von jährlich 20 Prozent des ursprünglichen Nominalbetrages (Nachweis der anrechenbaren nachrangigen Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen gemäss Seite 9). – La prise en compte du montant des prêts et emprunts obligataires de rang postérieur est diminuée dans les cinq dernières années qui précèdent le remboursement d'une part annuelle cumulée de vingt pour cent de la valeur nominale initiale (justification des prêts et emprunts obligataires de rang postérieur selon page 9).

Datum – date

Unterschrift der Bank – signature de la banque

Berechnung der notwendigen eigenen Mittel

Calcul des fonds propres exigibles

(in tausend Franken – en milliers de francs)

Institut konsolidiert – Etablissement consolidé

Nachweis nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen

Justification des prêts et emprunts obligataires de rang postérieur accordés à la banque

		Zeile 16	%	Zeile 17
Ausstehende nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen:	<i>Emprunts obligataires et prêts accordés à la banque, de rang postérieur:</i>			
– mit Restlaufzeit von 5 Jahren und länger	– avec durée d'échéance résiduelle de 5 ans et plus	01	100	01
– mit Restlaufzeit unter 5 Jahren	– avec durée d'échéance résiduelle de moins de 5 ans	02	80	02
– mit Restlaufzeit unter 4 Jahren	– avec durée d'échéance résiduelle de moins de 4 ans	03	60	03
– mit Restlaufzeit unter 3 Jahren	– avec durée d'échéance résiduelle de moins de 3 ans	04	40	04
– mit Restlaufzeit unter 2 Jahren	– avec durée d'échéance résiduelle de moins de 2 ans	05	20	05
– mit Restlaufzeit unter 1 Jahr	– avec durée d'échéance résiduelle de moins de 1 an	06	0	—
Total nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen gemäss Bilanz	<i>Total emprunts obligataires et prêts accordés à la banque, de rang postérieur, selon bilan</i>	07		
Total anrechenbare nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationen- anleihen	<i>Total des emprunts obligataires et prêts accordés à la banque, de rang postérieur, qui peut être pris en compte</i>			06

Als OECD-Länder gelten gemäss Art. 13 Abs. 5 Bst. a BankV:

- Länder, die Vollmitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind (Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika).
- Länder, die nicht OECD-Vollmitglieder sind, jedoch mit dem internationalen Währungsfonds in Verbindung mit dessen Allgemeinen Kreditvereinbarungen besondere Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben. Zur Zeit handelt es sich nur um Saudiarabien. Allfällige spätere Ergänzungen werden den Banken und Revisionsstellen durch Rundschreiben der Eidg. Bankenkommission mitgeteilt.

Als multilaterale Entwicklungsbanken gelten gemäss Art. 13 Abs. 5 Bst. b BankV:

- die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD);
- die Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation, IFC);
- die Interamerikanische Entwicklungsbank (Inter-American Development Bank, IADB);
- die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, AsDB);
- die Afrikanische Entwicklungsbank (African Development Bank, AfDB);
- die Europäische Investitionsbank (European Investment Bank, EIB);
- der Wiedereingliederungsfonds der Europäischen (Council of Europe Resettlement Fund);
- die Nordische Investitionsbank (Nordic Investment Bank);
- die Karibische Entwicklungsbank (Caribbean Development Bank).

Selon l'article 13 al. 5 let. a OB, il faut entendre par pays de l'OCDE:

- les pays qui sont membres à part entière de l'organisation de coopération et de développement économiques (Australie, Autriche, Belgique, Canada, Danemark, Espagne, Etats-Unis d'Amérique, Finlande, France, Grèce, Irlande, Islande, Italie, Japon, Luxembourg, Norvège, Nouvelle Zélande, Pays-Bas, Portugal, République Fédérative d'Allemagne, Royaume-Uni, Suède, Suisse, Turquie);
- les pays qui ne sont pas membres à part entière, mais qui ont conclu des accords spéciaux de prêt avec le Fonds Monétaire International dans le cadre de ses Accords généraux d'emprunt. A l'heure actuelle, seule l'Arabie Séoudite est dans ce cas. La Commission fédérale des Banques communiquera les éventuels additifs aux banques et organismes de révision par voie de circulaire.

Selon l'art. 13 al. 5 let. a OB, il faut entendre par banques multilatérales de développement:

- la Banque Internationale pour la Reconstruction et le Développement (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD);
- la Société Financière Internationale (International Finance Corporation, IFC);
- la Banque Interaméricaine de Développement (Inter American Development Bank, IADB);
- la Banque Africaine de Développement (African Development Bank, AfDB);
- la Banque Européenne d'Investissement (European Investment Bank, EIB);
- le Fonds de Rétablissement du Conseil de l'Europe (Council of Europe Resettlement Fund);
- la Banque Nordique d'Investissement (Nordic Investment Bank);
- la Banque de Développement des Caraïbes (Caribbean Development Bank).

Datum – date

Unterschrift der Bank – signature de la banque

Anhang III

Annexe III

Modellrechnung nach Bankengruppen für die Teilrevision der EM-Vorschriften der Bank

	Grossbanken in Millionen Franken	Kantonalbanken	Regionalbanken und Sparkassen	Darlehens- und Raiffeisenkassen	übrige Banken CH	ausländisch beherrschte Banken	Total alle Banken
Total bisheriges Erfordernis per 31.12.1988	36'400	8'500	4'100	1'400	3'600	7'700	61'700
+ Einbezug Ausserbilanzgeschäfte	4'000				250	400	4'650
- Erleichterungen	-4'500				-350	-600	-5'450
- Korrekturen	-1'000	-100	-50	-20	-100	-200	-1'470
Total neues Erfordernis in % des bisherigen Erfordernisses:	34'900 96%	8'400 99%	4'050 99%	1'380 99%	3'400 94%	7'300 95%	59'430 96%
Vorhandene Eigene Mittel per 31.12.1988	38'500	9'400	4'800	2'500	6'500	11'700	73'400
Deckung in % bisher: neu:	106% 110%	111% 112%	117% 119%	179% 181%	181% 191%	152% 160%	119% 124%
davon							
- primäres Kapital	29'600	7'600	4'100	2'300	5'500	10'800	59'900
- stille Reserven (Art. 11, Abs. 1, lit f)	5'300	1'600	500	200	800	600	9'000
- nachrangiges Kapital	3'600	200	200	200	200	300	4'500
zusätzlich anrechenbares nachrangiges Kapital (Potential)	5'100		800	300	700	1'600	8'500
zusätzlicher Rabatt auf erforderlichen EM für Kantonalbanken mit Staatshaftung		620					620

Conséquences des nouvelles prescriptions en matière de fonds propres

en millions de francs	Grandes banques	Banques cantonales	Banques régionales et caisses d'épargne	Caisse de crédit mutuel et caisses Raiffeisen	Autres banques suisses	Banques en mains étrangères	Total de toutes les banques
Total des anciennes exigences au 31.12.1988	36 400	8 500	4 100	1 400	3 600	7 700	61 700
+ prise en considération des opérations hors bilans	4 000				250	400	4 650
- Allégements	-4 500				-350	-600	-5 450
- Corrections	-1 000	-100	-50	-20	-100	-200	-1 470
Total des nouvelles exigences en % des anciennes exigences:	34 900 96%	8 400 99%	4 050 99%	1 380 99%	3 400 94%	7 300 95%	59 430 96%
Fonds propres disponibles au 31.12.1988	38 500	9 400	4 800	2 500	6 500	11 700	73 400
Couverture en % ancienne: nouvelle:	106% 110%	111% 112%	117% 119%	179% 181%	181% 191%	152% 160%	119% 124%
Fonds propres apparents	29 600	7 600	4 100	2 300	5 500	10 800	59 900
Réserves latentes (art. 11 al. 1 let. f)	5 300	1 600	500	200	800	600	9 000
Engagements de rang postérieur	3 600	200	200	200	300	4 500	
Supplément d'engagements de rang postérieur déterminants (potentiels)	5 100	800	300	700	1 600		8 500
Rabais supplémentaire des fonds propres exigibles pour les banques cantonales avec garantie de l'Etat	620						620